

Integrationsbericht

für die Landeshauptstadt Wiesbaden

2013



Amt für Zuwanderung
und Integration

Impressum

Herausgeber: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration

Gestaltung/

Grundlayout: Oliver von der Heide, olistyle.de

Druck: Druckcenter Rathaus der Landeshauptstadt Wiesbaden

Vorwort

Mit dem Integrationsbericht 2013 informiert das Amt für Zuwanderung und Integration zum zehnten Mal über den Stand der Umsetzung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes.

Integrationsarbeit findet in Wiesbaden an vielen Orten statt. Sie wird getragen durch engagierte Akteure im institutionellen und nichtinstitutionellen Bereich sowie durch ehrenamtliche Arbeit. Es würde den Rahmen eines Berichts sprengen, all diese Aktivitäten abzubilden. Dieser Bericht stellt die Ergebnisse der Projekte und Maßnahmen vor, die aus Mitteln der Integrationsabteilung finanziert werden. Hinzu kommen die von der ämter- und dezernatsübergreifenden Steuerungsgruppe zur Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzeptes initiierten und begleiteten Aktivitäten.



Im Integrationskonzept 2004 wurde das Ziel formuliert, „den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen“ zu erhöhen. Mit der 2006 durchgeführten Untersuchung des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik wurde die Ausgangsbasis für die Messung ermittelt. Die 2013 erhobenen Befunde der erneuten Befragung werden nun als Schlüsselprojekt im vorliegenden Integrationsbericht für das Jahr 2013 ausführlich dargestellt.

Mit 19,2 % konnte der höchste Migrantenanteil innerhalb der Kernverwaltung im Bereich „Schule und Kultur“ registriert werden. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nimmt zu. Ihre angemessene Repräsentation in der Verwaltung trägt aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungshintergründe zu einer Verbesserung der Dienstleistungsqualität bei.

Allen an der Integrationsarbeit Mitwirkenden danke ich für ihre Arbeit und ihr Engagement. An dieser Stelle besonders zu erwähnen sind das Amt für Zuwanderung und Integration, die ämter- und dezernatsübergreifenden Steuerungsgruppe zur Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzeptes, alle übrigen städtischen Ämtern und Organisationseinheiten, der Ausländerbeirat sowie der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Völkerverständigung und Integration.

Für heute grüßt Sie herzlich



Rose-Lore Scholz
Stadträtin
Dezernentin für Schule, Kultur und Integration

Inhalt

	Seite
1	Zu diesem Bericht 1
2	Stand der Integration 2
2.1	Das Wiesbadener Monitoring 2
2.2	Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden 7
	Einbürgerungsanspruch 18
	Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe 23
	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag 28
	Berufliche Qualifikation der Beschäftigten 33
	Geringfügige Beschäftigung 37
	Arbeitslosigkeit 39
	Jugendarbeitslosigkeit 41
	SGB II-Bezugsquote 43
	Wohnungseigentümerquote 48
	Gesundheit / Übergewicht 53
	In Deutschland Geborene 57
	Einheiratsquote 59
	Einreise zur Eheschließung 61
	Haushalte gemischter Herkunft 63
	Konsequenzen für die Integrationsarbeit 68
3	Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz 77
3.1	Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen 77
3.2	Übersicht der Schulen, die 2013 Integrationskurse durchgeführt haben: 78
3.3	Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses 78
4	Einbürgerungen 81

4.1	Zahlen und Fakten	81
5	Sachstand zu den Handlungsfeldern	84
5.1	Bildung	85
5.1.1	Vernetzung / Steuerung	85
5.1.2	Projekte und Maßnahmen	88
5.2	Arbeit	95
5.2.1	Vernetzung / Steuerung	95
5.2.2	Projekte und Maßnahmen.....	97
5.3	Handlungsfeld Gesundheit und Sport	101
5.3.1	Vernetzung / Steuerung.....	101
5.3.2	Projekte und Maßnahmen.....	103
5.4	Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben	113
5.4.1	Vernetzung / Steuerung.....	113
5.4.2	Projekte und Maßnahmen.....	115
6	Schlüsselprojekt Städtisches Personal mit Migrationshintergrund	121
7	Wiesbadener Integrationspreis	127
8	Wiesbadener Gespräche zur Integration	128

1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im November 2009 beschlossenen Integrationskonzeptes 2010-2014 für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der zehnte Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen vier Handlungsfelder. Wie bereits in den vorangegangenen Integrationsberichten wird für die einzelnen Handlungsfelder jeweils systematisch berichtet zu Steuerung und Vernetzung und den konkreten Projekten.

Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung Wiesbaden wurde 2006 zum ersten Mal erhoben. Als Schlüsselprojekt wird in diesem Bericht auf der Basis der erneuten Erhebung in 2013 die Entwicklung des städtischen Personals mit Migrationshintergrund dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zum Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems - ein Produkt des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik - anhand derer die Entwicklungen der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt wird.

2 Stand der Integration

2.1 Das Wiesbadener Monitoring

*Monitoring als Element
der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Mit ihrem Integrationsmonitoring, das 2003 begonnen und seitdem jährlich fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Seitdem haben viele Großstädte, aber auch kleinere Kommunen, entsprechende Ansätze erprobt und etabliert. Als Orientierung dienten dabei unter anderem die Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), auf deren Zusammenstellung das Wiesbadener Monitoring maßgeblichen Einfluss hatte. Auch Bund und Länder haben in den letzten Jahren das Thema Integrationsmonitoring aufgegriffen und eigene Indikatorenkataloge entwickelt.

*Bestandteil des
Integrationskonzepts*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist auch Bestandteil des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im Jahr 2014 ist eine zweite Fortschreibung des Konzepts (Laufzeit 2015 bis 2019) geplant; dabei soll das Monitoring den Prozess der Zielfindung maßgeblich unterstützen.

*Ziel des Monitorings:
Integration sichtbar machen*

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es daher, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Durch regelmäßige Messungen und die Abbildung von Zeitreihen werden Entwicklungen kontinuierlich verfolgt.

Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration

erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgabe der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine unterstützende Funktion bei der Steuerung von Integrationsprozessen wahr.

Das Integrationsmonitoring soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

*Eingeschränkte
Wirkungsmessung*

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Monitoring und Evaluation sind zwar im Zusammenhang zu betrachten, jedoch bedarf die Wirkungsmessung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen eigener Untersuchungsansätze.

*Nicht alles kann auf kommunaler
Ebene gesteuert werden*

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von Integration*

Ziel der Wiesbadener Integrationspolitik ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am ge-

sellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung erfolgreicher Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“ (Integrationskonzept, 1. Fortschreibung 2010 - 2014).

*Vier Dimensionen
des Integrationsprozesses*


Der Integrationsprozess wird in vier Dimensionen gegliedert:¹

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, z. B. Bildung und Arbeitsmarkt)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft, z. B. interethnische Partnerschaften)
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl)

¹ Das Konzept der vier Dimensionen für das Integrationsmonitoring geht auf die theoretischen Arbeiten von Friedrich Heckmann zurück, vgl. z. B. Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms Paper Nr. 11. Bamberg, 1997.

Übersicht Dimensionen der Integration			1:
Dimensionen	Themenfelder	Indikatoren (Beispiele)	
strukturell	Rechtliche Integration	Aufenthaltssicherheit	
	Integration in das Bildungssystem	Schulbesuch	
	Integration in den Arbeitsmarkt	Erwerbsquote	
	Integration in den Wohnungsmarkt	Eigentümerquote	
kulturell	Spracherwerb	Sprachfähigkeiten bei Kindern	
	Gesundheit	Übergewicht	
Sozial	Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten	In Deutschland Geborene	
	Multikulturelles Zusammenleben	Einheiratsquote	
identifikatorisch	Einbürgerungen	Einbürgerungsquote	

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



22 Indikatoren zur Messung von Integration

Das Monitoring greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 22 Kennzahlen zur objektiven Beschreibung des Integrationsprozesses. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/-innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

Unterschiedliche Definitionen des „Migrationshintergrunds“

Soweit ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird, können die Kriterien je nach fachstatistischer Provenienz recht unterschiedlich sein. So wird beispielsweise der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister. Eine systematische Übersicht über die verschiedenen Definitionen hat das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und

Statistik 2010 veröffentlicht.² Ob und wie im konkreten Fall ein Migrationshintergrund definiert wird, wird jeweils bei den einzelnen Indikatoren dokumentiert.

Kennziffern mit und ohne Vergleichsgruppe

Die meisten verwendeten Kennziffern lassen sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Darüber hinaus werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (z. B. die Zahl der Ausländer/-innen mit gesichertem Aufenthaltsrecht oder die Zahl der Einbürgerungen).

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring greift auf verfügbare Daten der amtlichen und der kommunalen Statistik zurück. Primärerhebungen zu integrationsrelevanten Themen fließen sporadisch in das Monitoring ein und verbreitern die Datenbasis.³

Optimierte Darstellung

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit und Handhabung wurde die Struktur des Wiesbadener Integrationsmonitorings verändert. Die einzelnen Indikatoren sind jetzt jeweils auf ein bis zwei Seiten abschließend dokumentiert - in einer einheitlichen Gliederung und einschließlich tabellarischer und graphischer Darstellungen. So können

² Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: „Personen mit Migrationshintergrund“. Aktueller Stand des Nachweises in der Statistik. Wiesbaden 2010 veröffentlicht: www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/10_2010_Sonderpublikation.pdf

³ Künftig soll alle zwei Jahre eine repräsentative Bürgerbefragung („Leben in Wiesbaden“) auch Informationen zur Integration von Migrant*innen liefern.

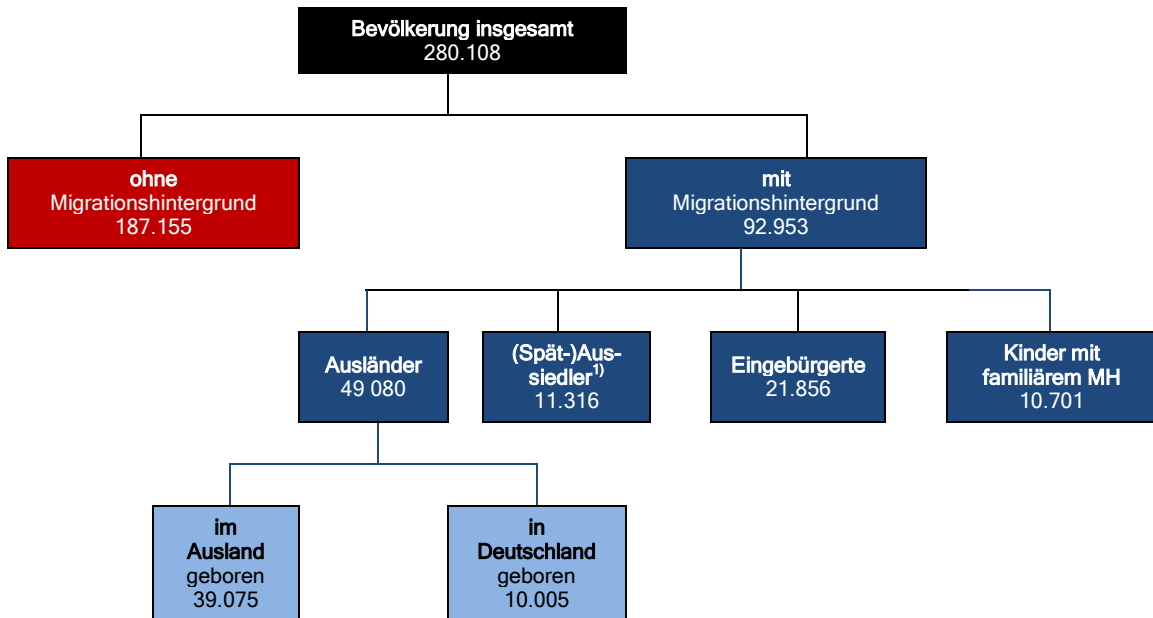
ohne Umblättern die Definitionen der Kennziffern, ihre Datenquellen, methodische Hinweise sowie die Ergebnisse hinsichtlich des Integrationsprozesses „auf einen Blick“ erfasst werden. Wer darüber hinaus an absoluten Größenordnungen interessiert ist, wird im Anhang fündig.

2.2 Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund

Ende 2013 hatten 92.953 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund, das sind 33,2 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen (49.080) besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit; die übrigen 43.873 sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund, der entweder auf eine Herkunft aus dem Ausland oder (bei Minderjährigen) auf einen Migrationshintergrund der Mutter zurückzuführen ist.

Bild 1:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2013



1) einschließlich deren Kinder

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*Immer mehr Deutsche
mit Migrationshintergrund*


Seit 2004 ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten fast kontinuierlich gestiegen - in neun Jahren um knapp 14 %. Dies ist in erster Linie auf die stetig wachsende Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um 29 % anstieg und die heute fast die Hälfte aller Migranten ausmacht. Hinsichtlich der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich dagegen kein eindeutiger Entwicklungstrend identifizieren. Seitdem 2010 das Einwohnermelderegister in größerem Umfang durch Abmeldungen von Amts wegen bereinigt wurde⁴, steigen die Ausländerzahlen wieder an.

⁴ Bei 4.767 der insgesamt 5.880 Registerbereinigungen im Jahr 2010 handelte es sich um Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

**Tab. 1:
Personen mit Migrationshintergrund 2004 bis 2013**

Jahr	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
2004	81 763	47 837	33 926
2005	83 755	48 544	35 211
2006	85 476	48 715	36 761
2007	86 900	49 111	37 789
2008	87 164	48 368	38 796
2009	87 755	48 032	39 723
2010	86 045	44 995	41 050
2011	88 560	46 584	41 976
2012	90 866	47 843	43 023
2013	92 953	49 080	43 873

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migrantenbevölkerung
deutlich jünger*

Zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist, vereinfachend gesagt, erheblich jünger; ihr Medianalter liegt mit 36 Jahren um 7 Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung. Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht ein Medianalter von 47 Jahren.

Besonders auffallend sind die Unterschiede am unteren und am oberen Ende der Altersskala, und entsprechend variiert der Anteil der Migranten zwischen den einzelnen Altersklassen: In den jüngeren Gruppen ist er überproportional hoch (unter 18 Jahre: 45,2 %), in den obersten Altersgruppen (noch) recht gering (65 Jahre und älter: 16,9 %).

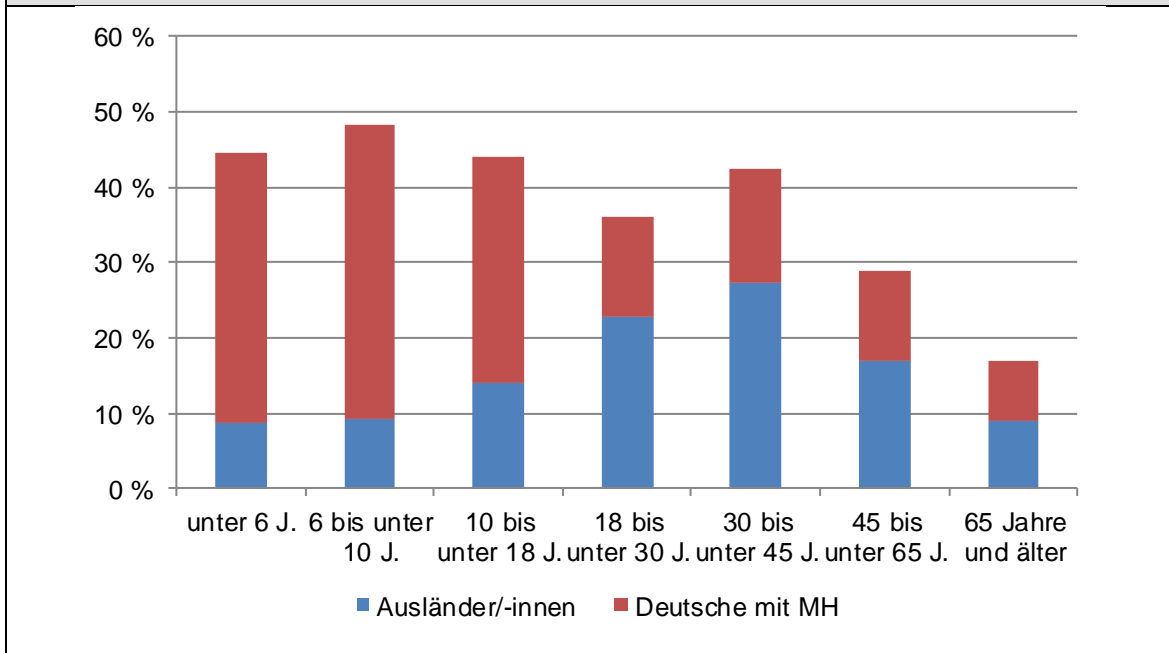
**Tab. 2:
Bevölkerung nach Alter und Migrationshintergrund am 31.12.2013**

Alter in Jahren	Bevölkerung			
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		
		zusammen	Ausländer/-innen	Deutsche
unter 6	15 973	7 127	1 375	5 752
6 bis unter 10	10 298	4 974	956	4 018
10 bis unter 18	20 352	8 978	2 848	6 130
18 bis unter 30	40 654	14 566	9 258	5 308
30 bis unter 45	60 606	25 636	16 611	9 025
45 bis unter 65	77 612	22 438	13 134	9 304
65 und älter	54 613	9 234	4 898	4 336
Insgesamt	280 108	92 953	49 080	43 873

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 2:
Migrantenanteil an der Bevölkerung am 31.12.2013**



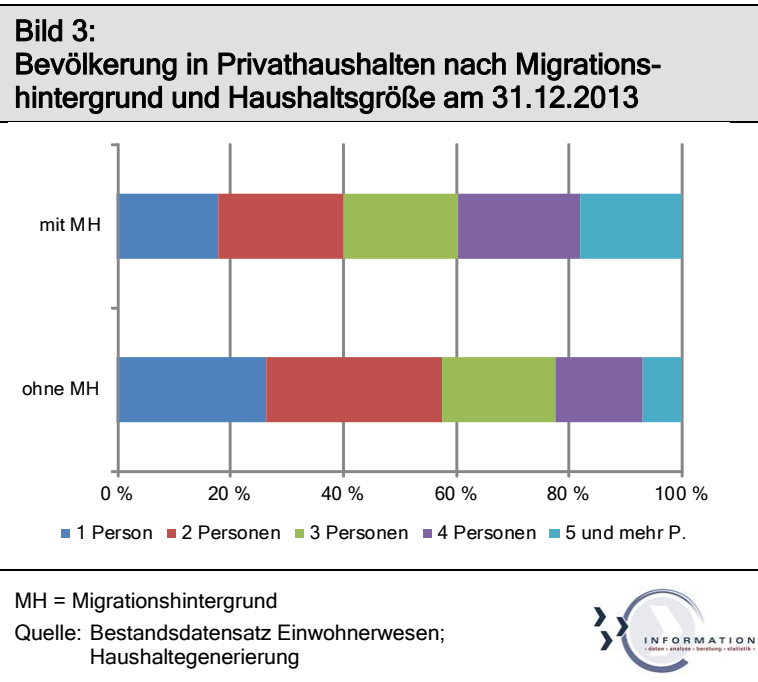
MH = Migrationshintergrund

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migranten
eher in größeren Haushalten*

Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Migrationshintergrund bilden tendenziell größere Haushalte als Einheimische. 39,7 % von ihnen leben in Haushalten mit vier und mehr Personen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 22,3 %). Andererseits sind Alleinlebende innerhalb der Migrantenbevölkerung vergleichsweise selten anzutreffen: Der Single-Anteil liegt hier bei 17,9 %, während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 26,4 % mehr als jede/r Vierte einen Einpersonenhaushalt führt. Die unterschiedliche Größenstruktur ist dabei nicht nur auf ein abweichendes Haushaltsbildungsverhalten zurückzuführen, sondern ist auch eine Folgewirkung der unterschiedlichen Altersverteilung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.



*Häufigste Herkunftsländer:
Türkei und Polen*

Die in Wiesbaden lebenden Migrantinnen und Migranten kommen aus insgesamt 167 verschiedenen Ländern. Mit 16.146 Personen stammt die größte Gruppe aus der


Türkei, das sind 17,4 % aller Migranten. 9.848 von ihnen haben die türkische Staatsangehörigkeit, weitere 6.298 besitzen türkische Wurzeln und haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder aufgrund ihrer Geburt in Deutschland erhalten.

Die zweitgrößte Gruppe mit 6.401 Personen hat einen polnischen Migrationshintergrund. Sie setzt sich zusammen aus 4.293 polnischen Staatsangehörigen und 2.108 Deutschen polnischer Herkunft.

Weitere umfangreiche Gruppen kommen aus der Russischen Föderation, aus Marokko, Italien, Kasachstan und Griechenland. Von den Einwohnern russischer und kasachischer Herkunft besitzen die allermeisten die deutsche Staatsangehörigkeit; hier handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um (Spät-)Aussiedler.

Tab. 3: Die häufigsten Herkunftsländer der Wiesbadener Migrantinnen und Migranten am 31.12.2013			
Herkunftsland	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
Türkei	16 146	9 848	6 298
Polen	6 401	4 293	2 108
Russische Föderation	5 124	991	4 133
Marokko	4 842	1 668	3 174
Italien	4 689	3 937	752
Kasachstan	3 724	189	3 535
Griechenland	3 208	2 709	499
Serbien	2 894	1 886	1 008
Rumänien	2 579	1 739	840
Iran	2 372	639	1 733

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Positiver Wanderungssaldo ...

Zuwanderungen aus dem Ausland trugen in den letzten Jahren zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung bei. Zwar ist auch Abwanderung gesellschaftliche Reali-

tät, doch war der Wanderungssaldo, also die Differenz aus Zu- und Fortzügen, von Ausländern aus dem bzw. ins Ausland seit 2011 stets positiv und lag pro Jahr zwischen 1.300 und 1.600 Personen.

... durch Zuwanderung, ...

Eine besondere Zielgruppe der Integrationsarbeit bilden die Neuzuwanderer, also die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Staatsangehörigen. Ihre Zahl ist für Wiesbaden in letzter Zeit stark angewachsen: Von 2009 bis 2013 kletterte sie von 3.100 auf 4.900 und damit um mehr als die Hälfte.

... insbesondere aus Rumänien und Bulgarien

Das Gros der nach Wiesbaden Zuwandernden sind Personen mit (süd-)osteuropäischer Staatsbürgerschaft: Rumänen, Polen und Bulgaren machten 2013 gut 38% der Einwanderung aus. Insbesondere bei Zuziehenden rumänischer und bulgarischer Nationalität wurde in den letzten Jahren - infolge der schrittweisen Öffnung einzelner Arbeitsmarktsegmente - ein deutlicher Zuwachs registriert. Aktuell liegt die Zahl der Zuzüge beider Nationalitäten um die 1 000 Personen pro Jahr. Überproportionale Zugewinne innerhalb der letzten fünf Jahre wurden aber auch bei Zuwanderern italienischer, spanischer und griechischer Staatsangehörigkeit beobachtet, also aus den von der Finanz- und Schuldenkrise besonders stark betroffenen Ländern Südeuropas.

Überwiegend handelt es sich bei den Neuzuwanderern um Männer (62,6 %). Knapp 90 % der Zuwandernden sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren.

Zwei von drei Neuzugängen sind Unionsbürger

Die verstärkte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - beide Länder gehören seit 2007 zur Europäischen Union - beeinflusst auch das Zahlenverhältnis zwischen

Zuzügen aus EU- und aus Drittstaaten: Waren 2009 noch 54,7 % der aus dem Ausland Zuziehenden Unionsbürger, so lag ihr Anteil 2013 schon bei 66,9 %. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen gegenüber 2009 fast verdoppelt.

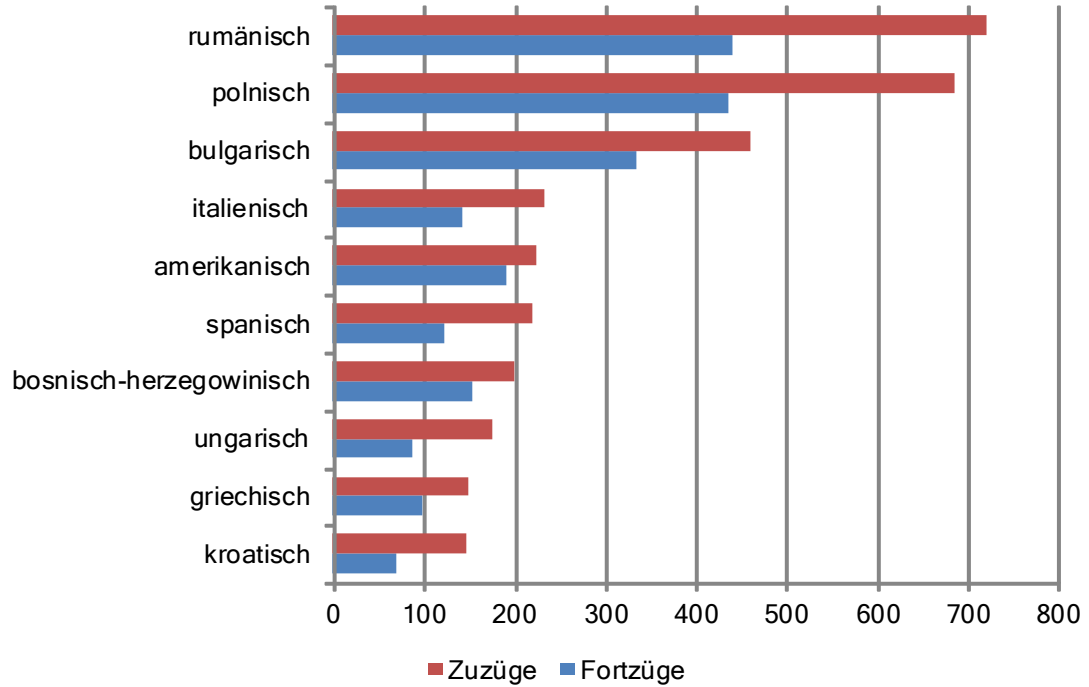
Tab. 4:
Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland 2009 bis 2013

	2013	2012	2011	2010	2009
Insgesamt	4 896	4 384	4 387	3 721	3 102
Männer	3 064	2 685	2 917	2 380	1 989
Frauen	1 832	1 699	1 470	1 341	1 113
im Alter von ... Jahren					
unter 18	613	498	419	353	280
18 bis unter 25	1 047	915	924	736	693
25 bis unter 30	754	677	679	599	517
30 bis unter 40	1 171	1 072	1 082	1 030	802
40 bis unter 50	775	739	773	603	494
50 bis unter 65	451	426	460	344	278
65 und mehr	85	57	50	56	38
mit ... Staatsangehörigkeit					
rumänischer	722	611	462	448	239
polnischer	686	704	819	556	530
bulgarischer	461	497	494	331	214
italienischer	234	193	157	136	107
amerikanischer	225	161	221	204	171
spanischer	219	181	108	84	67
bosnisch-herzegowinischer	201	129	230	222	166
ungarischer	175	190	183	88	140
griechischer	150	138	93	46	43
kroatischer	147	41	47	75	70
mit Staatsangehörigkeit					
eines EU-Landes	3 273	2 971	2 792	2 130	1 698
eines Drittstaates	1 623	1 413	1 595	1 591	1 404

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 4:
Zu- und Fortzüge von Ausländer/-innen aus dem bzw. ins Ausland 2013
nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Ergebnisse Ende 2013


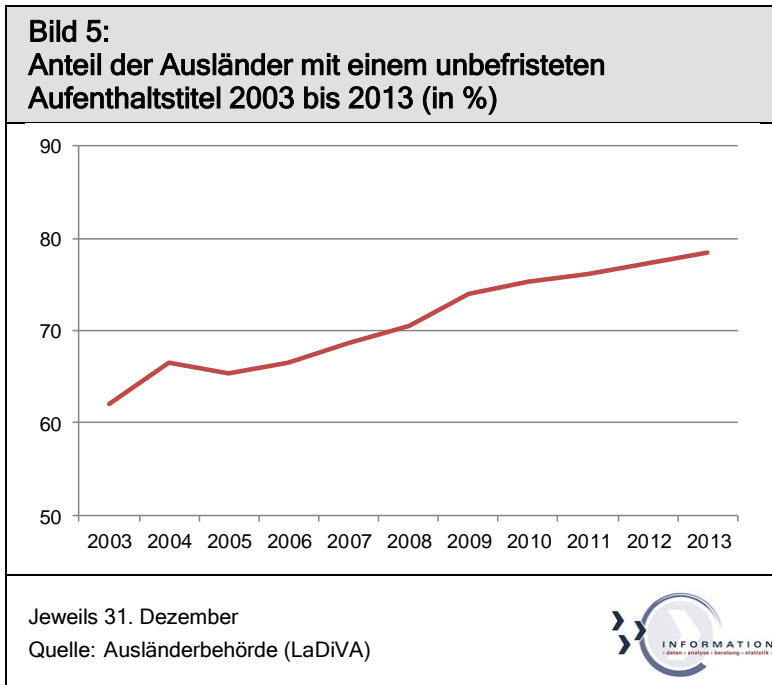
Rechtliche Integration Aufenthaltstitel

<i>Definition</i>	Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit
<i>Relevanz</i>	Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationsschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen, am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können.
<i>Datenquelle</i>	Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

**Tab. 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel 2003 bis 2013 (in %)**

Jahr	Anteil unbefristeter Aufenthalt		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	62,1	62,6	61,6
2004	66,6	67,7	65,5
2005	65,4	66,4	64,5
2006	66,5	67,4	65,5
2007	68,7	69,6	67,9
2008	70,5	71,3	69,7
2009	73,9	75,1	72,8
2010	75,3	76,3	74,4
2011	76,2	77,3	75,1
2012	77,3	78,4	76,2
2013	78,5	79,5	77,5

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)

Trend zeigt nach oben

Ende des Jahres 2013 haben 78,5 % der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus. Damit hat sich die positive Tendenz der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt.

Einbürgerungsanspruch

Definition

Anteil der Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger.

Relevanz

Ausländer, die diese Kriterien erfüllen, haben rechtlich gesehen die besten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Methodische Hinweise

Gemessen werden mit diesem Indikator lediglich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Einbürgerung. Weitere Bedingungen wie Kenntnisse der deutschen Sprache sowie das Bestehen eines Einbürgerungstestes können statistisch nicht abgebildet werden.

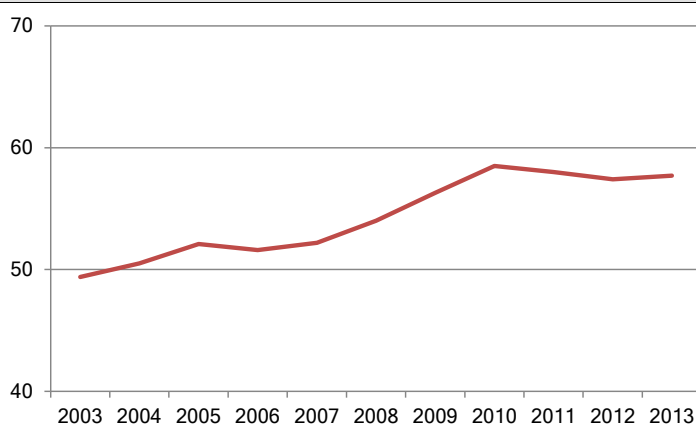
Tab. 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2003 bis 2013 (in %)

Jahr	Anteil Einbürgerungsanspruch		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	49,4	49,1	49,7
2004	50,5	51,4	49,5
2005	52,1	52,3	51,8
2006	51,6	51,7	51,5
2007	52,2	52,4	52,0
2008	54,0	54,0	54,1
2009	56,3	56,4	56,3
2010	58,5	58,3	58,6
2011	58,0	57,2	58,8
2012	57,4	56,2	58,5
2013	57,7	56,2	59,3

Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2003 bis 2013 (in %)



Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Stagnation
 beim Einbürgerungsanspruch*

Der Anteil der Einbürgerungsberechtigten liegt 2013 bei 57,7 % - mehr als die Hälfte der Wiesbadener mit ausländischem Pass erfüllt also die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen, um Deutscher zu werden. Dass sich der bis 2010 beobachtete Aufwärtstrend in den letzten Jahren nicht fortgesetzt hat, ist auf die verstärkte Neuzuwanderung zurückzuführen.

Integration in das Bildungssystem

Kindergartenbesuch

<i>Definition</i>	Anteil der Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens 18 Monate lang einen Kindergarten besucht haben
<i>Relevanz</i>	Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängt. Zudem fördert der Besuch einer Kindertagesstätte die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges integrationspolitisches Ziel.
<i>Datenquelle</i>	Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)
<i>Migrationshintergrund</i>	Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.
<i>Methodische Hinweise</i>	Zu beachten ist, dass der Indikator auch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland beeinflusst werden kann: Kinder aus Migrantenfamilien, die erst kurz vor der Einschulung in die Bundesrepublik eingewandert sind, haben

nicht die Chance auf einen ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit einheimischen Kindern eingeschränkt.

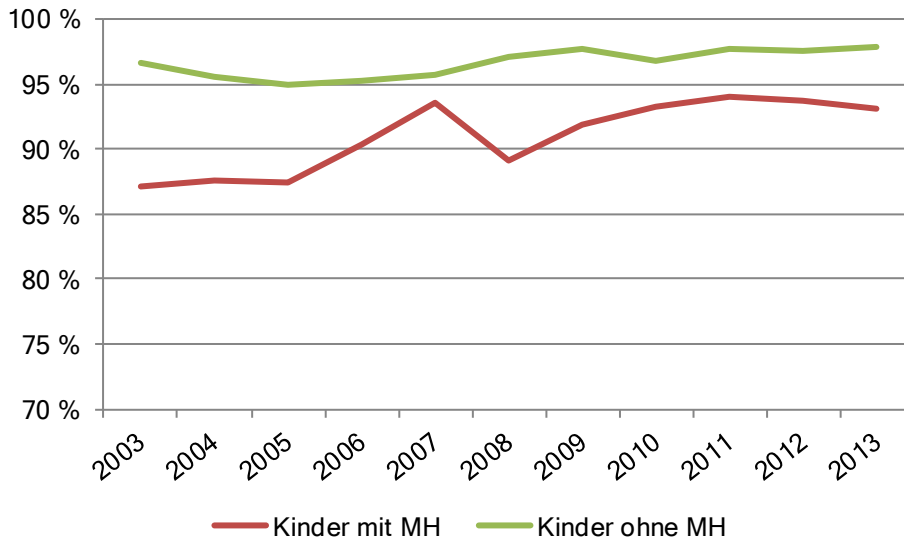
Tab. 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2003 bis 2013

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2003	87,2	84,8	89,9	96,6	97,2	95,9
2004	87,6	89,3	85,7	95,6	95,6	95,6
2005	87,4	86,7	88,3	94,9	94,7	95,1
2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7
2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0
2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2
2009	91,9	91,9	91,9	97,7	97,5	97,8
2010	93,3	93,8	92,8	96,8	97,9	95,4
2011	94,0	94,1	94,0	97,7	97,6	97,8
2012	93,8	94,1	93,4	97,5	97,1	97,9
2013	93,2	92,5	93,8	97,9	98,1	97,6

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2003 bis 2013



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Langfristig positive Tendenz beim Kindergartenbesuch

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementareinrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, lag 2013 bei 93,2 %. Damit hat sich die Verbesserung, die zwischen 2008 und 2011 zu beobachten war, in den letzten beiden Jahren nicht fortsetzen können, vielmehr hat sich der Abstand zu den einheimischen Kindern wieder leicht erhöht. Dies ist wohl darin begründet, dass mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren auch die Zahl der Kinder gestiegen ist, die ohne (oder ohne längeren) Kindergartenbesuch eingeschult wurden.

Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe

<i>Definition</i>	Anteil von Gymnasialschüler/-innen an allen Schüler/-innen der 8. Jahrgangsstufe
<i>Relevanz</i>	Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsweg zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder. Es handelt sich um eine wichtige Kennziffer für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Relation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium zeigt an, ob vergleichbare Bildungschancen zu einheimischen Schülerinnen und Schülern bestehen.
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)
<i>Migrationshintergrund</i>	Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.
<i>Methodische Hinweise</i>	Die Erhebung der Schulstatistik umfasst sowohl öffentlichen Schulen als auch Schulen in privater Trägerschaft.

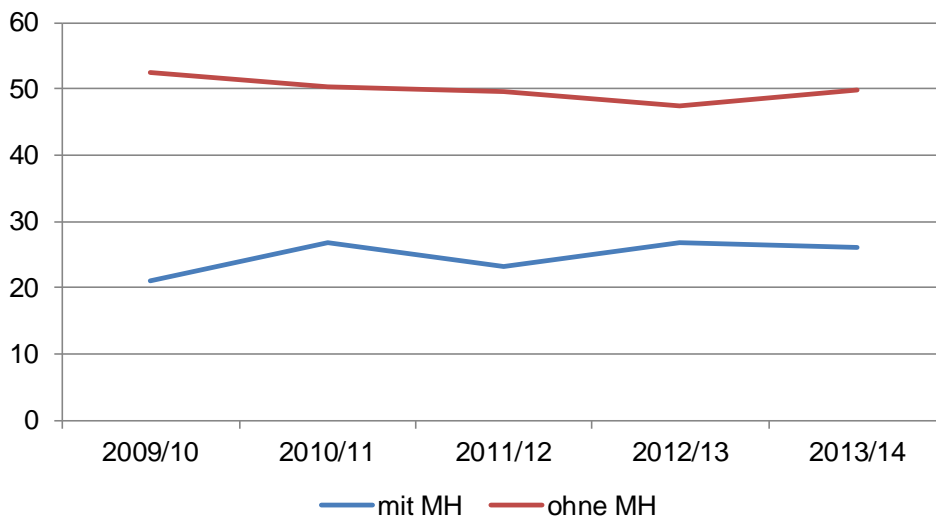
Tab. 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe (in %)

Schuljahr	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund			Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009/10	21,0	17,5	24,8	52,6	51,2	54,2
2010/11	26,7	26,2	27,1	50,4	49,4	51,5
2011/12	23,3	21,2	25,9	49,6	47,5	51,7
2012/13	26,8	25,1	28,8	47,4	45,8	49,1
2013/14	26,1	24,0	28,3	49,9	47,5	52,7

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe 2009/2010 bis 2013/2014 (in %)



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Leichte Tendenz zur Annäherung

Hinsichtlich der Gymnasialquote lassen sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ausgeprägte Unterschiede diagnostizieren: In den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehen derzeit 49,9 % der Kinder ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium; die entsprechende Quote bei Kindern ausländischer Herkunft liegt mit 26,1 % deutlich niedriger. Tendenziell hat sich in den letzten vier Schuljahren der Abstand zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund

verringert. Unabhängig von der Herkunft gehen in der achten Jahrgangsstufe Mädchen häufiger auf das Gymnasium als Jungen.

Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen

Definition

Anteil der Schulabgänger/-innen nach erreichtem Abschluss an allen Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen

Relevanz

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei allen Schulabgänger/-innen am Ende eines Schuljahres; er ist eine zentrale Kennziffer für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Der Indikator beschränkt sich auf die Schulabschlüsse

an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Schulen). Darüber hinaus werden Bildungsabschlüsse nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch an beruflichen Schulen erlangt. 2013 erwarben 951 Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss an beruflichen Schulen, darunter 17,8 % die allgemeine Hochschulreife, 56,9 % die Fachhochschulreife, 11,9 % einen mittleren Abschluss und 13,5 % den Hauptschulabschluss. Allerdings kann auf beruflichen Schulen nur zwischen deutschen und ausländischen Schüler/-innen und (noch) nicht nach dem Migrationshintergrund differenziert werden.

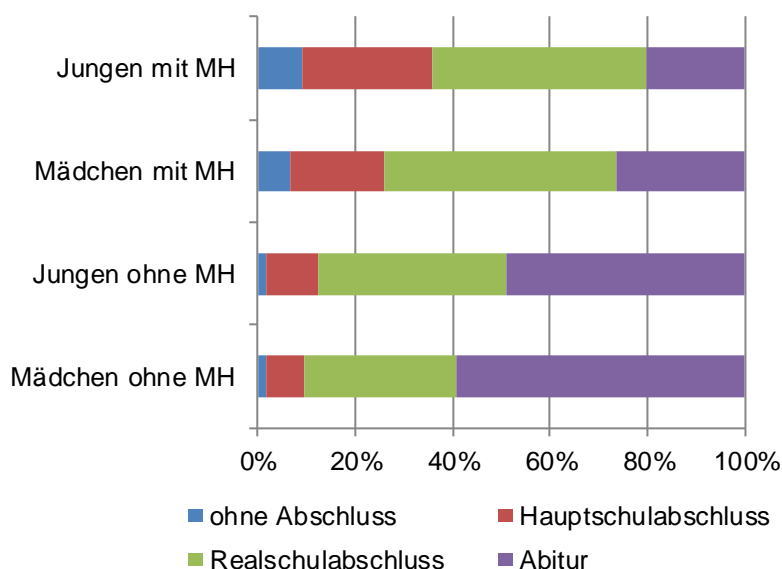
**Tab. 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2010 bis 2013**

Art des Abschlusses	Jahr	Abgänger/-innen					
		mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
%			%				
ohne Hauptschulabschluss	2010	7,6	9,9	5,7	3,1	2,9	3,1
	2011	9,1	11,3	7,1	2,7	3,4	2,1
	2012	8,5	9,0	7,9	2,3	2,1	2,4
	2013	7,9	9,1	6,8	1,7	1,8	1,6
mit Hauptschulabschluss	2010	32,9	38,7	27,9	13,0	14,9	11,2
	2011	30,6	34,8	26,8	12,5	15,1	10,2
	2012	28,3	32,1	24,5	11,7	12,8	10,5
	2013	22,9	26,9	19,0	9,2	10,6	8,0
mit Realschulabschluss	2010	42,3	38,7	45,4	35,4	37,1	33,9
	2011	40,7	38,3	42,9	34,2	36,3	32,4
	2012	40,4	40,0	40,9	33,8	36,2	31,2
	2013	45,9	43,7	47,9	34,9	38,6	31,2
mit allgemeiner Hochschulreife	2010	17,1	12,7	21,0	48,5	45,1	51,8
	2011	19,6	15,7	23,2	50,6	45,2	55,4
	2012	22,8	18,9	26,7	52,2	48,8	55,9
	2013	23,4	20,3	26,3	54,1	49,0	59,3

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



**Bild 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2013**



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Unter den Migranten viele Schulabgänger ohne Abschluss

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt unter den Migranten bei 7,9 % und damit um ein Mehrfaches höher als bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Die Hochschulreife erreichten unter den Migrantinnen und Migranten 23,4 %; unter den Abgängern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil mit 54,1 % mehr als doppelt so hoch. Soweit die kurze Zeitreihe eine Einschätzung zulässt, lässt sich ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bei beiden Gruppen feststellen. Ebenfalls für beide Gruppen gilt, dass Schülerinnen im Schnitt bessere Abschlüsse erhielten als ihre männlichen Mitschüler.

Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

<i>Definition</i>	Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen Schüler/-innen an Berufsschulen
<i>Relevanz</i>	Die meisten Jugendlichen streben, sofern sie nicht studieren wollen, beim Verlassen der Schule eine betriebliche Berufsausbildung an. Sie wird im dualen System, also in der Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschulbesuch, absolviert. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, welche Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Bestehen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses mit dem ausbildenden Betrieb stellt eine erste Integration in das Berufsleben dar. Wer dagegen keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, gilt als Problemkandidat auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

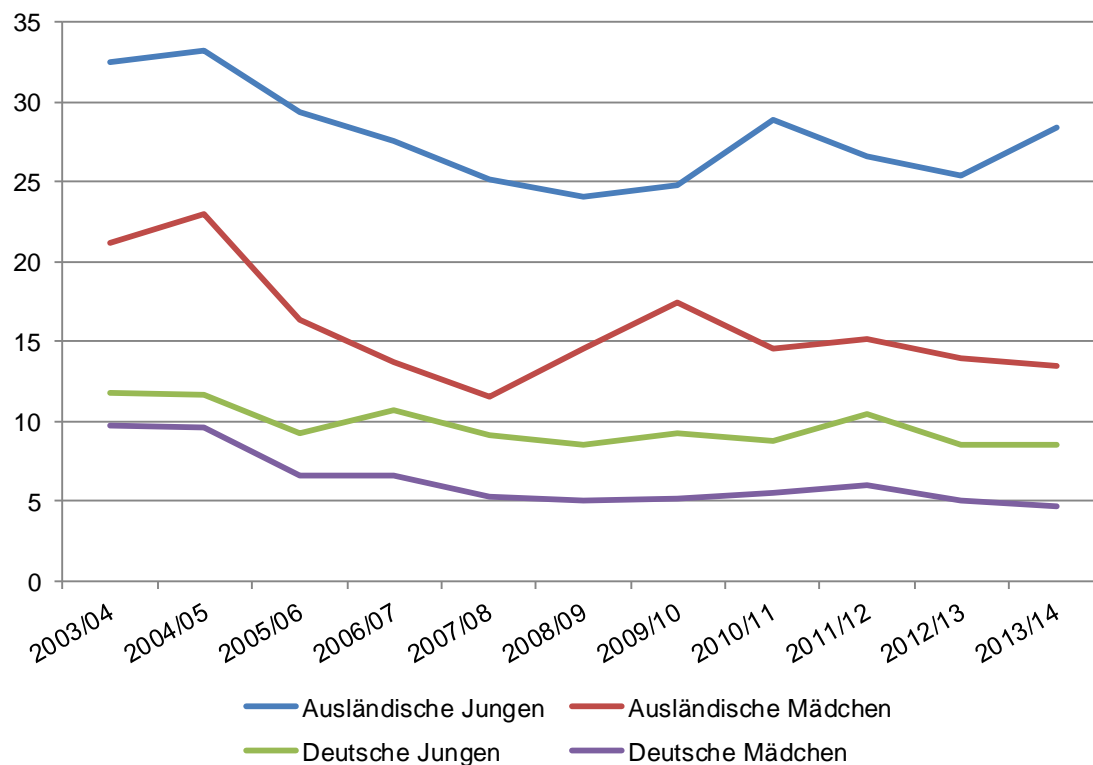
Tab. 10:
Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)

Schuljahr	Ausländische Schüler/-innen			Deutsche Schüler/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2003/04	27,7	32,5	21,2	10,8	11,8	9,7
2004/05	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6
2005/06	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6
2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6
2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3
2008/09	19,6	24,1	14,6	7,0	8,5	5,0
2009/10	21,5	24,8	17,4	7,5	9,3	5,2
2010/11	22,8	28,9	14,5	7,4	8,8	5,5
2011/12	21,7	26,6	15,2	8,4	10,4	6,0
2012/13	20,4	25,4	14,0	7,0	8,5	5,0
2013/14	22,4	28,4	13,5	6,9	8,5	4,6

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 10:
Anteil der Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag (in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



*Erhebliche Unterschiede
beim Einstieg in den Beruf*

Verglichen mit der Situation vor zehn Jahren hat sich der Ausbildungsmarkt für Jugendliche entspannt. Davon haben sowohl deutsche als auch ausländische Jugendliche profitiert. Trotzdem bestehen immer noch gravierende Unterschiede, was die Chancen auf ein vertragliches Ausbildungsverhältnis angeht. Jungen Männern ausländischer Nationalität fällt der Einstieg ins Berufsleben besonders schwer: Jeder dritte bis vierte von ihnen scheitert daran, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Im Schuljahr 2013/14 hat sich die Situation für diese Gruppe sogar noch verschärft.

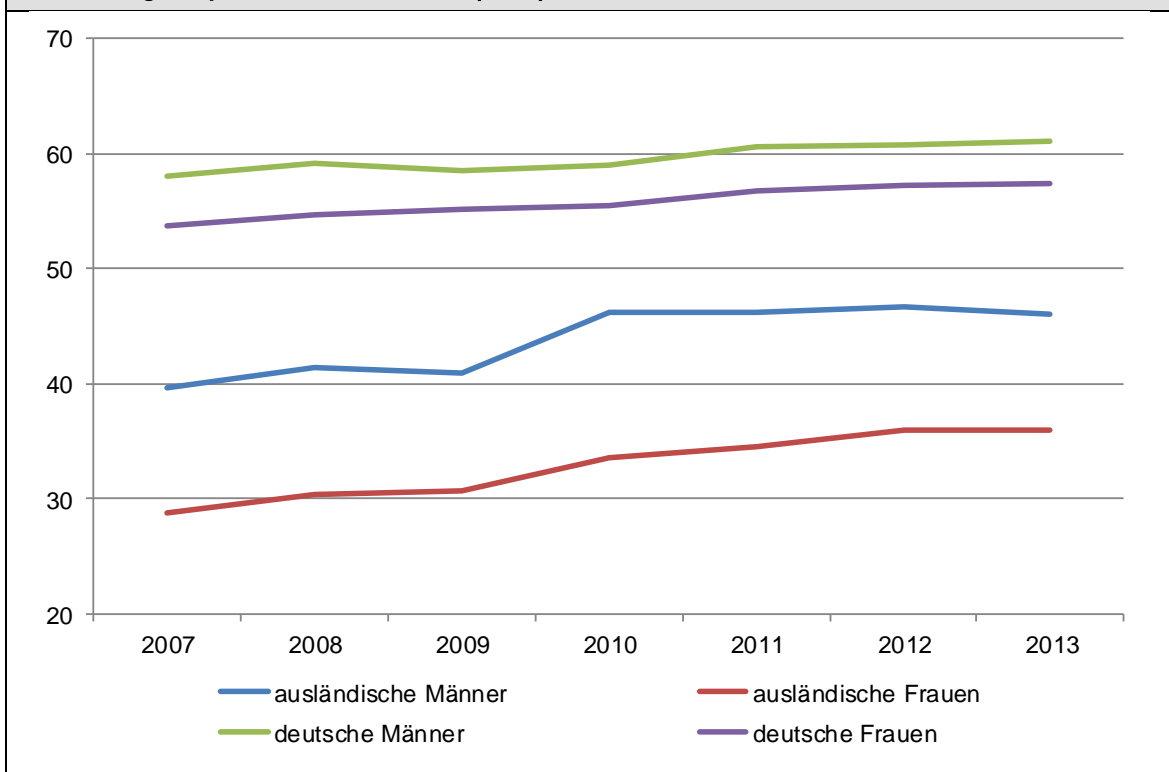
Integration in den Arbeitsmarkt Beschäftigtenquote

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Beschäftigtenquote gibt Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. Eine gelingende Partizipation am Arbeitsmarkt bildet eine Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das wiederum eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Nicht zuletzt ermöglicht der Arbeitsplatz Kontakte zwischen Deutschen und Zugewanderten, die einen wichtigen Stellenwert für die Integration haben.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen; Selbständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige sind nicht enthalten.

Tab. 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2013 (in %)

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2007	34,3	39,7	28,7	55,8	58,1	53,7
2008	36,0	41,4	30,4	56,8	59,1	54,6
2009	35,9	41,0	30,7	56,8	58,5	55,2
2010	39,8	46,2	33,5	57,2	59,0	55,4
2011	40,4	46,2	34,6	58,6	60,6	56,7
2012	41,4	46,7	36,0	58,9	60,7	57,2
2013	41,1	46,1	36,0	59,2	61,1	57,4

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)

**Bild 11:**
Beschäftigtenquote 2007 bis 2013 (in %)

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Tendenziell steigende
Beschäftigtenquote*

41 % der 18- bis 64-jährigen Ausländer und 59 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach - mit steigender Tendenz. Besonders gering ist die Erwerbsbeteiligung

ausländischer Frauen, die allerdings seit einigen Jahren - mit Ausnahme des letzten - überdurchschnittlich steigt.

Berufliche Qualifikation der Beschäftigten

Definition

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach formaler beruflicher Ausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Relevanz

Die formale berufliche Qualifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um Positionen mit angemessenem Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Gerade in Deutschland sind für fast alle Berufe spezifische Ausbildungsgänge und -inhalte vorgeschrieben. Folglich ist es als Integrationshemmnis zu interpretieren, wenn Ausländer/-innen keine Berufsausbildung haben oder ihre im Ausland erworbene Ausbildung nicht anerkannt wird. Demgegenüber steigen die Chancen zur Integration, wenn aufgrund einer guten beruflichen Qualifikation entsprechende Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden können.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September. Für das Jahr 2011 30. Juni, für das Jahr 2012 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Methodische Hinweise

Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung liegen zwischen dem 30.06.2011 und dem 31.12.2012. keine Informationen zum höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Beim Vergleich von

Daten ab dem Stichtag 31.12.2012 mit denen vorangegangener Stichtage ist zu beachten, dass Arbeitgeber im Zuge der Umstellung die Angaben zum Berufsabschluss ihrer Beschäftigten häufig korrigiert haben, so dass sich allein aufgrund dessen die Struktur der Abschlüsse verändert hat - auf Bundesebene leicht zugunsten abgeschlossener Berufsausbildungen und akademischer Abschlüsse. Einschränkend muss angemerkt werden, dass insbesondere bei ausländischen Beschäftigten der Anteil, bei denen keine Angabe zur beruflichen Qualifikation vorliegt, bei gut 35 % liegt.

Während in den bisherigen Monitoring-Berichten eine Zuordnung zum Arbeitsort Wiesbaden vorgenommen wurde, beziehen sich jetzt alle Angaben auf die Beschäftigten am Wohnort Wiesbaden.

**Tab. 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 bis 2013**

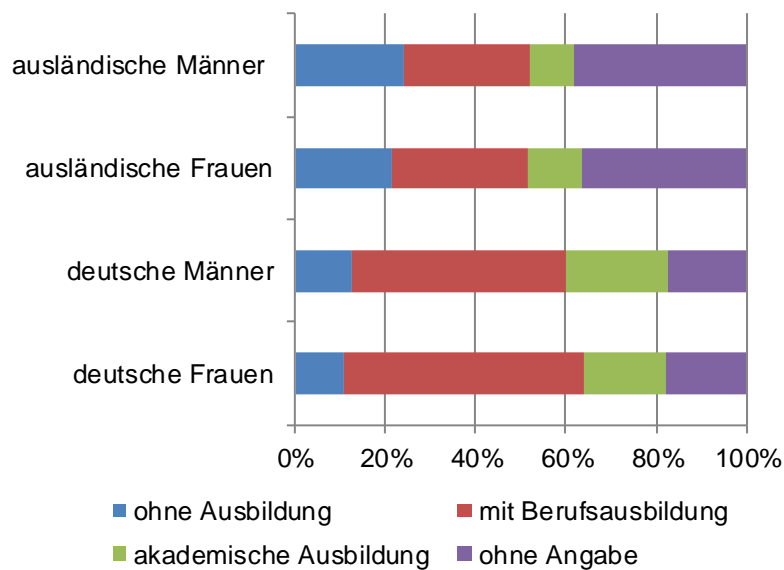
Art der beruflichen Ausbildung	Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
		Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Berufs- ausbildung	2007	29,3	29,2	29,5	14,0	14,0	14,0
	2008	28,6	28,9	28,1	14,0	14,2	13,8
	2009	27,5	27,7	27,4	13,8	14,1	13,5
	2010	26,3	26,7	25,7	13,3	13,7	12,9
	2011	24,8	25,3	24,1	12,2	12,6	11,9
	2012	23,5	24,1	22,8	11,6	12,3	10,9
	2013	23,1	24,2	21,5	11,7	12,4	11,0
mit Berufs- ausbildung	2007	29,8	29,5	30,2	52,3	49,7	55,0
	2008	29,0	28,6	29,7	51,0	48,5	53,5
	2009	28,0	27,5	28,6	50,3	47,7	52,8
	2010	27,6	26,6	29,0	49,6	46,8	52,3
	2011	28,2	27,0	29,8	49,4	46,7	52,2
	2012	28,6	28,2	29,2	50,5	47,9	53,1
	2013	28,8	27,8	30,1	50,2	47,6	52,8
mit (Fach-) Hochschul- ausbildung	2007	6,8	6,6	7,1	15,8	18,7	12,8
	2008	7,1	7,0	7,3	16,2	18,9	13,4
	2009	7,7	7,7	7,7	16,7	19,5	13,9
	2010	7,9	7,7	8,2	17,1	19,6	14,6
	2011	8,2	7,9	8,6	17,7	20,3	15,2
	2012	10,6	9,8	11,7	20,3	22,5	18,1
	2013	10,6	9,6	11,9	20,5	22,5	18,5

Jeweils 30. September (2011: 30.06., 2012: 31.12.)

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Qualifikationsniveau
 der ausländischen Beschäftigten
 steigt*

Nach wie vor unterscheidet sich die bekannte formale berufliche Bildung der deutschen und ausländischen Beschäftigten erheblich voneinander. Fast jeder vierte ausländische Mann und jede fünfte ausländische Frau hat keine anerkannte Berufsausbildung - bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei jeder bzw. jedem Zehnten der Fall. Positiv ist zu vermerken, dass der Anteil der formal nicht Qualifizierten seit Jahren kontinuierlich sinkt - und die Akademikerquote bei den ausländischen Beschäftigten steigt: von 7 % im Jahr 2007 zu 11 % im Jahr 2013.

Geringfügige Beschäftigung

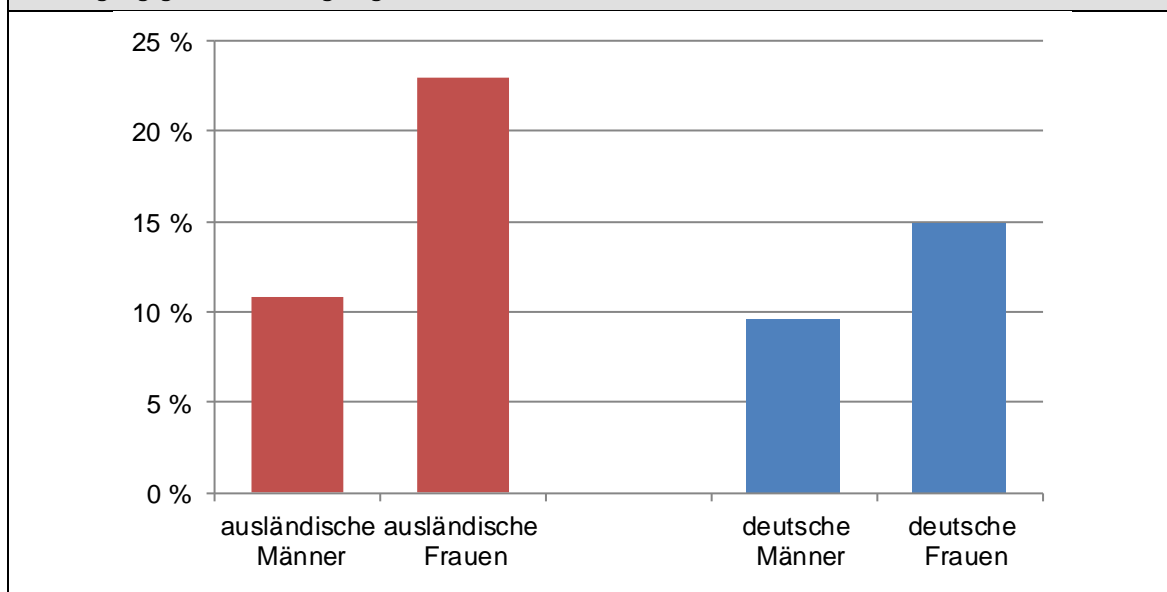
<i>Definition</i>	Anteil geringfügig Beschäftigter am Wohnort an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige + geringfügige) insgesamt
<i>Relevanz</i>	Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann als prekäres Arbeitsverhältnis angesehen werden mit negativen Auswirkungen im Hinblick auf Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit und mangelnde soziale Absicherung.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Berücksichtigt werden diejenigen Minijobber, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung ausüben, nicht diejenigen, die zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung einen 450-Euro Job haben.

**Tab. 13:
Geringfügige Beschäftigung 2007 bis 2013**

Jahr	ausländische Minijobber			deutsche Minijobber		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	10,5	24,0	12,9	9,2	16,3
2008	16,2	9,7	23,8	12,7	9,3	15,9
2009	17,6	11,4	24,7	13,0	9,8	16,0
2010	17,0	11,2	23,8	12,9	9,7	15,8
2011	16,4	10,6	23,2	12,7	9,7	15,4
2012	16,3	10,7	22,7	12,5	9,7	15,2
2013	16,5	10,8	23,0	12,3	9,6	14,9

Jeweils 30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)

**Bild 13:
Geringfügige Beschäftigung 2013**

30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Minijobquote bei ausländischen Frauen am höchsten

Ausländer nehmen deutlich häufiger als Deutsche eine geringfügige Beschäftigung auf: Im Jahr 2013 arbeiten 17 % aller ausländischen und 12 % der deutschen Angestellten ausschließlich in einem Minijob. Erfreulicherweise hat sich dieser Anteil - sowohl bei den Deutschen

als auch bei den Ausländern - seit dem Jahr 2009 etwas verringert. Allerdings ist im vergangenen Jahr die Minijobquote der Ausländer wieder etwas angestiegen. In beiden Bevölkerungsgruppen sind vor allem die Frauen lediglich geringfügig beschäftigt - bei den ausländischen Frauen ist es knapp jede Vierte.

Arbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für misslungene Integration in den Arbeitsmarkt.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

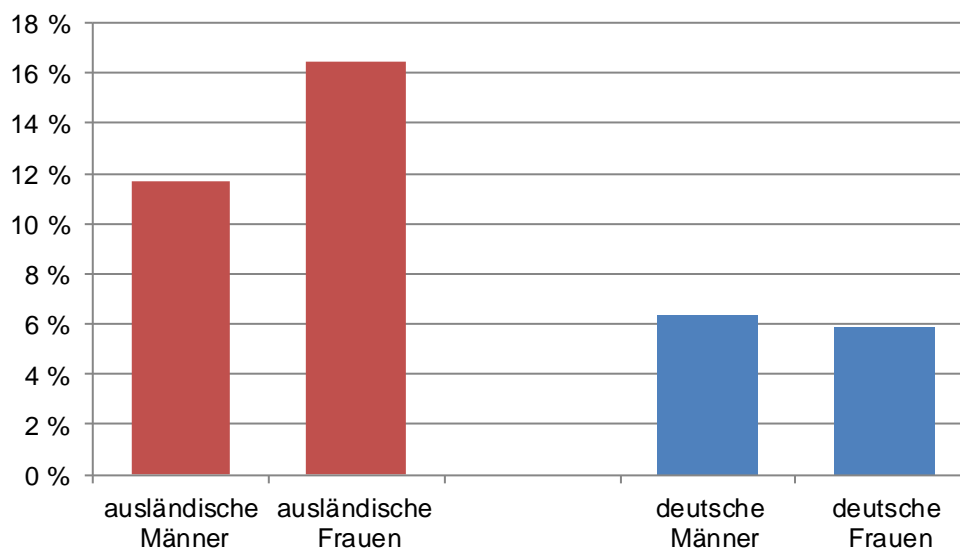
Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

**Tab. 14:
Arbeitslosenquoten 2007 bis 2013**

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7
2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0
2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8
2010	14,8	12,3	17,9	6,8	7,0	6,6
2011	13,3	11,1	16,1	5,9	6,1	5,8
2012	13,7	11,6	16,5	6,1	6,3	5,9
2013	13,9	11,7	16,5	6,1	6,4	5,9

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)

**Bild 14:
Arbeitslosenquoten 2013**

September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Ausländer stärker
von Arbeitslosigkeit betroffen
als Deutsche*

Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 13,9 %, die der Deutschen beträgt 6,1 %. Eine wesentliche Ursache liegt sicherlich im unterschiedlichen

beruflichen Qualifikationsniveau der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt.

Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten unter 25-jährigen Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den unter 25-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Wenn Ausländerinnen und Ausländer schon in jungen Jahren keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden, ist das ein besonders prekäres Zeichen nicht gelungener Integration.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2007 bis 2013

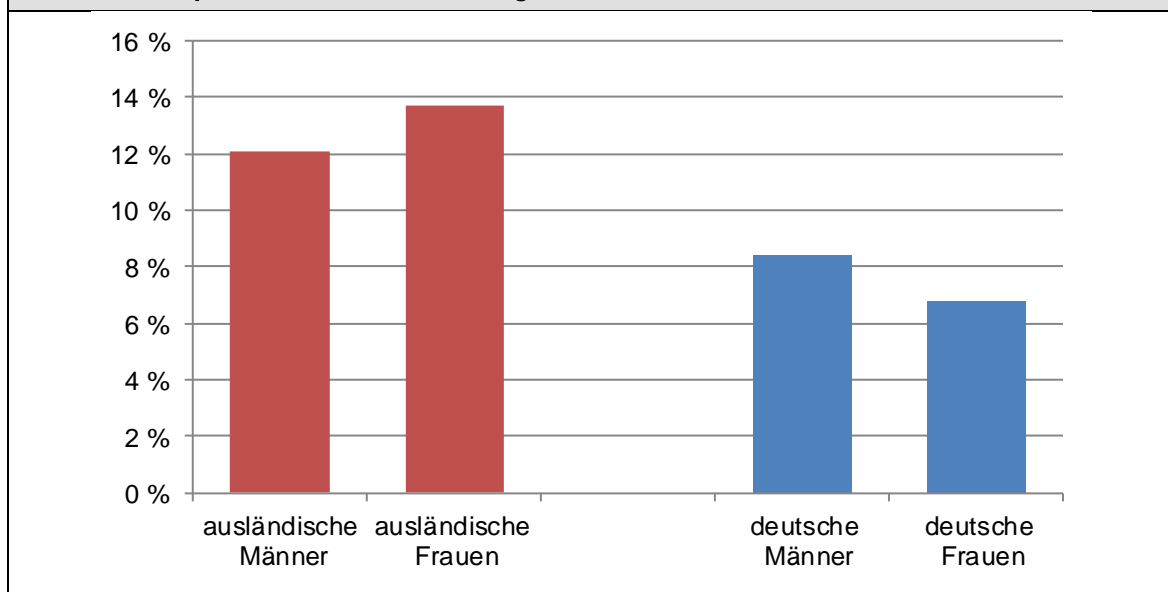
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9
2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2
2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7
2010	16,2	14,7	17,9	9,1	10,1	8,2
2011	11,9	11,8	12,0	7,6	7,7	7,5
2012	12,6	12,7	12,4	7,5	8,1	6,9
2013	12,8	12,1	13,7	7,6	8,4	6,8

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2013



Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Arbeitslosigkeit ausländischer junger Frauen am höchsten

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (12,8 %) liegt über der der jungen Deutschen (7,6 %). Junge ausländische Frauen sind dabei häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Männer - im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Arbeitslosenquote zudem besonders deutlich gestiegen.

SGB II-Bezugsquote

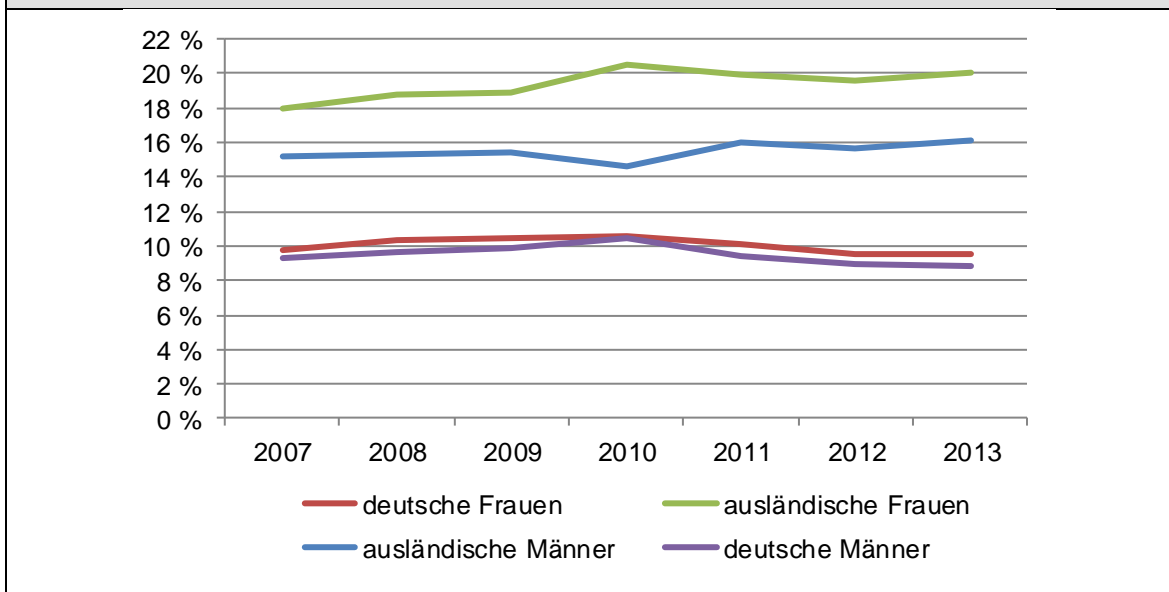
<i>Definition</i>	Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten Personen, die entweder langzeitarbeitslos sind oder deren Einkommen unter dem Regelsatz liegt („Aufstocker“). Eine hohe SGB II-Quote ist somit ein Indikator für eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und wird auch allgemein als Armutsrisiko angesehen.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Statistik zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, jeweils September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2013

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	15,2	18,0	9,6	9,3	9,8
2008	17,0	15,4	18,7	10,0	9,6	10,3
2009	17,2	15,5	18,9	10,2	9,9	10,5
2010	17,4	14,6	20,6	10,5	10,4	10,6
2011	18,0	16,0	19,9	9,8	9,4	10,1
2012	17,6	15,7	19,6	9,2	8,9	9,6
2013	18,1	16,1	20,1	9,2	8,8	9,6

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)

**Bild 16:**
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2013

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



Ausländische Frauen am ehesten auf Sozialleistungen angewiesen

Im Jahr 2013 sind 18 % aller ausländischen und 9 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Dabei klappt die Schere immer weiter auseinander: Seit dem Jahr 2010 ist die SGB II-Quote der Deutschen gesunken, die der Ausländerinnen und Ausländer tendenziell gestiegen.

Frauen - insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.

Integration in den Wohnungsmarkt Segregationsindex

Definition

Der Segregationsindex ⁵ berechnet sich aus der Summe der absoluten Differenzen zwischen den Anteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilgebieten. Im Rahmen des Integrationsmonitorings wird das Ausmaß der ethnischen Segregation quantifiziert.

$$\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n \left| \frac{a(i)}{A} - \frac{b(i)}{B} \right| \cdot 100$$

mit

$a(i)$ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Planungsraum i

A = Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Wiesbaden

$b(i)$ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Planungsraum i

B = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Wiesbaden

n = Zahl der Planungsräume in Wiesbaden (= 143)

Relevanz

Der Indikator, dessen Wert zwischen 0 und 100 liegt, misst die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Wohngebiete. Je höher der Segregationsindex ist, desto stärker kon-

⁵ DUNCAN, O.D./DUNCAN, B.: Residential Distribution and Occupational Stratification. In: American Journal of Sociology 60 (1955), S. 493 - 503.

zentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadt. Würden beispielsweise in allen Stadtteilen (Planungsräumen) entweder nur Migranten oder nur Nicht-Migranten leben, so läge der Segregationsindex bei 100. Falls umgekehrt der Migrantenanteil in allen Stadtteilen gleich groß wäre, würde der Index den Wert 0 annehmen.

Es ist davon auszugehen, dass weniger segregierte Stadtteile oder Nachbarschaften bessere Bedingungen für Kontakt und Begegnung bereitstellen als stärker segregierte Stadtteile. Letztlich gibt der Segregationsindex Hinweise auf Kontaktchancen, lässt aber keine Rückschlüsse auf die Existenz von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Der Indexwert kann interpretiert werden als das Ausmaß in Prozent, in dem die Mitglieder einer der betrachteten Teilgruppen umziehen müssten, um eine Gleichverteilung über alle städtischen Teilgebiete (hier: Planungsräume) zu erreichen.

Tab. 17:
Segregationsindex der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund 2003 bis 2013

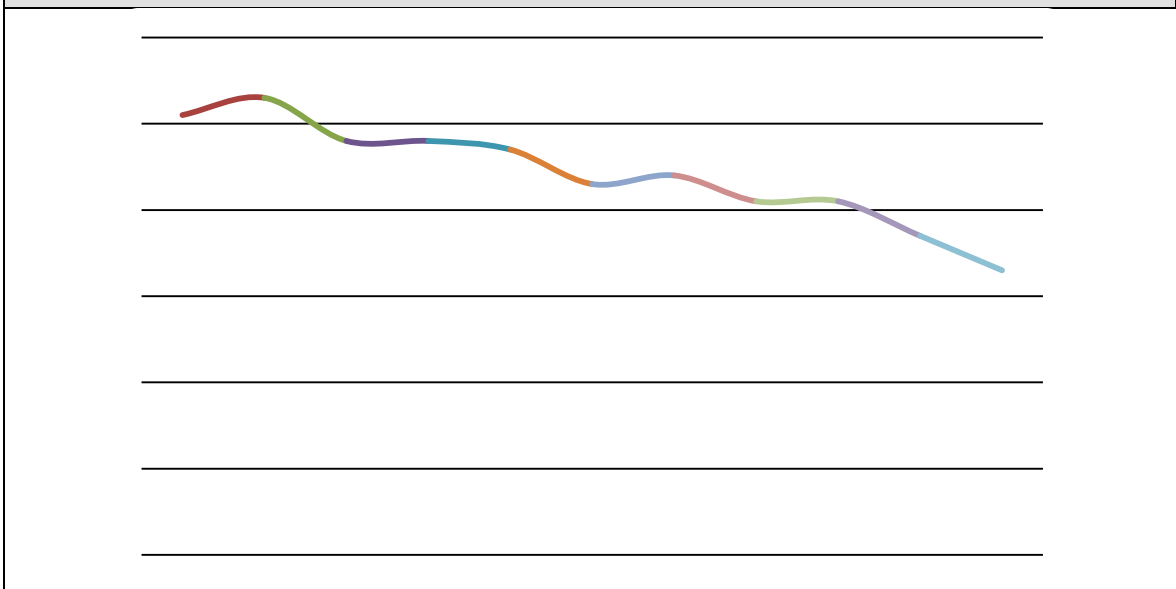
Jahr	Segregationsindex
2003	27,1
2004	27,3
2005	26,8
2006	26,8
2007	26,7
2008	26,3
2009	26,4
2010	26,1
2011	26,1
2012	25,7
2013	25,3

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
 eigene Berechnungen



Bild 17:
Segregationsindex der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund 2003 bis 2013



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Tendenz sinkend

Im Beobachtungszeitraum ist eine leicht rückläufige Tendenz auszumachen. Das heißt: Die räumliche Konzentration der Migranten auf einzelne Stadtteile hat geringfügig abgenommen. Aber noch immer müsste - rein rechnerisch - mehr als ein Viertel der Migrantenbevölkerung (oder alternativ: der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) in einen anderen Planungsraum umziehen, um eine Gleichverteilung innerhalb der Stadt herzustellen.

Wohnungseigentümerquote

Definition

Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum an allen Haushalten

Relevanz

Die Eigentümerquote misst die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Sie gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Methodische Hinweise

Betrachtet werden Haushalte, in denen ausschließlich Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund leben. „Gemischte“ Haushalte werden nicht berücksichtigt.

Tab. 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2013

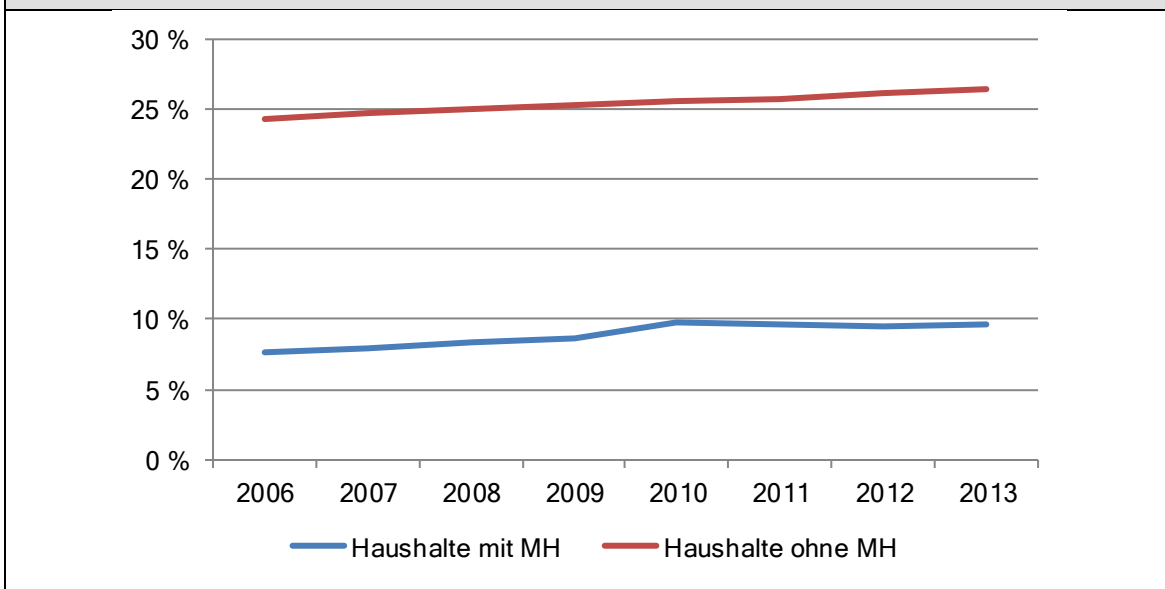
Jahr	Eigentümerquote von Haushalten	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	%	%
2006	7,6	24,3
2007	8,0	24,8
2008	8,4	25,1
2009	8,6	25,3
2010	9,7	25,7
2011	9,6	25,8
2012	9,6	26,2
2013	9,6	26,5

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung; Amt für Bodenmanagement



Bild 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2013



MH = Migrationshintergrund

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung; Amt für Bodenmanagement



Nur wenige Migranten leben in den eigenen vier Wänden

Im Beobachtungszeitraum lässt sich ein leichter Anstieg der Eigentümerquoten feststellen. Aktuell erreicht der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohnei-

gentum verfügen, bei Migranten 9,6 % und liegt damit nicht einmal halb so hoch wie bei Einheimischen (26,5 %).

Indikatoren zur kulturellen Integration

Spracherwerb

<i>Definition</i>	Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen.
<i>Relevanz</i>	Der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten kommt für die kulturelle Integration eine Schlüsselrolle zu. Von den Sprachkenntnissen hängt der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ab. Unzureichende Sprachkenntnisse dagegen schränken die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten ein. Umso entscheidender ist eine frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache und - wenn es daran mangelt - eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung.
<i>Datenquelle</i>	Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)
<i>Migrationshintergrund</i>	Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.
<i>Methodische Hinweise</i>	Der Befund wird nur bei Kindern mit Migrationshintergrund erhoben. Der Indikator entstammt dem ursprüng-

lich von nordrhein-westfälischen Gesundheitsbehörden entwickelten und eingesetzten „Screening des Entwicklungsstandes bei Einschulungsuntersuchungen“ (S-ENS), das der Erfassung von Entwicklungsstörungen dient und bei Migrantenkindern die Deutschkenntnisse auf einer fünfstufigen Skala misst.

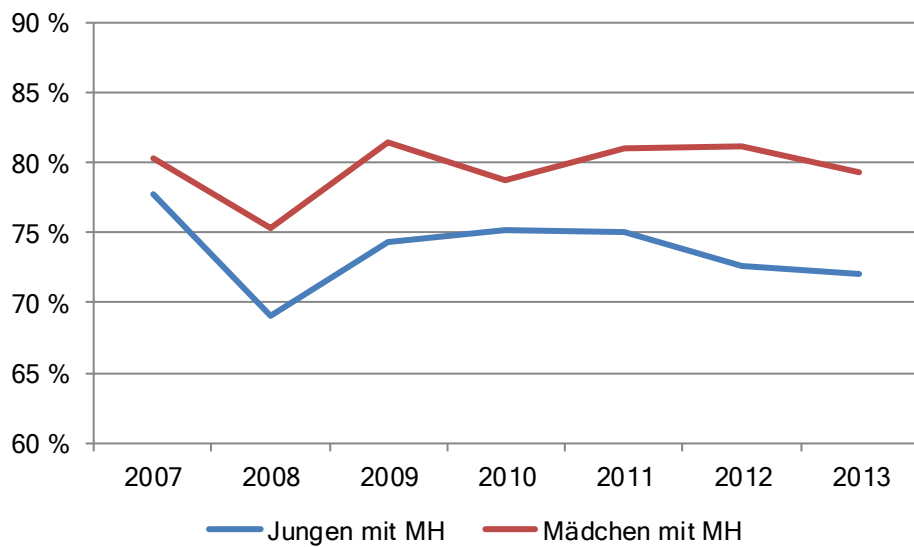
Tab. 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen
%			
2007	78,9	77,8	80,3
2008	72,0	69,0	75,3
2009	77,9	74,4	81,5
2010	76,8	75,2	78,7
2011	77,7	75,0	81,0
2012	76,7	72,6	81,2
2013	75,6	72,0	79,4

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Drei von vier Schulanfängern ausländischer Herkunft sprechen fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch

Bei der letzten Schuleingangsuntersuchung wurde festgestellt, dass in Wiesbaden 75,6 % der Kinder ausländischer Herkunft Deutsch fehlerfrei oder mit nur leichten Fehlern sprechen. Mädchen zeigen eindeutig bessere Sprachfähigkeiten als Jungen.

Gesundheit / Übergewicht

Definition

Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Relevanz

Der Gesundheitszustand ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage und hat Einfluss auf zahlreiche andere Bereiche. Die Prävalenz von Übergewicht indiziert ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, denn übergewichtige Kinder leiden vermehrt an orthopädischen Beschwerden und weisen motorische Defizite auf.

Ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Migrationshintergrund ist aufschlussreich für die Ausrichtung von Präventionsmaßnahmen. Unterschiede können - neben dem Sozialstatus - auf das kulturell geprägte Ess- und Freizeitverhalten zurückgeführt werden.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der

nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

Grundlage für die Diagnose von Übergewicht bei Kindern sind die alters- und geschlechtsspezifischen Referenzwerte für den Body-Mass-Index.⁶

Tab. 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

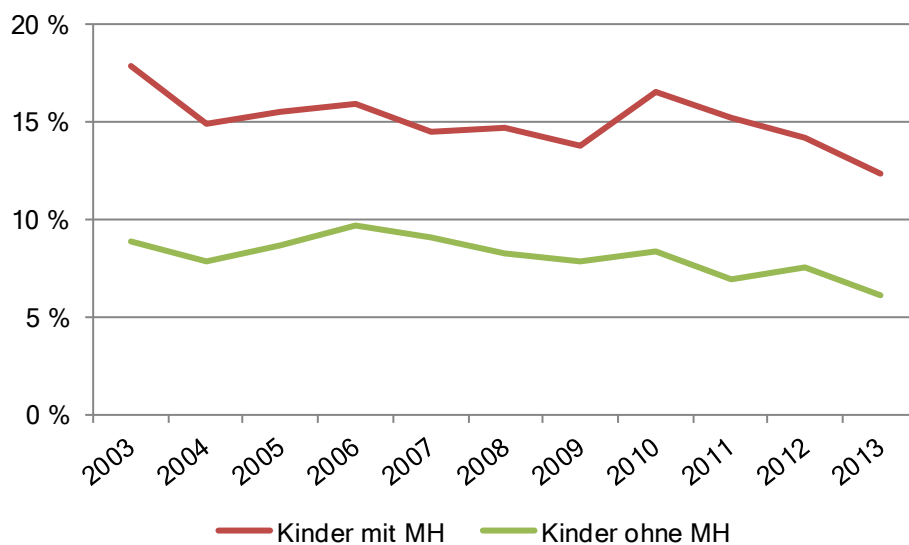
Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8
2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4
2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7
2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5
2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8
2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0
2010	16,5	18,0	14,8	8,3	8,1	8,5
2011	15,2	17,0	13,1	6,9	6,1	7,8
2012	14,2	15,4	12,9	7,5	7,3	7,7
2013	12,3	11,7	13,0	6,1	4,8	7,7

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



⁶ Kromeyer-Hauschild, K. und andere (2001): Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde, S. 807 - 818.

Bild 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern



MH = Migrationshintergrund
 Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Kinder ausländischer Herkunft
 häufiger zu dick*

Erfreulicherweise war auch im vergangenen Jahr der Anteil übergewichtiger Schulanfänger mit ausländischen Wurzeln insgesamt rückläufig. Allerdings wird der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft immer noch doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern deutscher Eltern. Während bei Kindern ohne Migrationshintergrund eher die Mädchen übergewichtig sind, wechselt dies bei Kindern ausländischer Herkunft von Jahr zu Jahr.

Indikatoren zur sozialen Integration

Langer Aufenthalt in Deutschland

Definition Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern

Relevanz Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht in der Regel eine zunehmende Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland und damit eine große Chance zur sozialen Integration einher.

Datenquelle Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund Die Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

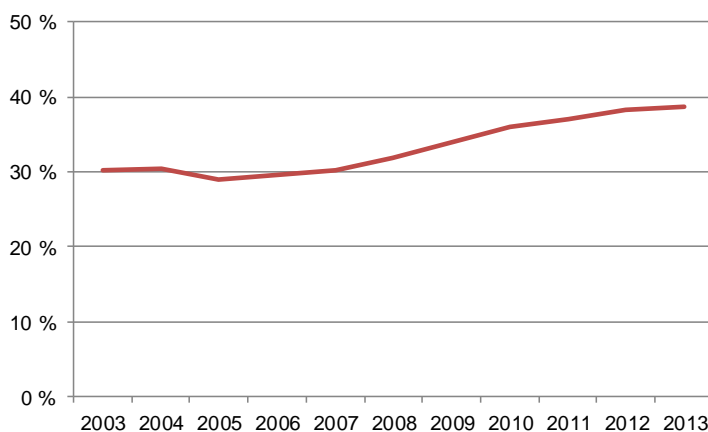
Tab. 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2003 bis 2013

Jahr	Anteil langer Aufenthalt in Deutschland (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	30,2	31,4	28,9
2004	30,4	31,8	28,8
2005	28,9	30,5	27,4
2006	29,5	30,9	28,1
2007	30,2	31,4	29,0
2008	31,9	33,0	30,8
2009	33,8	34,9	32,6
2010	35,9	37,3	34,5
2011	36,9	38,1	35,7
2012	38,3	39,4	37,2
2013	38,6	39,5	37,8

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



**Bild 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2003 bis 2013**



Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Anteil der Ausländer
mit langer Aufenthaltsdauer
steigt kontinuierlich an*

Fast 40 % aller in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bereits seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Seit dem Jahr 2005 steigt dieser Anteil kontinuierlich an. Der Anteil der Männer mit langer Aufenthaltsdauer ist etwas höher als der der Frauen.

In Deutschland Geborene

Definition

Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migranten

Relevanz

Es ist unstrittig, dass die Integrationschancen mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einer erfolgreichen Teilnahme am deutschen Schul- und Ausbildungssystem steigen. Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind, haben/hatten die Möglichkeit, ihre komplette schulische und berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 22:
Anteil der in Deutschland Geborenen 2003 bis 2013

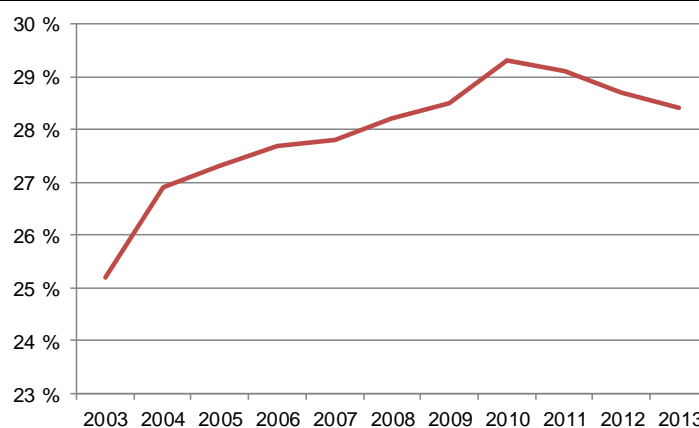
Jahr	Anteil der in Deutschland Geborenen (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	25,2	25,8	24,6
2004	26,9	27,4	26,3
2005	27,3	28,0	26,5
2006	27,7	28,5	27,0
2007	27,8	28,6	26,9
2008	28,2	29,0	27,3
2009	28,5	29,5	27,5
2010	29,3	30,4	28,2
2011	29,1	30,1	28,1
2012	28,7	29,6	27,7
2013	28,4	29,3	27,5

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 22:
Anteil der in Deutschland Geborenen 2003 bis 2013



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Wieder leichter Rückgang
 des Anteils in Deutschland
 Geborener*

Fast 30 % der Wiesbadener mit Migrationshintergrund sind in Deutschland zur Welt gekommen. Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil stetig erhöht, seit 2010 sinkt er wieder. Ursache ist hier vermutlich die vermehrte Zuwanderung aus den südeuropäischen „Krisenländern“ und aus Rumänien und Bulgarien.

Einheiratsquote

Definition

Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten.

Relevanz

Die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen gilt als Maßstab dafür, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

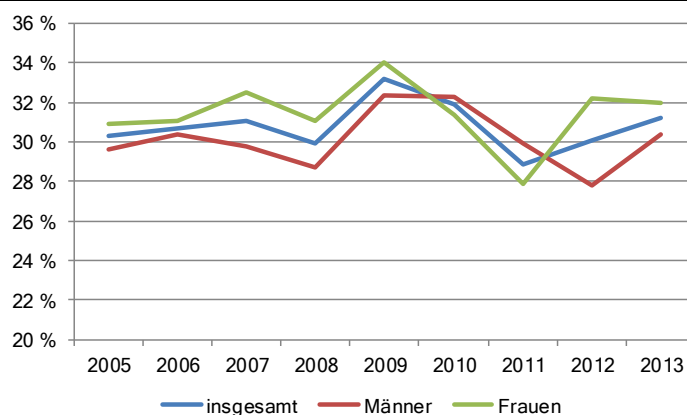
**Tab. 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2013**

Jahr	Einheiratsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	30,3	29,6	30,9
2006	30,7	30,4	31,1
2007	31,1	29,8	32,5
2008	29,9	28,7	31,1
2009	33,2	32,4	34,0
2010	31,9	32,3	31,4
2011	28,9	29,9	27,9
2012	30,1	27,8	32,2
2013	31,2	30,4	32,0

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2013**



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Knapp ein Drittel
der Migrant/-innen
heiraten Einheimische*

Die Einheiratsquote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Frauen ausländischer Herkunft heiraten in der Regel etwas häufiger in die deutsche Gesellschaft ein als Männer.

Einreise zur Eheschließung

Definition

Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund

Relevanz

Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, gelten als ein Integrationshemmnis: Wenn Zuwanderer ihre Ehepartner in den Herkunftsgesellschaften suchen, besteht das Risiko, dass sich die aus dem Ausland nachziehenden Ehegatten erst integrieren müssen und dass die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder in einem vom Herkunfts-

land geprägten Haushalt aufwachsen.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

Methodische Hinweise

Die Tatsache, dass ein Ehepartner bis zur Hochzeit noch im Ausland lebt, sagt nichts darüber aus, ob es sich um eine arrangierte Eheanbahnung oder gar um eine Zwangsverheiratung handelt. Derartige Sachverhalte lassen sich anhand der Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

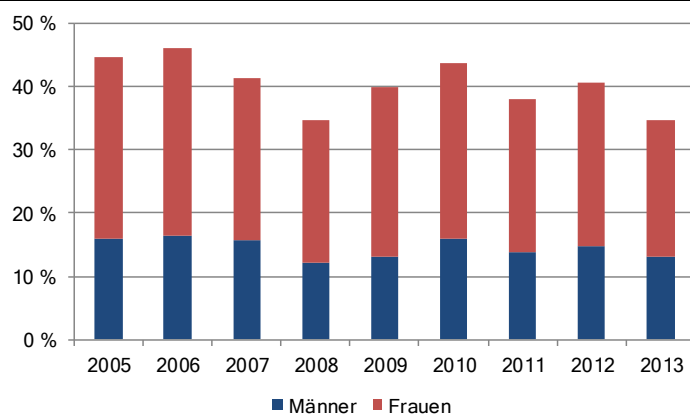
Tab. 24:
Einreise zur Eheschließung 2005 bis 2013

Jahr	Einreisequote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	44,8	15,9	28,9
2006	46,2	16,5	29,7
2007	41,4	15,8	25,6
2008	34,7	12,1	22,6
2009	40,0	13,2	26,8
2010	43,8	16,0	27,8
2011	38,0	13,8	24,3
2012	40,7	14,8	25,9
2013	34,8	13,2	21,6

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 24:
Einreisequoten zur Eheschließung 2005 bis 2013**



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Partnersuche im Herkunftsland
bei jeder dritten Ehe*

Im vergangenen Jahr hatte bei 34,8 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau.

Haushalte gemischter Herkunft

Definition

Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten

Relevanz

Der Indikator misst die Häufigkeit des Zusammenlebens von Migranten mit Einheimischen und damit die soziale Integration in die Privatsphären der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Ge-

burtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)

Jahr	Anteil gemischter Haushalte
2003	8,0
2004	7,6
2005	7,6
2006	7,6
2007	7,7
2008	7,8
2009	8,0
2010	8,3
2011	8,5
2012	8,6
2013	8,8

Jeweils 31. Dezember.
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung


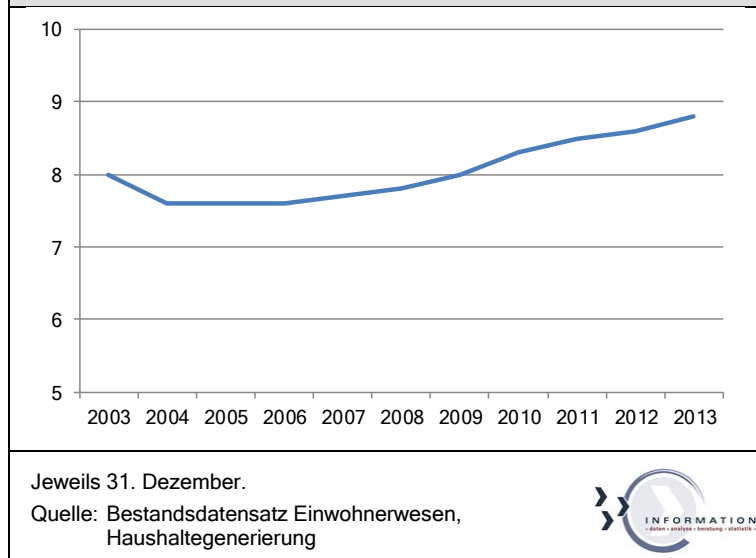


Bild 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)



*Jeder elfte Haushalt
gemischt-ethnisch*

Derzeit leben in knapp 9 % aller Wiesbadener Haushalte Personen mit und ohne Migrationshintergrund - seit 2007 mit steigender Tendenz.

Indikatoren zur identifikatorischen Integration Einbürgerungsquote

Definition

Quotient aus der jährlichen Zahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Einbürgerungsanspruch; insgesamt und differenziert nach Geschlecht

Relevanz

Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration oder sogar als Abschluss gelungener Integration angesehen werden. Erst die Einbürgerung vermittelt alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden.

Durch den Bezug auf die Einbürgerungsberechtigten zeigt der Indikator, inwieweit das Einbürgerungspotential ausgeschöpft wird.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik); Ausländerbehörde (LaDiVA)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit

Methodische Hinweise

Bei der Berechnung des Indikators werden nur die sogenannten Anspruchseinbürgerungen nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz gezählt, nicht aber die Ermessenseinbürgerungen.

Bezugsgröße ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger. Ob weitere rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind (z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse oder Straffreiheit), kann hier nicht berücksichtigt werden.

Tab. 26: Einbürgerungsquote 2003 bis 2013			
Jahr	Einbürgerungsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	3,9	3,9	3,9
2004	3,1	2,8	3,4
2005	2,5	2,5	2,5
2006	3,1	3,2	2,9
2007	2,9	3,0	2,7
2008	2,1	2,3	2,0
2009	2,4	2,4	2,4
2010	2,7	2,8	2,6
2011	3,1	3,1	3,0
2012	3,5	3,4	3,6
2013	2,9	2,7	3,2

Nur Anspruchseinbürgerungen.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)


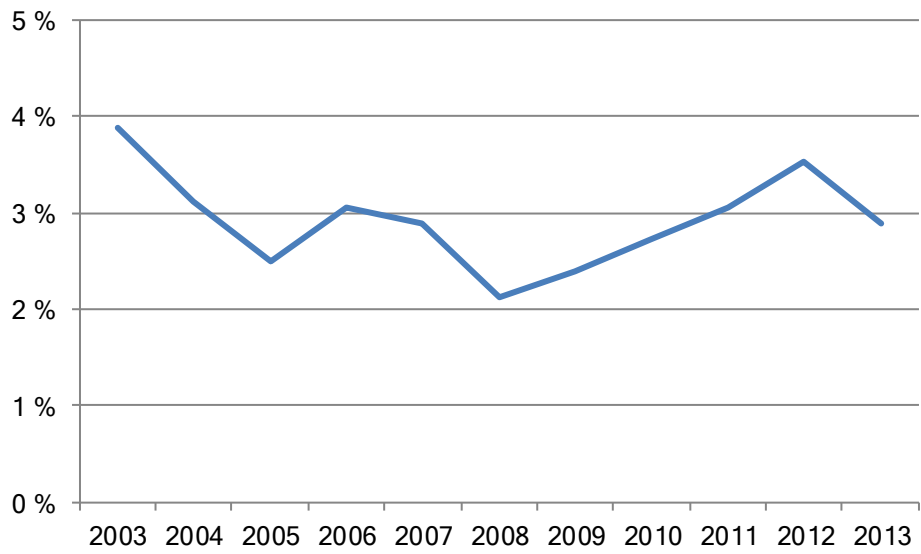


Bild 26:
Einbürgerungsquote 2003 bis 2013



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr und damit auf insgesamt niedrigem Niveau. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Besonders gering ist der Anreiz für EU-Bürger, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind. Gleichwohl kann und wird eine Identifikation mit Deutschland oft auch unabhängig von der Staatsangehörigkeit bestehen.

Konsequenzen für die Integrationsarbeit

*Zusammenfassung und
Kommentar zum Integrations-
monitoring 2014 aus Sicht der
Integrationsabteilung des Amtes
für Zuwanderung und Integration*

Vorrangiges Ziel des Integrationsmonitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Das Integrationsmonitoring gibt Hinweise darauf, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind, entwickelt hat. Da die Integration von Zuwanderern ein äußerst vielschichtiger Prozess ist, können mit dem Integrationsmonitoring unter dieser Einschränkung nur Teilbereiche erfasst werden.

In seiner Funktion als Frühwarnsystem hat das Wiesbadener Integrationsmonitoring seit seiner Einführung dazu beigetragen, inhaltliche Akzente in der Integrationsarbeit zu setzen. Im Folgenden werden die integrationspolitischen Folgerungen aus dem vorgelegten Monitoringbericht 2014 und deren Bearbeitung aus Sicht der Integrationsabteilung im Amt für Zuwanderung und Integration vorgestellt.

Das Integrationsmonitoring 2014 gibt Hinweise auf bereits realisierte Integrationschancen und -erfolge

Annähernd 40 % der ausländischen Bevölkerung leben seit 20 und mehr Jahren in Deutschland und über ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die mit der Zuwanderung einhergehende kulturelle Vielfalt in Wiesbaden auch dauerhaft etabliert. Gemeinsam mit dem hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung, der einen sicheren Aufenthaltsstatus (78,5 %) besitzt, kann von guten und teilweise bereits realisierten Integrationschancen, insbesondere bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen, ausgegangen werden.

Gleichzeitig ist die Zahl der Neuzuwanderungen insbesondere durch Personen mit (süd)osteuropäischer Staatsbürgerschaft stark angewachsen. Um eine möglichst schnelle und gelingende Integration für die Gruppe der Neuzuwanderer zu erreichen, sind im vergangenen Jahr bereits Maßnahmen und Projekte in den jeweiligen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes entwickelt und teilweise umgesetzt worden. Diese werden im Folgenden bei den jeweiligen Handlungsfeldern beschrieben.

Die stark angewachsene Zahl der Neuzuwanderungen erfordert Maßnahmen und Programme, um eine möglichst schnelle und gelingende Integration zu ermöglichen

Handlungsfeldübergreifend wird derzeit intensiv an der Umsetzung des Konzeptes „Integration auf Kurs“ gearbeitet, das unter anderem die Entwicklung und den Einsatz von Informationseinheiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zahlreichen Integrationskurse in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Wiesbadener Integrationskursträger vorsieht. Teil des Konzeptes „Integration auf Kurs“ wird ein Wegweiser für Neuzuwanderer sein, der die notwendigen

Informationen in kompakter schriftlicher Form vorsieht und durch audiovisuelle Elemente ergänzt wird.

Handlungsfeld Bildung

Neben dem weiteren Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist ein Informationssystem für neuzugewanderte Eltern zu entwickeln

Bereits realisierte Integrationschancen werden beispielhaft am seit 2003 bis 2011 steigenden Anteil der Kinder deutlich, die bei ihrer Einschulung mindestens 18 Monate einen Kindergarten besucht haben. Der leichte Rückgang dieser Quote in den letzten beiden Jahren weist neben dem Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung allerdings auf weitere Notwendigkeiten im integrationspolitischen Handeln hin. Insbesondere für die Gruppe der neuzugewanderten Eltern sind die Zugänge zur Tagesbetreuung durch gezielte Information über diese Möglichkeiten z. B. in Form eines Wegweisers, zu verbessern. Für die Kinder, die keinen oder nur einen kurzzeitigen Platz in der frühkindlichen Tagesbetreuung vor der Einschulung erhalten, sind Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Sprachförderung zu entwickeln und umzusetzen.

Fördermaßnahmen für schulische Seiteneinsteiger

Gleiches gilt für die sogenannten schulischen „Seiteneinsteiger“, insbesondere ab der 8. Klasse. Die in den letzten beiden Schuljahren begonnene Unterstützung der Schüler der Deutschintensivklassen durch ergänzende Sprachcafés ist hier ein erster erfolgversprechender Ansatz zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung und zur Nutzung der Potentiale dieser Gruppe für den weiteren schulischen oder beruflichen Ausbildungsweg.

Die Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt von insbesondere männlichen jugendlichen Migranten bleibt ein integrati-

Der immer noch deutliche Abstand beim Besuch eines Gymnasiums von Kindern mit zu den Kindern ohne Migrationshintergrund sowie der deutlich erhöhte Anteil der

onspolitisches Dauerthema

ausländischen Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag sind bei allen tendenziellen Verbesserungen Hinweise auf bisher noch nicht gelöste Schwierigkeiten der strukturellen Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Diese Herausforderung wird auf kommunaler Ebene u. a. mit der Gründung des Wiesbadener Netzwerks „Übergang Kindertagesstätte zur Schule“, dem Ausbau der Betreuenden Grundschule und der Schulsozialarbeit, der Erweiterung des Ganztagschulprogramms und dem Ausbau von Förderprogrammen an Schulen und durch Informationen für Eltern im Rahmen von Elternbildungsmaßnahmen, z. B. „Fit für die Schule“, begegnet.

Sowohl der hohe Anteil an Beschäftigten ohne (anerkannte) Berufsausbildung als auch die erhöhte Arbeitslosenquote erfordern verstärkte Anstrengungen insbesondere bei den unter 25-Jährigen und ausländischen Mädchen und Frauen

Handlungsfeld Arbeit

Obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenquote ausländischer Frauen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen ist, liegt sie weiterhin auf einem geringen Niveau. Insbesondere ausländische Frauen im erwerbsfähigen Alter sind auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Der Anteil der ausländischen Frauen, die lediglich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, liegt mit knapp 25 % dagegen recht hoch.

Im Rechtskreis des SGB II wurden in den letzten Jahren durch das kommunale Jobcenter bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, die Eingliederung in Erwerbsarbeit zu verbessern. Seit 2010 hat das Amt für Zuwanderung und Integration im Rahmen des Landesprogrammes „Modellregion Integration“ mit der Einrichtung einer Erstberatungsstelle für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen sowie der Förderung des Programms „Kompetenzen als Chance - Neue Berufswege für qualifizierte Migrantin-

nen“ ebenfalls Maßnahmen zur Verbesserung ergriffen.

Gemeinsam mit dem Amt für Soziale Arbeit und der Arbeitsagentur Wiesbaden befindet sich derzeit eine umfangreiche Motivationskampagne zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Migrantinnen in Arbeit, die im Herbst 2014 gestartet ist

Eine verbesserte Kooperation ermöglicht eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt

Ergänzend wurden im Rahmen des Bundesprogrammes „Integration verbindlich gestalten“ mit dem Instrument der Integrationsvereinbarung die Kooperationsbeziehungen zwischen der Ausländerbehörde, der Arbeitsagentur und dem kommunalen Jobcenter sowie den Migrationsberatungsdiensten mit dem Ziel einer schnelleren Integration von Neuzuwanderern in den Arbeitsmarkt intensiviert.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus den osteuropäischen EU-Erweiterungsgebieten hat aufgrund fehlender oder unzureichender Krankenversicherungen zu deutlich steigenden Zahlen bei der Inanspruchnahme der Humanitären Sprechstunde insbesondere bei der allgemeinmedizinischen und der zahnmedizinischen Versorgung sowie der Schwangerensprechstunde geführt. Die aufgebauten Kooperationsstrukturen und Hilfsangebote haben sich bisher als belastbar erwiesen. Die dauerhafte finanzielle Absicherung in diesem Bereich ist zukünftig angesichts der stetig gestiegenen Kosten neben der öffentlichen Finanzierung auf weitere Standbeine zu stellen.

Insbesondere für neuzugewanderte Jugendliche sind die Integrationspotentiale des Sports verstärkt nutzbar zu machen.

Handlungsfeld Vielfalt in kulturellem Leben und Stadtentwicklung

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Einige Stadtteile in Wiesbaden mit einem hohen Anteil an Neuzuwanderern erfüllen für die Gesamtstadt Wiesbaden dabei die notwendige Funktion einer transitorischen Zone und übernehmen Aufgaben der Erstintegration.

Stadtteile mit einem erhöhten Migrantanteil sind weiterhin mit Förderprogrammen zu unterstützen und Migrantenselbstorganisationen als gleichberechtigte Partner verstärkt einzubeziehen

Die in allen Stadtteilen mit einem erhöhten Migrantanteil existierenden Foren der Stadtteilarbeit greifen die damit verbundenen Herausforderungen auf und bearbeiten den erhöhten Unterstützungsbedarf in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes in einem konstruktiven Miteinander, das von Förderprogrammen flankiert werden muss. Migrantenselbstorganisationen sollten stärker als bisher als Potential bei der Integration in das Wohnumfeld genutzt werden. Es gilt ihre Bereitschaft hierfür zu gewinnen und sie entsprechend zu qualifizieren.

Die leicht steigende Tendenz der Wohnungseigentümerquote von Haushalten mit Migrationshintergrund gibt nicht nur Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Bevölkerungsgruppe, sondern kann auch als Zeichen für eine Identifikation mit Wiesbaden und dem jeweiligen Stadtteil gewertet werden. Es bleibt in den folgenden Jahren spannend zu beobachten, wie sich diese Quote weiterentwickeln wird. Viele Zuwanderer der ersten Generation haben noch in ihrem Herkunftsland in Immobilien investiert. Dies könnte sich bei den nun folgenden Generationen stärker als bisher auf den Erwerb von Wohnungseigentum in Wiesbaden verlagern.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
A. Strukturelle Integration								
A.1 Rechtliche Integration								
Ausländer/-innen insgesamt	a)	2013	50 553	25 525	25 026	x	x	x
darunter mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU- Staatsangehörigkeit	a)	2013	39 698	20 292	19 406	x	x	x
Ausländer/-innen im Alter von 16 und mehr Jahren	a)	2013	45 490	22 823	22 661	x	x	x
darunter mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2013	26 104	12 836	13 268	x	x	x
A.2 Integration in das Bildungssystem								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
darunter mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten	b)	2013	1 406	720	686	1 148	612	536
Schüler/-innen in der 8. Klasse an allgemeinbildenden Schulen	b)	2013/14	982	512	470	1 667	883	784
davon auf ...								
Förderschule mit Schwerpunkt Lernen	b)	2013/14	47	36	11	26	18	8
Hauptschule	b)	2013/14	131	82	49	77	52	25
Realschule	b)	2013/14	237	121	116	250	138	112
Integrierte Gesamtschule	b)	2013/14	311	150	161	482	256	226
Gymnasium	b)	2013/14	256	123	133	832	419	413
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	b)	2013	748	364	384	2 076	1 033	1 043
davon								
ohne Hauptschulabschluss	b)	2013	59	33	26	36	19	17
mit Hauptschulabschluss	b)	2013	171	98	73	192	109	83
mit Realschulabschluss	b)	2013	343	159	184	724	399	325
mit Hochschulreife	b)	2013	175	74	101	1 124	506	618
Berufsschüler/-innen	a)	2013/14	1 327	793	534	6 139	3 583	2 556
darunter ohne Ausbildungsvertrag	a)	2013/14	297	225	72	424	306	118
<p>1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder</p> <p>. Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll</p>								



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A.3 Integration in den Arbeitsmarkt					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	a)	2013	16 048	9 130	6 918	82 829	41 599	41 230
darunter								
ohne Berufsausbildung	a)	2013	3 701	2 212	1 489	9 670	5 144	4 526
mit Berufsausbildung	a)	2013	4 615	2 536	2 079	41 574	19 820	21 754
mit (Fach-) Hochschulausbildung	a)	2013	1 697	875	822	16 979	9 343	7 636
Geringfügig Beschäftigte	a)	2013	3 167	1 101	2 066	11 612	4 415	7 197
Arbeitslose	a)	2013	3 369	1579	1790	7 440	3898	3542
Unter 25-jährige Arbeitslose	a)	2013	341	167	174	900	488	412
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II	a)	2013	7 301	3 309	3 992	13 468	6 307	7 161
A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum	b)	2013	3 319	x	x	25 496	x	x
B. Kulturelle Integration								
B.1 Spracherwerb								
Kinder in der Schuleingangsuntersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
Kinder, die Deutsch fehlerfrei oder mit leichten Fehlern sprechen	b)	2013	1 131	559	572	x	x	x
B.2 Gesundheit								
Kinder in der Schuleingangsuntersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
darunter mit Übergewicht	b)	2013	186	91	95	72	30	42
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			C. Soziale Integration					
C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten								
Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr	a)	2013	19 530	10 081	9 449	x	x	x
Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Geburtsort in Deutschland ..	b)	2013	26 403	13 638	12 765	x	x	x
C.2 Multikulturelles Zusammenleben								
Eheschließende Migrant/-innen	b)	2013	1 720	850	870	x	x	x
darunter heiraten eine/n Partner/-in ohne Migrationshintergrund	b)	2013	536	258	278	x	x	x
Eheschließungen zwischen Personen mit Migrationshintergrund	b)	2013	592	x	x	x	x	x
darunter mit einem erst nach der Eheschließung eingereisten Partner	b)	2013	206	78	128	x	x	x
Haushalte	b)	2013	143 319	x	x	x	x	x
darunter Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben	b)	2013	12 620	x	x	x	x	x
D. Identifikatorische Integration								
D.1 Einbürgerungen								
Einbürgerungen	a)	2013	902	411	491	x	x	x
darunter Anspruchseinbürgerungen	a)	2013	765	347	418	x	x	x
<p>1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder</p> <p>. Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll</p>								



3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

Bei den Zugangsbedingungen zu Integrationskursen wird unterschieden zwischen Verpflichtungen und Zulassungen. Eine Verpflichtung kann zum einen durch die Ausländerbehörde bei Neuzuwanderern mit unzureichenden Sprachkenntnissen ausgesprochen werden und zum anderen durch das Jobcenter Wiesbaden zur Erhöhung der Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Zulassung zu einem Integrationskurs wird in der Regel auf freiwilligen Antrag eines sogenannten Bestandsausländers durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt.

Gemeinsames Beratungsangebot der Kommune mit den Migrationsberatungsdiensten

Die Koordination und Steuerung des Angebotes an Integrationskursen erfolgt nach wie vor über das kommunale Netzwerk aller Integrationskursträger unter Federführung der Integrationsabteilung.

Erfolgreiche Zusammenarbeit der Integrationsabteilung mit den freien Trägern

Die enge Zusammenarbeit zwischen Integrationsamt und Freien Trägern hat sich im Laufe der vergangenen Jahre als überaus hilfreich für die Integrationsarbeit in Wiesbaden bewährt. Dies betrifft sowohl den niederschweligen Zugang für Migranten und Migrantinnen, die hier zum Teil auch muttersprachlich beraten werden können, als auch die Zusammenarbeit in Projekten und Arbeitskreisen.

Integrationskurse und Kursteilnehmer in der Landeshauptstadt Wiesbaden im Vergleich zu Hessen					
		Beg. Kurse	Abgeschl. Kurse	Kursabsolventen	Neue Teilnehmer
2011	Wiesbaden	78	58	655	926
2011	Hessen	795	597	6.847	9.824
2012	Wiesbaden	72	55	637	862
2012	Hessen	795	550	6.521	9.819
2013	Wiesbaden	87	56	612	1.004
2013	Hessen	894	559	6.343	9.508

3.2 Übersicht der Träger, die 2013 Integrationskurse durchgeführt haben:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e. V. (AWO)
- Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V / Katholische Erwachsenenbildung Bildungswerk Wiesbaden
- Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. Stadtteilbüro BauHof
- Euro-Schulen-Organisation Wiesbaden GmbH
- Internationaler Bund (IB),
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.
- Lern-Planet
- Logos Sprachschule GmbH
- Volkshochschule Wiesbaden e. V. (VHS)

3.3 Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses

Zielgruppen

Ausländer, Unionsbürger, Spätaussiedler und ehemalige Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung können zu Integrationskursen

zugelassen werden. Auch Deutsche, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, können einen Integrationskurs besuchen.

Stundenzahl

Ein Integrationskurs besteht grundsätzlich aus einem Sprachkurs mit 600 Unterrichtsstunden und einem Orientierungskurs mit 60 Stunden. Bei den speziellen Integrationskursen ist eine Erweiterung von 600 auf bis zu 900 Stunden Sprachunterricht möglich.

Spezielle Integrationskurse

Neben dem allgemeinen Integrationskurs gibt es auch spezielle Integrationskurse für Teilnehmer/-innen, die besondere Bedürfnisse haben: Angeboten werden beispielsweise Jugendintegrationskurse für junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren, die sich auf eine weiterführende Schule oder auf eine Ausbildung vorbereiten möchten. Für Eltern gibt es Kurse, die ihnen helfen, ihre Kinder besser in der Schule zu unterstützen; Frauen können in einer reinen Frauenklasse mit einer Lehrerin lernen. Außerdem gibt es Alphabetisierungskurse für Migrant/-innen, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben. Die speziellen Integrationskurse können bis zu 960 Stunden Unterricht umfassen. Welcher Kurs am besten zum jeweiligen Teilnehmer passt, wird durch einen Einstufungstest ermittelt.

Abschlusstest

Wird die Abschlussprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer" (Stufe B1) und der Test zum Orientierungskurs „Leben in Deutschland“ bestanden, erhalten die Teilnehmer/-innen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das Zertifikat Integrationskurs. Teilnehmer/-innen, die ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen haben und im Sprachabschluss-

test nicht erfolgreich waren, haben die Möglichkeit zur einmaligen Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten und dem Abschlusstest.

Kosten der Integrationskurse

Ein Teil der Kosten für die Integrationskurse wird vom Staat getragen. Die Teilnehmer müssen einen Eigenbeitrag von 1,20 Euro pro Stunde leisten. Von diesem Eigenbeitrag können sie unter bestimmten Voraussetzungen befreit werden. Der Abschlusstest ist grundsätzlich kostenlos. Teilnehmer/-innen, die den Integrationskurs inklusive Abschlussprüfung in weniger als zwei Jahren erfolgreich abschließen, bekommen auf Antrag vom BAMF die Hälfte ihres Beitrags erstattet. Verpflichteten und Berechtigten, die von der Kostenbeitragspflicht befreit sind, werden die Fahrtkosten bei ordnungsgemäßer Teilnahme am Integrationskurs erstattet.

Integrations- und Sprachkurse für Migranten		
Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	TN	2.291
	davon.weibl.(%)	60,1
berufsbezogene Sprachkurse für Migranten (BAMF)	TN	174
	davon.weibl. (%)	66,7
Teilnehmer/innen insg.	TN	2.465

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Ömer Sekmen,
Tel: 0611 - 31 3473, integration@wiesbaden.de

4 Einbürgerungen

4.1 Zahlen und Fakten

Ein ausländischer Staatsbürger hat in der Regel einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn er:

- sich seit mind. 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält
- ohne öffentliche Leistungen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann
- über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung verfügt
- keine Verurteilungen vorzuweisen hat
- sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennt
- bereit ist, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben

Die Einbürgerung erfordert jedoch neben der Erfüllung der oben aufgezählten rechtlichen Voraussetzungen auch eine emotionale Bindung an Deutschland und die Bereitschaft zur Einbürgerung. Der Anteil derer, die ihr Einbürgerungsrecht in Anspruch nehmen, bewegt sich weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Einbürgerungspotenzial wird nicht ausgeschöpft

Mit großem Abstand häufigstes Herkunftsland der Eingebürgerten in Wiesbaden ist die Türkei. Die Zahl der Einbürgerungen ist in 2013 um fast 15 % gesunken.

Einbürgerungszahlen gesunken

Anträge auf Einbürgerung 2011-2013			
	2011	2012	2013
Insgesamt	1133	1012	873

Über die Gründe des Rückgangs der Einbürgerungen kann nur

spekuliert werden. Es scheint jedoch, dass angesichts der Diskussionen im Bundestagswahlkampf um die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit, viele ihre Entscheidung sich einbürgern zu lassen, zurückgestellt haben.

Optionsregelung nach § 40 b StAG

Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999 wurden wesentliche Neuerungen in das Staatsangehörigkeitsrecht aufgenommen, so zum Beispiel die Ergänzung des Abstammungsprinzips um das Geburtsortprinzip und die damit verbundene Optionspflicht. Die Einbürgerungen nach der Übergangsregelung des § 40 b StAG laufen ab 2013 aus. Die Folge dieser gesetzlichen Regelung ist, dass bisherige Doppelstaater sich für einen Pass entscheiden müssen oder ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.

Seit 20.12.2014 ist künftig von der Optionspflicht befreit, wer bis zum 21. Geburtstag entweder mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder hier mindestens sechs Jahre lang die Schule besucht hat. Das gleiche gilt für Kinder von Migranten, die hier die Schule oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 ab Oktober 2005 eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wiesbadener/-innen eingeführt. Seit Oktober 2007 wird im Rahmen dieser Einbürgerungsfeier gemeinsam das Feierliche Bekenntnis mündlich abgegeben und damit eine Neuerung im Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt.

Die Einbürgerungsfeiern werden auf Initiative von Stadträtin Scholz im Wechsel von verschiedenen Schulchören musikalisch begleitet.



Neubürger mit Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel und Stadträtin Rose-Lore Scholz

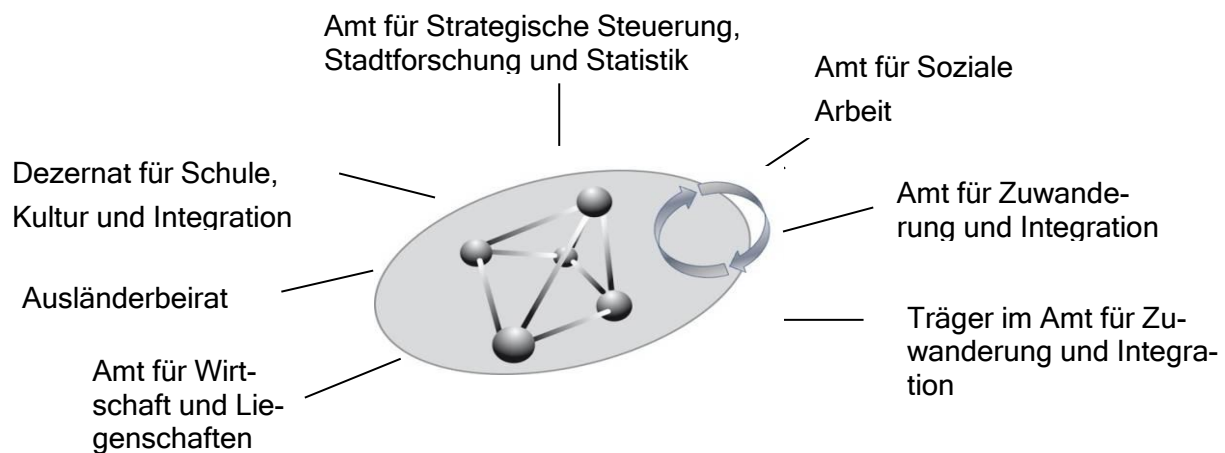
Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Ömer Sekmen,

Tel: 31 3473, integration@wiesbaden.de

5 Sachstand zu den Handlungsfeldern

Steuerungsgruppe Integration:

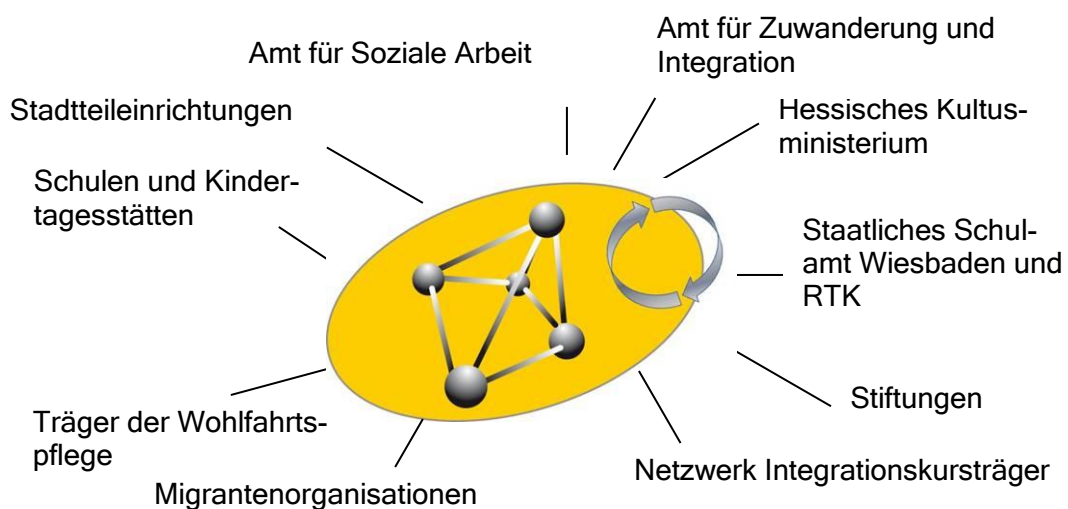


Steuerungsgruppe Integration

Wichtiger Bestandteil des Integrationskonzeptes ist die Festlegung von Strukturen zur Umsetzung der dort festgelegten Ziele. Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerung und Vernetzung ist ein wesentliches Prinzip der Integrationsarbeit. Die ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder und stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher.

5.1 Bildung

5.1.1 Vernetzung / Steuerung



Übergeordnete Fragestellungen zum Themenkomplex Bildung werden in der Steuerungsgruppe Integration abgestimmt. Die konkreten Maßnahmen im Handlungsfeld Bildung werden überwiegend durch die Integrationsabteilung, unter anderem durch die Vergabe von Zuschüssen, gesteuert.

Zum Teilnehmerkreis der Maßnahmen der zielgruppenbezogenen Elternbildung gehören in hoher Anzahl Migrantinnen und Migranten. Die Integrationsabteilung ist festes Mitglied im trägerübergreifenden Fachbeirat Elternbildung, der die Arbeit der Fachstelle Elternbildung fachlich begleitet.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Migrant/-innen verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Herkunftssprache in Wort und Schrift.*
- *Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrant/-innen sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven und Ressourcen sind erschlossen.*
- *Eltern mit Migrationshintergrund sind über die wesentlichen Faktoren einer entwicklungsfördernden Erziehung sowie über die relevanten Erziehungsnormen informiert.*

Bikulturelle Fähigkeiten der Kinder werden wertgeschätzt und gefördert.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.1.1. *Bikulturelle Fähigkeiten der Kinder werden wertgeschätzt und gefördert.*
- 5.1.2. *Lotsenprojekte, welche die mehrsprachigen und bikulturellen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund nutzen, werden insbesondere zur systematischen und zielgerichteten (muttersprachlichen) Elternansprache und -information ausgebaut.*
- 5.1.3. *Verbesserte Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten, die für eine individuelle, differenzierte und altersgerechte Sprachförderung von Kindern wichtig sind (Kinder-Fachkräfte-Relation, Qualifizierung des Erziehungspersonals in der Methodik zur Erfassung und Förderung der Sprachkompetenz und des Zweitsprachenerwerbs) sind erreicht.*
- 5.1.4. *Ganztägige Bildungsangebote werden im Bereich der Grundschulen und weiterführenden Schulen weiter ausgebaut, ebenso die Fördermaßnahmen und -angebote an (Grund-)Schulen mit besonderen Bedarfslagen.*
- 5.1.5. *Vorhandene Schwellen an den Übergängen des Bildungssystems und im Verlauf der weiterführenden Schulen aufgrund sozialer Selektion, die insbesondere Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund betreffen, sind kontinuierlich abzubauen.*
- 5.1.6. *Jugendliche Migrant/-innen erhalten Unterstützung für das Erreichen eines adäquaten Schulabschlusses als Grundvoraussetzung für ihre Ausbildungsreife. Sie und deren Eltern erlangen einen umfassenden Überblick über das gesamte Berufswahlspektrum und das duale Ausbildungssystem.*
- 5.1.7. *Maßnahmen zur gemeinsamen Fortbildung von Beschäftigten im Erziehungsdienst und in der Grundschule werden im Rahmen der Kooperation der lokalen Netzwerke mit Blick*

auf die Sprachförderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und die kontinuierliche Gestaltung des Übergangs Kindertagesstätte zur Grundschule umgesetzt.

- 5.1.8. Bestehende Angebote der zielgruppenorientierten Elternbildung sowie die Entwicklung und die Erprobung von Angeboten für Eltern mit Kindern im Kindergarten- und Schulalter (z. B. Elternbildungsangebote zum Übergang Kindergarten - Schule; z. B. Kurs "Eltern als Sprachvorbilder") werden evaluiert und ausgebaut.*
- 5.1.9. Mindeststandards in den Einrichtungen der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einschließlich der mobilen Arbeit sind beizubehalten und entwickelte Instrumente in der interkulturellen und internationalen Jugendarbeit sind mit Ressourcen auszustatten, um diese trägerübergreifend zu verbreitern.*
- 5.1.10. Erste Maßnahmen zur Nutzung der Bildungsangebote der Seniorentreffs, sowie der soziokulturellen Angebote für Senioren durch ältere Migrant/innen sind umgesetzt.*
- 5.1.11. Die Bestrebungen auf Landesebene zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrer/-innen an öffentlichen Schulen werden, z. B. durch Beteiligung an einem Modellprojekt, unterstützt.*

5.1.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1	Sprachcafes für Schüler der Intensivklassen für Deutsch	Internationaler Bund e.V.
2	Sprachförderung „Lies mit mir!“	Mit/Initiative e.V.
3	TANDEM Deutsch-International	VHS Wiesbaden
4	People´s Theater	People´s Theater e. V.
5	Get Together	Verami e.V.
6	Elternbildungs- und Konversationskurs Mama spricht Deutsch	Amt für Zuwanderung und Integration in Kooperation mit Amt für Soziale Arbeit
7	Wiesbadener Bildungslotsen (WiLo)	Amt für Zuwanderung und Integration

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Zu 1:

Übernahme - im Rahmen der Willkommens- und Anerkennungskultur - der Kosten für 6 Sprachcafés des Internationalen Bundes, ein Lern- und Förderprojekt als ergänzendes Angebot für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1. (Seiteneinsteiger)

Zwischen August und Dezember 2013 wurden 142 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler zwischen 11 und 16 Jahren in eine der 6 Schulen im Einzugsgebiet des Staatlichen Schulamtes für Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis mit Intensivklassen für Deutsch aufgenommen. In Wiesbaden besuchen die sogenannten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger eine der fünf folgenden Schulen: Theodor-Fliedner-Schule, Wolfram-von-Eschenbach-Schule, Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, Hans- und- Sophie-Scholl-Schule sowie Gerhard-Hauptmann-Schule.

Im Anschluss an die Intensivklassen werden Deutsch Intensiv-Kurse besucht, deren 8 bis 10 Stunden Deutschunterricht parallel zum lernplanmäßigen Unterricht stattfinden. Die Schulen haben zudem die Möglichkeit, Deutsch Förderkurse anzubieten und diese auch für „Nicht-Seiteneinsteiger“ zu öffnen.

Umfassende Bearbeitung der Handlungsbedarfe an Schnittstellen durch das behörden- und ämterübergreifende „Netzwerk Seiteneinsteiger“

Durch Fortschritte in der deutschen Sprache wird der Integrationsprozess in die Gesellschaft und später in die Berufswelt beschleunigt und optimiert. Im Rahmen seiner Willkommens- und Anerkennungskultur übernahm das Amt für Zuwanderung und Integration deshalb die Finanzierung von sechs bestehenden oder neu geschaffenen Sprachcafés des Internationalen Bundes (IB). Durch Rollenspiele und Exkursionen werden Gruppen von 6 bis 12 freiwilligen Jugendlichen ergänzend zum schulischen Unterricht in Sprechsituationen versetzt, in denen sie die erworbenen Deutschkenntnisse praktisch anwenden.

Schnell hat die enge Zusammenarbeit des IB mit den Schulen, dem Aufnahme- und Beratungszentrum für Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen des Staatlichen Schulamtes und der Integrationsabteilung Früchte getragen: Wenige Monate nach ihrer Zuwanderung unterhalten sich Jugendliche fließend in der neuen gemeinsamen Sprache.

Für strukturelle Probleme wurden behörden- und ämterübergreifende Lösungen erarbeitet und hierfür das „Netzwerk Seiteneinsteiger“ ins Leben gerufen. Es besteht aus Mitgliedern des Staatlichen Schulamtes (Deutsch als Zweitsprache), des Städtischen Schulamtes, des Amtes für Zuwanderung und Integration (Ausländerbehörde und Integrationsabteilung) und des Amtes für Soziale Arbeit (Schulsozialarbeit, Sozialdienst „Asyl“ und Sozialdienst „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“) und wies erfolgreich Entscheidungsträger der verschiedenen Bereiche auf komplementären Handlungsbedarf hin.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Ruth Kaiser, Kaiser-Friedrich-Ring 88,
65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40 90 816,

E-Mail: Ruth.Kaiser@internationaler-bund.de

Zu 2.

Lies mit mir

Seit 01.01.2011 führt die MitInitiative e. V. das von der Integrationsabteilung aufgebaute Projekt „Lies mit mir“ inhaltlich und organisatorisch weiter. Ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten kommen an Orte, wo Kinder sich aufhalten, wie z. B. Kindertagesstätten, Grundschulen, Gemeindezentren und Arztpraxen, um Kindern dort vorzulesen. Mit dem kommunalen Zuschuss werden die Schulungskosten der Lesepatinnen und Lesepaten, deren Aufwandsentschädigungen, der Kauf neuer Bücher sowie weitere Sachkosten finanziert. Insgesamt haben sich im Jahr 2013 zwischen 24 und 26 Lesepaten und -patinnen im Rahmen des Projektes „Lies mit mir“ engagiert.

Kontakt:

MitInitiative e. V., Astrid Braune, Grabenstraße 2, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 06 11/44 50 161, E-Mail: astrid.braune@mitinitiative.de

Zu 3.

Tandem

Deutsch - International

Durchschnittlich 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 62 Nationen nahmen das wöchentliche Konversationskursangebot an sechs verschiedenen Standorten im Stadtgebiet von Wiesbaden im Jahr 2012 wahr. Die TANDEM-Treffen fördern die Integration durch größere sprachliche Kompetenz, direkten Kontakt zu deutschen Leiterinnen und Leitern sowie durch Teilnahme an stadtteilbezogenen Festen und gemeinsamen Veranstaltungen. Mit der Förderung durch das Amt für Zuwanderung und Integration können die wöchentlichen TANDEM-Treffen in der Stephanusgemeinde sichergestellt werden.

Kontakt:

Volkshochschule Wiesbaden e. V., Gabriele Nisius, Alcide-de-Gasperi-Straße 4, 65197 Wiesbaden, Tel.: 06 11/98 89 113

Zu 4.

People's Theater

People's Theater e.V. ist freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Mit seinem innovativen Ansatz der präventiven Arbeit hat

sich People's Theater in den letzten 10 Jahren zu einem Vorzeigeprojekt in Stadt- und Kreis Offenbach entwickelt. Immer mehr Schulen arbeiten mit dem interaktiven Theater zusammen, um bestimmten Probleme des Schulalltags, wie verbale und körperliche Gewalt, (Cyber-) Mobbing, Ausgrenzung, Rassismus u.v.m., zu begegnen und entgegenzuwirken. In insgesamt 20 Shows hatten Schülerinnen und Schüler von der zweiten bis zur vierten Klasse der Goetheschule die Möglichkeit, an den interaktiven Theaterstücken teilzunehmen.

Kontakt:

People's Theater e. V., Iman Naghashian, Ferdinand-Porsche-Straße 2, 63073 Offenbach, Tel.: 069 / 40 32 48 44,

E-Mail: iman.naghashian@peoples-theater.de

Zu 5.

Get Together

19 Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse der Helene-Lange-Schule engagieren sich im Rahmen ihres "Festen Vorhabens" für und mit 10 Kindern und Jugendlichen ab 11 Jahren einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Wiesbaden. Im Rahmen des Projektes findet durch verschiedene Aktivitäten und Ausflüge eine spielerische Begegnung und ein kultursensibler Austausch auf Augenhöhe statt.

Kontakt: VERAMI e. V., Sonya Mayoufi, Neugasse 15 - 19, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 - 31 5731

Zu 6.

Mama spricht Deutsch

Elternbildungs- und Konversationskurs

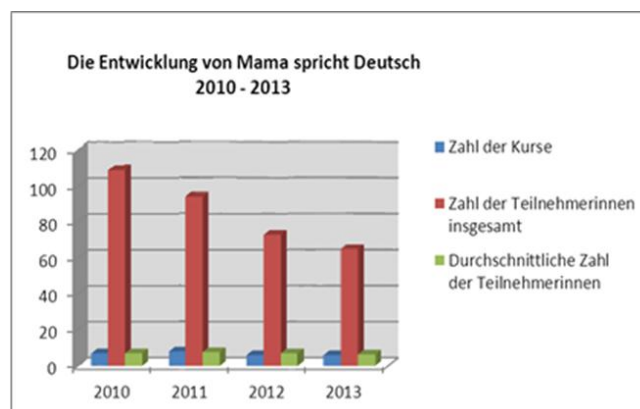
„Mama spricht Deutsch“ ist ein deutschsprachiges Konversationskursangebot mit vielfältigen Elternbildungselementen. Es wird in Kooperation des Amtes für Zuwanderung und Integration und des Amtes für Soziale Arbeit durchgeführt. Im Amt für Soziale Arbeit stellt „Mama spricht Deutsch“ einen wichtigen Baustein im Rahmen der „Zielgruppenorientierten Elternbildung“ dar. Zielgruppe des Angebotes sind Frauen mit Migrationshintergrund, deren Kenntnisse der deutschen Sprache auf Niveau B1 (= erfolgreicher Abschluss eines Integrationskurses) oder höher liegen sollten und die einen hohen Informationsbedarf sowohl hinsichtlich Erziehungs- und Gesundheitsthemen, als auch in Bezug auf die mannigfaltigen Bildungs- und Bera-

tungseinrichtungen in Wiesbaden haben. Wesentliche Ziele der Kurse sind die Festigung der Deutschkenntnisse der Teilnehmerinnen, der Abbau von Schwellenängsten hinsichtlich beratender Institutionen und die Stärkung ihrer Elternkompetenz.

65 Teilnehmerinnen in sechs Stadtteilen

2013 nahmen insgesamt 65 Frauen in sechs Stadtteilen an „Mama spricht Deutsch“ teil. In den Stadtteilen wurde jeweils ein Kurs angeboten.

Die Anzahl der Frauen pro Kurs ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Das Curriculum des Angebotes wurde inhaltlich erweitert. Einer der 2012 aus finanziellen Gründen weggefallenen Kurse ist 2013 von dem damaligen Träger nach einem eng an „Mama spricht Deutsch“ angelehnten Konzept in Eigenregie zu veränderten finanziellen Bedingungen weitergeführt worden. Dieser Kurs, der 10 Teilnehmerinnen hatte, wurde überwiegend vom Amt für Zuwanderung und Integration finanziert.



Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Oliver May,
Tel: 0611 - 31 4003, integration@wiesbaden.de

Zu 7.

*Wiesbadener Bildungslotsen
(WiLo)*

Bildungschancen und -teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden deutlich erhöht, wenn sie durch informierte Eltern effektiv begleitet und unterstützt wer-

den können. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Eltern mit geringen Sprachkompetenzen wird mit Hilfe von muttersprachigen Lotsen ein Einblick in das deutsche Schul- und Bildungssystem und dessen Anforderungen vermittelt. Auch der „Usus“ in Schulen und die Erwartungen an die Eltern werden thematisiert. Eltern erhalten Auskünfte über familieneigene Unterstützungsmöglichkeiten sowie familienergänzende und -unterstützende Angebote zur Sicherung der schulischen Sozialisation und Bildungsförderung. Durch Briefe und Flyer in Deutsch oder in der Muttersprache werden Eltern mit Migrationshintergrund schwerlich erreicht. Die Erfahrung lehrt, dass die Besucherzahl bei Veranstaltungen mit der Qualität und Intensität der direkten Elternansprache, etwa durch Lotsen, Vorbeter in Moscheen, Lehrer und Erzieher, steht und fällt.

Das Lotsenprojekt weist typische Merkmale der Präventionsarbeit auf. Viele Eltern werden erst aktiv, wenn Schulprobleme auftreten, und nutzen nur bedingt die durch Lotsen angebotene Hilfe zur Selbsthilfe. Schulen wägen ab, ob sie sich zeitlich ein gesondertes Angebot für Migranten leisten können, wenn diese es nicht mehrheitlich wahrnehmen. Bei Bedarf können sie auf den Einsatz von Integrationsassistenten, von denen einige auch Bildungslotsen sind, zurückgreifen.

Übersetzer, die weniger Informations- und Sensibilisierungsaufwand verursachen als Lotsen, stehen ihnen dann zeitnah bei konkreten Problemen zur Verfügung.

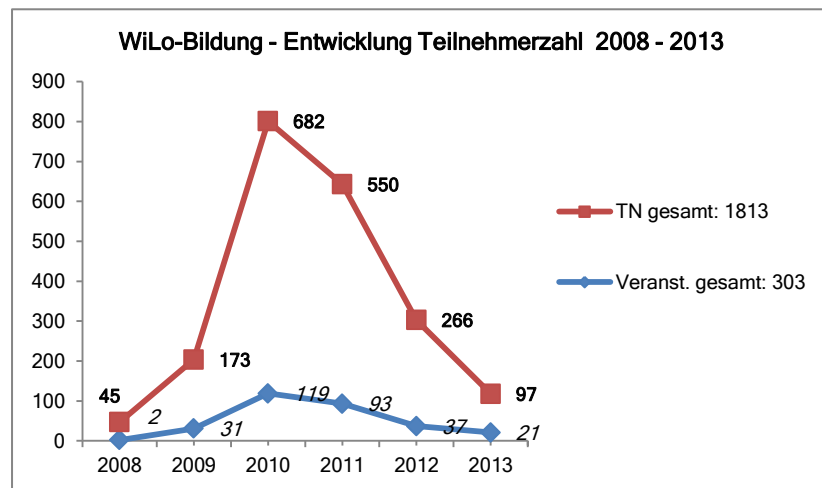
Nach Spitzen in 2010 und 2011 mit 119 bzw. 93 koordinierten und durchgeführten WiLo-Veranstaltungen im Bereich Bildung war die Veranstaltungs- und Teilnehmerzahl seit 2012 rückläufig. Die Existenz von Angeboten mit vergleichbaren Zielsetzungen für dieselbe Zielgruppe ist hierfür neben der allgemeinen Zurückhaltung bei Präventionsarbeit ein weiterer Grund. Alle Anbieter arbeiten in enger Vernetzung mit der Integrationsabteilung. Dazu zählen außer den Integrationsassistenten (Caritas Verband Wiesbaden-RTK e. V.) das Projekt „Fit für die Schule“

Rückgang der Veranstaltungen und Teilnehmerzahlen seit 2012

Rückläufige Teilnehmerzahlen und deren Gründe

(Amt für Soziale Arbeit, Fachstelle Elternbildung), bei dem Eltern in der Zeit vor und nach dem Übergang ihrer Kinder in die Grundschule begleitet und unterstützt werden. Das Projekt wurde auf weitere Schulen ausgeweitet, und drei Bildungslotsinnen mit Migrationshintergrund arbeiten als Moderatorin oder Co-Moderatorinnen von Elterngruppen in diesem Projekt mit. Hinzu kommt das Frauenfrühstück in der Tauhid Moschee (Caritas Verband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.), das Elternbildungsprogramm im Haus der Heimat, die InteGREATER e. V., deren junge Mitglieder anhand ihrer eigenen Erfahrung ebenfalls Eltern zu denselben Themen in Schulen sensibilisieren.

Bei 21 Veranstaltungen wurden 97 Personen im Bereich Bildung erreicht



WiLo-Bildung - Entwicklung Teilnehmerzahl 2008 - 2013

Von den im Jahr 2013 durch Bildungseinsätze erreichten 97 Personen waren 87 % weiblichen Geschlechts, 26,8 % hatten türkische, 19,5% arabisch-berberische Wurzeln. 35,7 % der Eltern sprachen eine selten in der Schule vertretene Muttersprache und erhielten die Informationen in barrierefreiem Deutsch. Die meisten erreichten Eltern waren zwischen 31 und 40 Jahre alt.

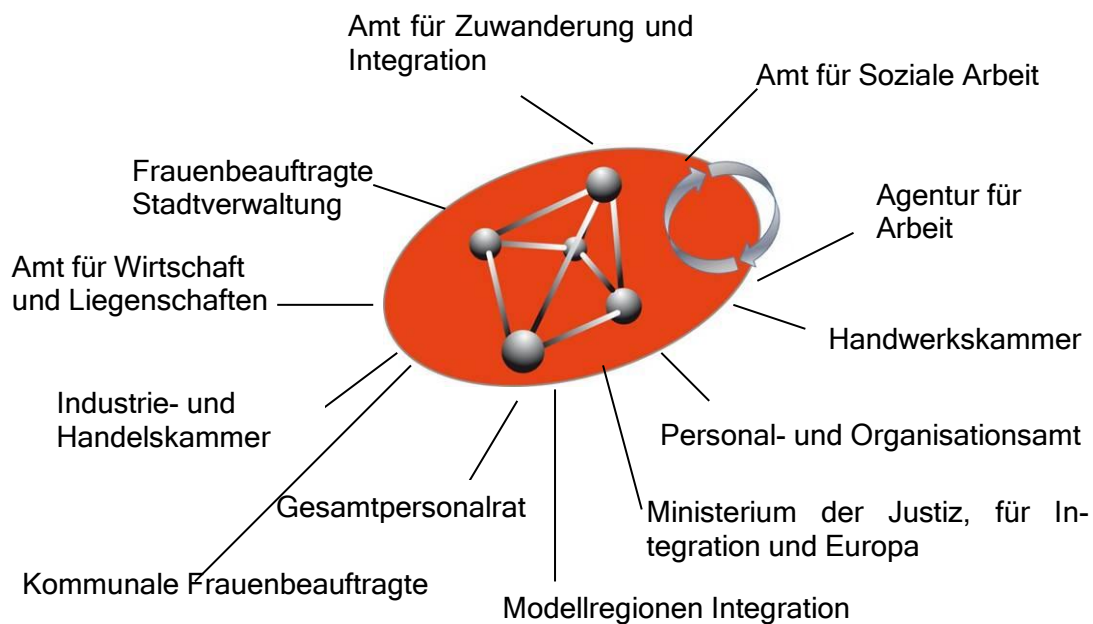
Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Yvette Sommer,

Tel: 0611- 31 4431, integration@wiesbaden.de

5.2 Arbeit

5.2.1 Vernetzung / Steuerung



Steuerungsgruppe Arbeit

Die Steuerungsgruppe setzt sich aus Akteuren zur Umsetzung der Ziele zur Integration in den Arbeitsmarkt zusammen. Da sich die Stadt Wiesbaden mit Projekten aus dem Handlungsfeld Arbeit in das Landesprogramm Modellregionen Integration einbringt, ist die Integrationsabteilung des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa bis Ende 2013 eingebunden gewesen.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Teilhabechancen von Migrant/-innen an der Erwerbsarbeit sind quantitativ und qualitativ verbessert.*
- *Die Landeshauptstadt Wiesbaden als großer Arbeitgeber übernimmt im Hinblick auf ihre interkulturelle Öffnung Vorbildfunktion.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.2.1. *Es sind Strukturen und Projekte geschaffen, die die Erschließung der mitgebrachten teilweise sehr hohen Qualifikationen von Zuwanderern in Deutschland erleichtern.*
- 5.2.2. *Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migrant/-innen, insbesondere der jungen Frauen, werden gefördert.*
- 5.2.3. *Die Anpassungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung, wie z. B. individualisierte Sprachförderung, verbessert.*
- 5.2.4. *Der Anteil von Frauen an der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit ist erhöht.*
- 5.2.5. *Die interkulturelle Kompetenz der Menschen mit Migrationshintergrund und die darin liegenden Potenziale werden anerkannt und verstärkt in Projekte der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung eingebunden. Ein Kompetenznetzwerk, das Migranten rasche Orientierung gewährleistet, ist entwickelt.*
- 5.2.6. *Der bisher erfolgreiche Ansatz der Lotsenprojekte, der die mehrsprachigen und bikulturellen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund nutzt, wird verstärkt auch auf das Handlungsfeld Arbeit und damit verbundene Projekte und Themenstellungen ausgeweitet.*
- 5.2.7. *Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen, die das besondere soziale Kapital der Migranten und ihrer Familie in der so genannten ethnischen Ökonomie bietet, werden anerkannt und gezielt gefördert.*
- 5.2.8. *Der Anteil von Mitarbeiter/-innen mit interkultureller Kompetenz in kundenintensiven Bereichen der Stadtverwaltung ist auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen erhöht.*

5.2.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1	Erstberatung qualifizierter Zuwander/-innen	Amt für Zuwanderung und Integration
2	Kompetenzen als Chance - Neue BerufsWege für qualifizierte Migrantinnen, durchgeführt von 08/2010 bis 12/2013	Berufswege für Frauen
3	Hessischer Bildungskredit (seit April 2012)	KIZ gemeinnützige Projektgesellschaft GmbH

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Zu 1:

Erstberatung qualifizierter Zuwanderer als Modellprojekt im Landesprogramm Modellregion Integration ist erfolgreich angelaufen

Im Jahr 2013 hat die Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer 336 Ratsuchende auf ihrem Weg zur Anerkennung ihrer schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüsse begleitet. Von den Ratsuchenden waren 70 % Frauen. 67 % der Ratsuchenden bezogen Leistungen nach dem SGB II, im Vorjahr waren es nur 53 %. Seit 2012 ist ein vermehrter Zulauf von Neuzuwanderern oder Kunden, die weniger als 2 Jahre in Deutschland leben, sowie eine Zunahme der Personengruppen aus Griechenland, Spanien und Syrien zu verzeichnen. Seit 2013 ist zudem eine Zunahme von Ratsuchenden aus Rumänien und Bulgarien zu bemerken. Am stärksten sind die Länder Russland und Polen vertreten, gefolgt von Kasachstan.

Berufsfelder, zu denen die Beratung überwiegend erfolgte

Die Beratung zu den ausländischen Abschlüsse erfolgte überwiegend in folgenden Berufsfeldern: Medizin, Ingenieurwesen, Pädagogik, Geistes- und Naturwissenschaften sowie Betriebswirtschaft.

Positive Ergebnisse einer Kun-

2013 wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Strategische

den Umfrage zu der Erstberatungsstelle verdeutlichen die Notwendigkeit des Wiesbadener Ansatzes

Steuerung, Stadtforschung und Statistik eine Kundenbefragung durchgeführt, bei der einerseits die Zufriedenheit mit der Erstberatungsstelle erhoben wurde und andererseits die Frage untersucht wurde, inwiefern die Anerkennung der Abschlüsse erfolgte und ob die Anerkennung auch zur Integration in den Arbeitsmarkt geführt hat. Im Sommer 2013 wurden die Klienten der Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer nach Ihren Erfahrungen befragt. Postalisch angeschrieben wurden alle Personen, die die Erstberatungsstelle seit ihrer Einrichtung 2010 zu Informations- und Beratungszwecken besucht hatten (618 Briefsendungen). Die Befragung zielte darauf ab, in Erfahrungen zu bringen, inwiefern die Anerkennungsbemühungen der Klienten erfolgreich waren und wie hilfreich in diesem Prozess die Beratung wahrgenommen wurde. An der Umfrage im Sommer 2013 beteiligten sich 129 Klienten der Beratungsstelle. Das entspricht einem Rücklauf von knapp 23 % - ein sehr guter Wert, bedenkt man die in der Gruppe der Zuwanderer stärker ausgeprägte Mobilität und eventuelle Sprachbarrieren. Wegen der geringen Fallzahl sollten die Ergebnisse dennoch nicht überinterpretiert werden. Aus der Befragung geht zunächst hervor, dass die Mehrheit der Ratsuchenden (65 %) im Anschluss an die Beratung eine Anerkennung ihrer jeweiligen Qualifikation beantragt hat. Weit über die Hälfte der Antragsteller war damit erfolgreich. Befragt nach den größten Schwierigkeiten, eine der Qualifikation angemessene Anstellung zu finden, sind die Befragten durchaus selbstkritisch: Als größte Hürden nennen die Zuwanderer vor allem unzureichende Sprachkenntnisse (62 %), die bestehenden Zugangsbeschränkungen zu einzelnen Berufen, die komplexen Anerkennungsverfahren (47 %) sowie die fehlende eigene Berufserfahrung (36 %).

Mit dem Beratungsangebot und der erhaltenen Hilfestellung durch die Landeshauptstadt Wiesbaden sind die Befragten tendenziell sehr zufrieden. Auf der Wunschliste möglicher Verbesserungen stehen unter anderem berufsspezifische Beratungs-

angebote sowie vor allem eine Vereinfachung bzw. Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren.

Da das Angebot der Erstberatung sich als hilfreich und sinnvoll erwiesen hat, ist es im Jahr 2014 vorerst mit einer alleinigen Finanzierung durch die Stadt Wiesbaden weitergeführt worden. Für die Zukunft werden Gespräche mit der Landesebene geführt.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Frau Mrse und Frau Ebert,
Tel.: 0611 - 31 2148, integration@wiesbaden.de

Zu 2:

*Kompetenzen als Chance -
Neue BerufsWege für qualifizierte
Migrantinnen als Modellprojekt
im Landesprogramm
Modellregion Integration*

Das Programm „Kompetenzen als Chance“ bietet einen guten Einstieg bei der ersten Orientierung. In dem Berufsorientierungskurs für qualifizierte Migrantinnen begegnen sich immer mehr Frauen, die neu (vor 2-6 Monaten) zugewandert sind und eine grundsätzliche Orientierung bezüglich ihrer beruflichen Perspektiven suchen.

Den Migrantinnen stehen bei dem Träger Berufswege für Frauen über 40 Seminare, Workshops, Vorträge und Netzwerktermine zur intensiven Förderung der Integration zur Verfügung. Im Jahr 2013 konnten aus 58 Erst- und Einführungsgesprächen 27 passende Interessentinnen gefunden werden, wovon wiederum 25 Teilnehmerinnen in den Kurs aufgenommen wurden.

Der Berufsorientierungskurs fand mit zwei Staffeln im Jahr über 6 Monate statt. Alle Frauen, die nicht für den Berufsorientierungskurs in Frage gekommen sind, konnten entweder in andere Projekte bei BerufsWege für Frauen integriert oder zu anderen Einrichtungen, wie z.B. UYUM, WiF oder Hessencampus, weiter vermittelt werden. Auch dieses Angebot wurde aufgrund der guten Resonanz im Jahr 2014 mit einer komplett kommunalen Finanzierung weiter geführt.

Kontakt:

Berufswege für Frauen e. V., Nil Esra Dagistan, Neugasse 26, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 - 59 02 99

Zu 3:

*Hessischer Bildungskredit als
Modellprojekt im Landespro-
gramm Modellregion Integration*

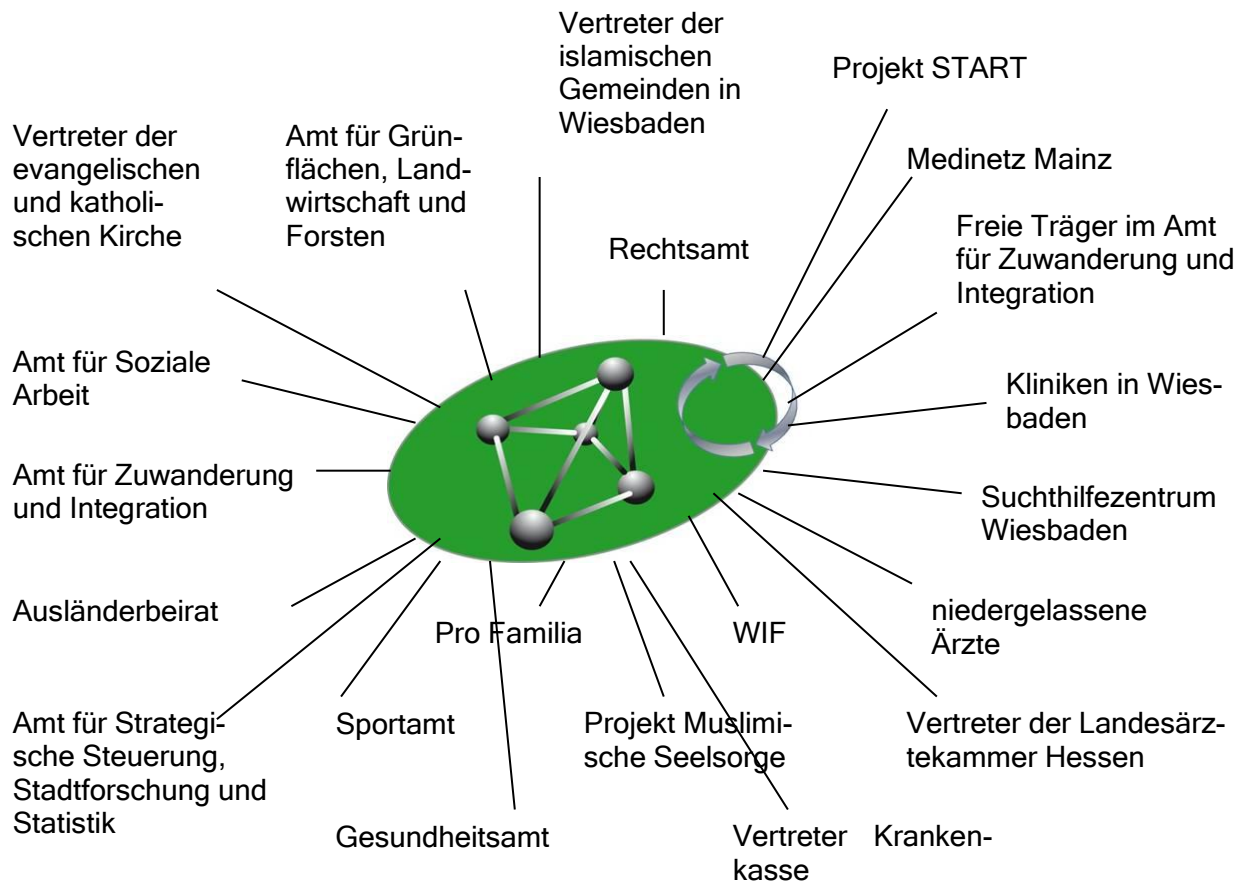
In diesem Projekt wurde ein Kreditmodell entwickelt und erprobt, das außerhalb der „normalen“ Bankenwelt funktioniert. Es ermöglicht qualifizierten Migrantinnen und Migranten mit geringem Einkommen fehlende, aber für eine Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse notwendige Qualifikationsbausteine nachzuarbeiten, so dass sie entsprechend ihrem Potenzial arbeiten bzw. einen Einstieg in den Arbeitsmarkt realisieren können. Trotz umfangreicher Werbemaßnahmen wurde das Angebot des hessischen Bildungskredits durch die Zielgruppe nicht in Anspruch genommen. Es fehlte die konkrete Nachfrage.

Kontakt:

KIZ SINNOVA Gesellschaft für soziale Innovation gGmbH, Dr. Bernd Curtius, Hermann-Steinhäuser-Straße 43-47, 63065 Offenbach, Tel.: 069-667796-104

5.3 Handlungsfeld Gesundheit und Sport

5.3.1 Vernetzung / Steuerung



Netzwerk Gesundheit und Sport

Die Abstimmung des Handlungsprogramms Gesundheit erfolgte ebenso wie die Durchführung von Projekten und einzelnen Veranstaltungen in enger Abstimmung und Beratung mit dem Steuerungskreis Gesundheit.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Gesundheitsversorgung und gesundheitliche Prävention bei Migrant/-innen ist insbesondere durch eine kultursensible Ansprache und interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens verbessert.*
- *Die Integrationspotentiale des Sports bei der sozialen und kulturellen Integration werden systematisch genutzt.*
- *In beiden Bereichen (Gesundheit und Sport) findet die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen regelmäßig statt.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

Gesundheit:

- 5.3.1. *Die muttersprachlichen und kultursensiblen Informationsveranstaltungen der Wiesbadener Lotsen sind thematisch erweitert und methodisch ausgebaut.*
- 5.3.2. *Muslimische Seelsorge als institutionalisiertes Angebot ist aufgebaut und niedrigschwellige Angebote zur Förderung der seelischen Gesundheit und der psychosozialen Versorgung von Migranten sind bedarfsgerecht vorhanden.*
- 5.3.3. *Es findet eine ämterübergreifende Kooperation mit der Hochschule RheinMain und Netzwerken der Migranten zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für ältere Migranten zur Förderung der Gesundheitsprävention und des selbständigen Lebens im Alter statt.*
- 5.3.4. *Die Teilhabechancen für Migranten mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sind durch einen erhöhten Kenntnisstand über Angebote der Behindertenhilfe und des Gesundheitswesens einerseits und der interkulturellen Öffnung dieser Systeme andererseits verbessert.*
- 5.3.5. *Vorhandene Selbsthilfegruppen sind für migrantenspezifische Bedarfe sensibilisiert und eine Beratungsstruktur für Migranten ohne Krankenversicherungsschutz ist etabliert.*
- 5.3.6. *Angebote der kultursensiblen Altenpflege sind am Bedarf orientiert vorhanden.*
- 5.3.7. *Konzepte zur Förderung der interkulturellen Kompetenz werden von Akteuren des Gesundheitswesens regelmäßig nachgefragt, umgesetzt und ausgewertet.*

Sport:

- 5.3.8. *Die Infrastruktur an (geschützten) Räumen für Migrantinnen und Angebote zur Sportausübung sind bedarfsangemessen verbessert bzw. ausgeweitet (z. B. Fortführung des Projektes "Start - Sport überwindet Hürden").*
- 5.3.9. *Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme (quantitativ und qualitativ) werden in Kooperation mit den Wiesbadener Sportvereinen Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz und der sozialen und kulturellen Integration geplant und umgesetzt.*
- 5.3.10. *Die Öffnung überwiegend monoethnischer Sportvereine hin zu Mehrspartenvereinen wird gefördert.*
- 5.3.11. *Freiflächen für vereinsungebundene Sportaktivitäten stehen in zunehmendem Maße insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtbereichen zur Verfügung.*

5.3.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
	Gesundheit	
1.	Gesundheitslotsen	Amt für Zuwanderung und Integration
2.	Muslimische Seelsorge	Muse e.V.
3.	Einrichtung eines offenen Angebotes für ältere Migranten	WiF e.V.
4.	Humanitäre Sprechstunde	Amt für Zuwanderung und Integration i.V.m. Gesundheitsamt und Amt für Soziale Arbeit
5.	WiF - Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungs-Zentrum e. V.	WiF e.V.

	Sport	
1.	Ausbildung von Migrantinnen als Übungsleiterinnen	Amt für Zuwanderung und Integration
2.	Frauenschwimmen	Amt für Zuwanderung und Integration
3.	Innenstadt bewegt sich	Amt für Zuwanderung und Integration

Zu den Maßnahmen im Einzelnen: Gesundheit**Zu 1***Gesundheitslotsen*

Potentielle Teilnehmer an einer Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltung müssen mündlich angesprochen werden, denn über Flyer erreichen wir unsere Zielgruppe nur selten. Es fällt den Lotsen nach sechs Jahren immer schwerer, in ihrer Community Teilnehmer zu finden, für die unsere Module noch unbekannt sind. Die Lotsen werden darauf trainiert, außerhalb ihrer Community, auch in den sozialen Netzwerken, offensiver für Veranstaltungen zu werben.

Nach siebenjährigem Projektverlauf haben sich zahlreiche Lotsen persönlich, geografisch und beruflich verändert.

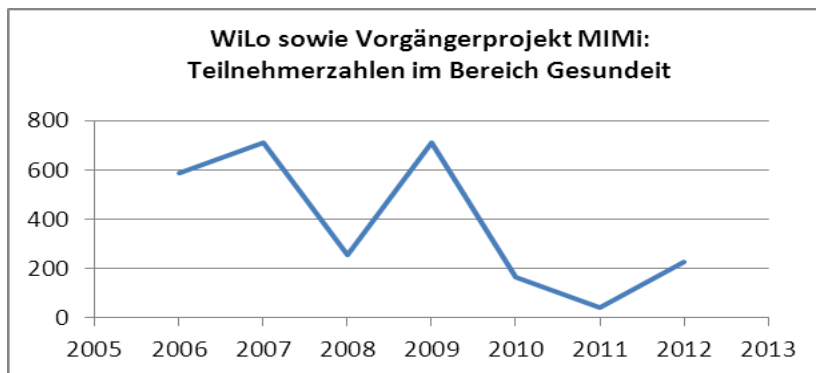
Die Gesundheitslotsen wurden ab 2006 durch das Projekt MiMi zu verschiedenen Gesundheitsthemen geschult und in den Folgejahren weitergebildet. Im Laufe der Jahre haben sich etliche Lotsen familiär oder beruflich umorientiert, sind erkrankt oder weggezogen, so dass im diesem Jahr nur noch drei Lotsinnen zur Verfügung standen, von denen eine viele Monate im Ausland verbrachte und die anderen beruflich und ehrenamtlich anderweitig eingespannt waren. Diese Gründe bewirkten, dass im Bereich Gesundheit nur zwei Veranstaltungen stattfanden, bei denen fünfzehn Personen erreicht wurden.

Das Thema psychosoziale Gesundheit wurde weiter behandelt.

Die Integrationsabteilung kooperierte mit dem Gesundheitsamt und vielen anderen Trägern bei Entwicklung und Organisation des Wiesbadener Psychiatrietages 2013 zum Thema „Trauma“. Die Abteilung warb bei Migrantinnen und Migranten für diese Veranstaltung. Zur Sensibilisierung und Kontaktaufnahme mit interessierten Besuchern teilte sich WiLo zudem einen Stand mit den Vereinen MUSE, Sirona und WiF. Das Interesse seitens der Besucher war groß, die Tagung sehr gut besucht. Die Anzahl an Migranten war schwer abzuschätzen.

In 6 Jahren sensibilisierten die Gesundheitslotsen der Projekte MiMi und WiLo 2741 Menschen für Gesundheitsthemen

Obwohl Heimweh und Statusverlust, freiwillige oder unfreiwillige Migration sowie Dissonanzen zwischen Normen und Werten der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft laut Fachliteratur oft zu psychosozialen Belastungen führen, ist die Angst



vor Stigmatisierung in der eigenen Community sehr groß. Deshalb wird das Modul „seelische Gesundheit“ in Zukunft unter dem Begriff „Erkennen und Umgang mit Stress“ beworben werden.

Im Lotsenprojekt werden 15 Module angeboten, abgerufen werden derzeit noch 4. Zwei neue Gesundheitsmodule gaben einen neuen Auftrieb.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Yvette Sommer,
Tel: 0611/ - 31 4431, integration@wiesbaden.de

Zu 2:
Muslimische Seelsorge

Seit 01.02.2013 ist MUSE ein eingetragener Verein. Durch die kommunale Anschlussfinanzierung an die vom Europäischen Integrations-Fonds geförderte Periode konnte das Dienstleistungsangebot von Muse e.V. (s. Integrationsberichte ab 2010) aufrecht erhalten werden.

Muse e.V. beantragte 2013 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine einjährige Förderung des Projekts „MigraSelf“. Ziel des Projekts ist es, eine Bewusstseins-schaffung für die Existenz und die Funktionsweise von Selbsthilfegruppen zu

bewirken sowie Informationen über existierende Selbsthilfegruppen zu vermitteln. Insgesamt sollen eine interkulturelle Öffnung und eine strukturelle Veränderung erreicht werden. Durch dieses, inzwischen ab März 2014 für ein Jahr geförderte Projekt erweitert MUSE e.V. seine Aufgaben um die gesundheitliche Versorgung von Migranten und geht mit dem Amt für Zuwanderung und Integration in Absprache mit dem Gesundheitsamt einen wichtigen Schritt auf die Gründung von interkulturellen Selbsthilfegruppen zu. Die Berichterstattung wird mit dem Integrationsbericht 2014 erfolgen.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Yvette Sommer,
Tel: 0611- 31 4431, integration@wiesbaden.de

Zu 3:

Weiterführung eines offenen Angebotes für ältere Migrantinnen bei WiF e.V.

Eine Handlungsempfehlung des Abschlussberichts der Enquetekommission „Migration und Integration“ des Hessischen Landtags lautet: Die Seniorenpolitik sollte umfassend und neu ausgerichtet werden, und das bestehende Altenhilfesystem sollte sich auch an der Lebenswirklichkeit der Seniorinnen und Senioren nicht deutscher Herkunft orientieren. Im Rahmen des Projekts AmiQus (2009-2012) wurde von den beteiligten Wiesbadener Migranten und Migrantinnen am Ende der Projektlaufzeit mehrfach der Wunsch nach einem regelmäßigen Treffen geäußert. In der Folge förderte die Integrationsabteilung einen niedrighwelligen interkulturellen Seniorinnentreff bei WiF zwischen März 2012 und Ende Dezember 2013. In 2013 fanden 39 Treffen statt, an denen im Schnitt 8 Frauen teilgenommen haben.

Bei den begleiteten Treffen der Seniorinnen mit Migrationshintergrund erfolgte die Auseinandersetzung mit der Frage des Älterwerdens und –seins in Deutschland ebenso wie die Gestaltung der Freizeit. Gemeinsam stricken, reden und altersgerechte Gymnastik treiben sowie das Bedürfnis nach Austausch und Gesellschaft waren wesentliche Inhalte der Treffen. Durch Angebote wie den gemeinsamen Kochtreff „Safran trifft Schnittlauch“ im Seniorentreff Blücherstraße wurden die älteren Migrantinnen ermutigt, sich die Angebote der Abteilung Altenhilfe und der Stadt Wiesbaden zu erschließen. Dadurch wurden Schritte in Richtung auf eine interkulturelle Öffnung der städtischen und konfessionellen Angebote sowie der Gruppe der Migrantinnen erwirkt. Um die Kontinuität zu sichern und eine Ausweitung auf andere Vereine zu ermöglichen, fand regelmäßig ein prozessbegleitendes Treffen zwischen WIF, der zuständigen Stelle für Seniorentreffs im Amt für Soziale Arbeit, dem Ausländerbeirat sowie der Integrationsabteilung statt. Die involvierten Partner konnten dadurch die Wünsche der Migrantinnen sowie ihre Reaktion auf existierende Angebote zur Kenntnis

nehmen. 2014 ist die Möglichkeit zur Selbstorganisation des Treffs in Anschluss an die Projektlaufzeit intensiv geprüft worden.

Kontakt:

WiF e. V., Mila Kovacevic, Rheinstraße 79, 65185 Wiesbaden,
Tel.: 06 11 / 160 23 52

Zu 4:

„Humanitäre Sprechstunde“

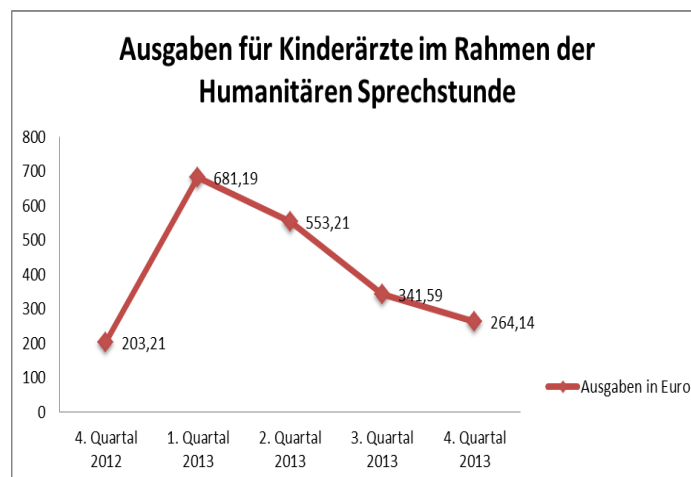
Baustein 1:

Kinderärztliche Versorgung

Mit der finanziellen Unterstützung des Amtes für Zuwanderung und Integration findet im Rahmen der Humanitären Sprechstunde seit Ende 2010 eine kostenlose Impfsprechstunde für Kinder ohne Versicherungsschutz beim Gesundheitsamt statt. 2013 impfte der kinder- und jugendärztliche Dienst des Gesundheitsamtes 25 Kinder gegen diverse Krankheiten. Davon waren 16 Kinder bulgarischer und vier Kinder rumänischer Herkunft. 27 akut erkrankte Kinder wurden in 65 Behandlungsterminen bei sechs niedergelassenen Kinderärzten behandelt. Die Anzahl der behandelten Kinder hat sich zum Vorjahr insgesamt, vor allem durch einen Zuwachs von Patienten aus den EU-Osterweiterungsgebieten, mehr als verdoppelt. Im Lauf des Jahres war allerdings eine rückläufige Tendenz festzustellen.

Ausgaben für kinderärztliche Behandlung nach dem einfachen Gebührenordnungssatz haben sich nach einem starken Anstieg zu Beginn des Jahres konsolidiert.

(Quelle: Amt für Zuwanderung und Integration)



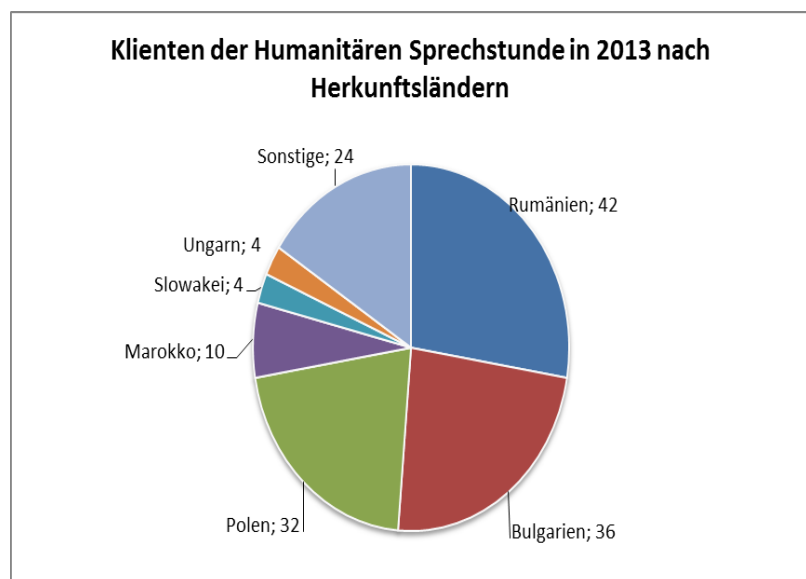
Baustein 2:

Allgemein- und zahnmedizinische Versorgung

Im Juni 2011 begann die allgemein- und zahnmedizinische Versorgung im Rahmen der Humanitären Sprechstunde in den Räumen der Teestube des Diakonischen Werkes. Im Jahr 2013

wurden dort 152 Personen ausländischer Herkunft in 286 allgemeinärztlichen und 104 zahnärztlichen Terminen behandelt, davon 94 Männer und 58 Frauen. Der Anteil der behandelten Frauen ist im Jahr 2013, wie im Vorjahr, wieder deutlich gestiegen. Die Behandlung wird einmal pro Woche von ehrenamtlich tätigen Ärzten durchgeführt. Parallel wird eine sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung angeboten, in der u.a. geklärt wird, ob die Voraussetzungen zur Behandlung im Rahmen der Humanitären Sprechstunde gegeben sind.

Die Mehrzahl der behandelten Patienten in der allgemein- und zahnmedizinische Versorgung kam aus den EU-Osterweiterungsgebieten

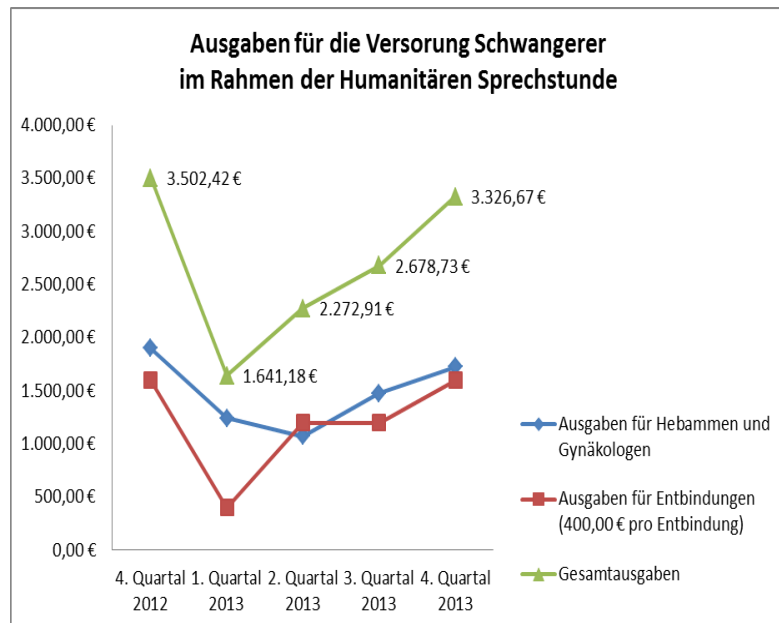


Quelle: Teestube/Diakonisches Werk Wiesbaden

Baustein 3:
Betreuung und Versorgung von Schwangeren

Die ambulante Betreuung Schwangerer begann ebenfalls am 1. Juni 2011 in Kooperation mit Pro Familia, einer Gynäkologin und zwei niedergelassenen Hebammen. Im Jahr 2013 wurden 39 Schwangere in 156 Beratungsterminen bzw. Hausbesuchen von zwei Hebammen betreut. Darüber hinaus wurden 37 schwangere Frauen ambulant in gynäkologischen Praxen behandelt. Zwölf Entbindungen in Wiesbadener Kliniken wurden im Rahmen der Humanitären Sprechstunde mit einer Kostenpauschale von 400 Euro pro Entbindung finanziert.

Der Bedarf für die Versorgung Schwangerer ist im Verlauf von 2013 deutlich gestiegen



Quelle: Amt für Zuwanderung und Integration Wiesbaden

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Martina Tischel,

Tel: 0611 - 31 4045, integration@wiesbaden.de

Zu 5:

WiF - Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum e. V.

WiF ist ein niedrigschwelliges Begegnungs- und Beratungszentrum, das als offene Anlaufstelle für Mädchen und Frauen aus einem interkulturellen Kontext dient. Es ist seit 2007 in der psychosozialen Migrationsberatung der Landeshauptstadt Wiesbaden tätig und arbeitet eng mit den weiteren freien und öffentlichen Trägern in diesem Bereich zusammen. Die Zielgruppe sind Mädchen und Frauen, die vorwiegend aus den bildungsbenachteiligten Bereichen der Gesellschaft stammen. Obgleich auch Frauen ohne Migrationshintergrund zum Kreis der Zielgruppe gerechnet werden, konzentriert sich die Arbeit im WiF vorwiegend auf hilfeschuchende Frauen und Mädchen mit teilweise erheblichen Sprachproblemen und kulturellen Ausgrenzungserfahrungen. Auch werden als Zielgruppe Angehörige aus dem familiären Umfeld berücksichtigt, die in entsprechenden Problemlagen eigenständig als Vermittler tätig sind und auf Wunsch der Nutzerinnen in die Beratung miteingebunden werden.

Die Angebote von WiF treffen auf eine deutliche Nachfrage von Frauen und Mädchen

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 267 persönliche und 93 telefonische Beratungen durchgeführt. Bei den 56 offenen Gruppenangeboten mit Fachreferentinnen nahmen insgesamt 520 Frauen und Mädchen teil. Die Gruppenangebote wurden von 743 Mädchen und Frauen besucht. An Projekten oder Fachveranstaltungen nahmen 239 Personen teil. Bei den zwei „Hennaabenden“ waren 400 Besucherinnen als Gäste zu verzeichnen.

Kontakt:

WiF e. V., Mila Kovacevic, Rheinstraße 79, 65185 Wiesbaden,
Tel.: 06 11 / 160 23 52

Zu den Maßnahmen im Einzelnen: **Sport**

Zu 1:

Ausbildung von Migrantinnen als Übungsleiterinnen

2013 wurden im Rahmen des Projektes „Fit - gemeinsam, sportlich, miteinander“, 17 Frauen mit Migrationshintergrund zu Übungsleiterinnen C - Breitensport ausgebildet. Ziel dieser Maßnahme war sowohl die Erhöhung der Migrantinnenquote im Breitensport als auch die Stärkung der beteiligten Sportvereine. 14 dieser Frauen sind bereits in verschiedenen Wiesbadener Sportvereinen als Übungsleiterinnen tätig. Um die bereits überwiegend gute Sprachkompetenz der Übungsleiterinnen weiter zu optimieren, wurde ihnen ein sportfachlich orientierter Deutschkurs, mit einem Umfang von 100 Unterrichtsstunden angeboten.

Sportfachlich orientierter Deutschkurs qualifiziert ausgebildete Übungsleitungen weiter

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Oliver May,
Tel: 0611 - 31 4003, integration@wiesbaden.de

Zu 2:

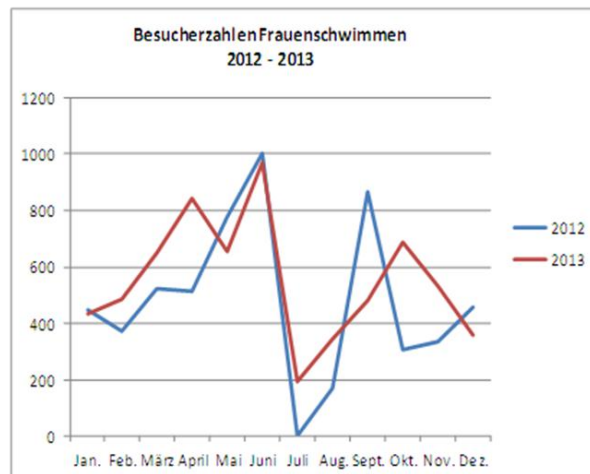
Frauenschwimmen

Das Hallenbad Kostheim ist seit März 2009 samstags von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr ausschließlich für weibliche Badegäste geöffnet. Insbesondere bei muslimischen Frauen findet dieses Angebot großen Anklang. 2013 nutzten 6.624 Frauen die Frauenbadezeit, das ist gegenüber 2012 eine Steigerung um 860 Personen.

Das Angebot zusätzlicher Badezeiten für Frauen findet zunehmend regen Zuspruch

Von 2012 auf 2013 stieg die Inanspruchnahme der erweiterten Öffnungszeiten für Frauen erneut spürbar

Während der Frauenbadezeit wurden im Hallenbad Kostheim vier Schwimmkurse für Frauen mit insgesamt 43 Teilnehmerinnen angeboten. Die Nachfrage übertraf das Angebot an Teilnahmeplätzen bei weitem.



Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Oliver May,
Tel: 0611 - 31 4003, integration@wiesbaden.de

Zu 3:

„Innenstadt in Bewegung“

Sportaktionen in der Innenstadt für die Wiesbadener Bevölkerung

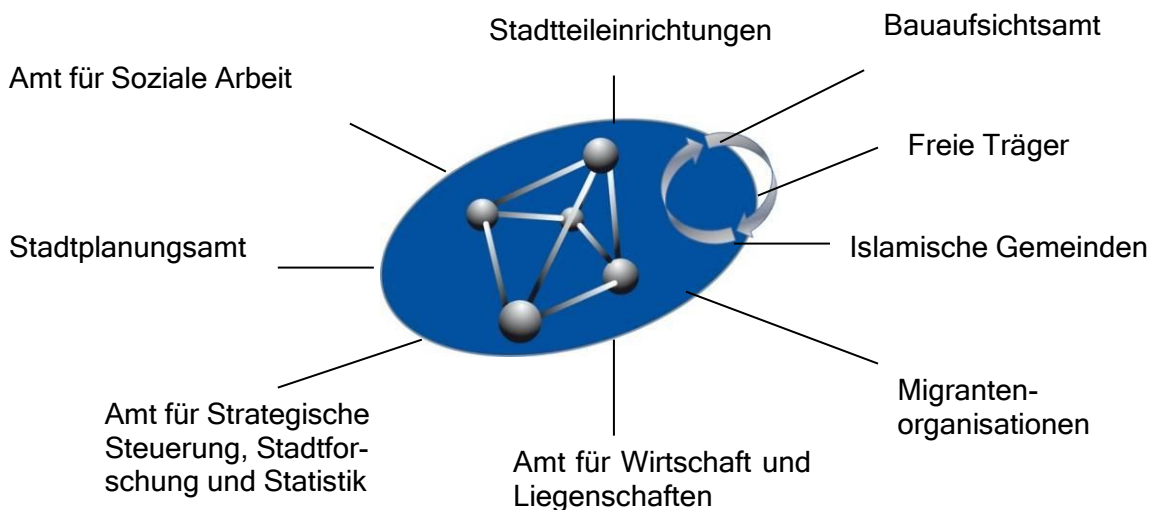
Vom 13. bis zum 29. Juni 2013 fand in Wiesbaden das Programm „Innenstadt in Bewegung“ statt. Im Rahmen dieses Angebotes präsentierten sich 11 Sportvereine und weitere sport anbietende Institutionen aus der Wiesbadener Innenstadt, der sportinteressierten Bevölkerung der Landeshauptstadt. Es war das Ziel dieses Projektes, die Sportvereine bei den Wiesbaderinnen und Wiesbadenern, insbesondere bei denen mit Migrationshintergrund, bekannter zu machen. Davon sollten sowohl die Vereine als auch die teilnehmenden Menschen profitieren. Insgesamt nahmen 771 Personen an 46 Sportveranstaltungen von A wie Aerobic bis Z wie Zumba teil.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Oliver May,
Tel: 0611 - 31 4003, integration@wiesbaden.de

5.4 Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben

5.4.1 Vernetzung / Steuerung



Netzwerk Islamische Gemeinden

Seit 2004 arbeitet regelmäßig unter Federführung des Amtes für Zuwanderung und Integration und dem Caritasverband das Netzwerk der Islamischen Gemeinden in Wiesbaden. In diesem Netzwerk werden aktuelle integrationsrelevante Themen bearbeitet sowie Maßnahmen zur Umsetzung der Integrationsvereinbarung entwickelt.

Arbeitsgruppe Moscheestandorte

Eine dezernats- und ämterübergreifende Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Amtes für Zuwanderung und Integration, des Bauaufsichtsamtes, des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Stadtplanungsamtes bearbeiten gemeinsam die Frage nach möglichen Standorten für Moscheen und beraten in enger Abstimmung islamische Gemeinden mit aktuellen Anfragen zu Grundstücken oder Bauobjekten.

Begleitausschuss „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“

Die Integrationsabteilung ist Mitglied im Begleitausschuss des Standorts Biebrich im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenzen stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Potentiale ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt für die Lebensqualität und Dynamik der Stadt sollen sich stärker als bisher in öffentlichen Räumen entfalten können. Eine diversitätsbejahende Stadtentwicklung orientiert die Nutzung und Gestaltung des Stadtraums an zentralen wie dezentralen Orten an diesem Ziel.*
- *Zivilgesellschaftliche und politische Institutionen schaffen als Träger urbaner Öffentlichkeit Wege zur aktiven Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Durch ihre interkulturelle Offenheit gelingt die Widerspiegelung von Vielfalt im sichtbaren Stadtbild.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.4.1. *Um an bereits bestehenden Orten wie z. B. Parks, Grünanlagen und Spielplätzen die Vielfalt im alltäglichen Zusammenleben als eine wertzuschätzende Eigenschaft sicherzustellen, werden Interessens- und Kulturdifferenzen kontinuierlich mit dem Ziel einer gegenseitigen Anerkennung und akzeptierten Übereinkunft bearbeitet.*
- 5.4.2. *Die Integrationsleistung der Stadtteile mit einem hohen Maß an Vielfalt, die oftmals geprägt sind von hohen Mobilitätsraten, wird anerkannt. Diese Stadtteile erfahren unter anderem durch Stadterneuerungsprojekte wie z. B. Soziale Stadt und durch Stadtteilarbeit und Stadtteilkonferenzen eine besondere Unterstützung.*
- 5.4.3. *Die Planung und Sicherung von Standorten für Moscheen mit dazu gehörenden sozialen Einrichtungen, sowie von Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften wird als reguläre Aufgabe der planenden Verwaltung erfüllt.*
- 5.4.4. *Eine repräsentative islamische Begegnungsstätte mit Moschee und angeschlossenen sozialen Einrichtungen ist in Wiesbaden realisiert. Ziel ist, unter diesem gemeinsamen "Dach" möglichst mehrere Gemeinden Wiesbadens zusammenzuführen.*
- 5.4.5. *Die Aktivitäten von Migrant/-innen in Vereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen etc. werden dahingehend gefördert, dass sie diese sozialen Chancen für sich nutzbar machen und ihre eigenen Potentiale zum beiderseitigen Vorteil verstärkt in das städtische Gemeinwesen einbringen.*
- 5.4.6. *Konzepte und Maßnahmen zur Öffnung von Institutionen für ehrenamtliches Engagement für Personen mit Migrationshintergrund, wie zum Beispiel für die Freiwillige Feuerwehr oder den Freiwilligen Polizeidienst, sind entwickelt und umgesetzt.*
- 5.4.7. *Die Chancen der Migrant/-innen zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität, wozu z. B. Familien- oder religiöse Feiern gehören, sind in der Stadt und in den Stadtteilen gewachsen*

5.4.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1.	Integrationsprojekt Tauhid-Moschee	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus-Kreis
2.	TEAM - Toleranz, Esprit, Akzeptanz und Mitmachen - Aktivierung und Einbindung junger Migrantinnen und Migranten	Internationaler Bund (IB)
3.	Veranstaltungswoche „Buntes Leben“, durchgeführt vom 24.06. bis 29.06.2013	Soziale Stadt Biebrich Süd-Ost
4.	Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden - MEHR WERT SCHÄTZEN“	Hendrik Harteman, Jugendinitiative Spiegelbild
5.	Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“	Katholische Erwachsenenbildung
6.	Unterstützung des laufenden Geschäftsbetriebs des Vereins MigraMundi e.V. vom 15.12.2012 bis 31.12.2013	MigraMundi e. V.
7.	Amöneburger Straßenfest der Kulturen	Evangelische Kirchengemeinde Mainz-Amöneburg
8.	Hallo - Willkommen in Wiesbaden	Kubis e.V. in Kooperation mit MigraMundi e.V.
9.	Sternengarten	Sternengarten e.V.
10.	Integration bulgarischer Familien	Familienbildungsstätte der AWO Wiesbaden

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:**Zu 1:**

Integrationsprojekt „Tauhid Moschee“ durchgeführt von 01-2013 - 12-2013

Das niedrigschwellige Angebot für Frauen und Mädchen der Tauhid-Moschee gibt es seit April 2009 und endete im Dezember 2013. Ziel ist, die Handlungskompetenzen der Teilnehmerinnen im Alltag zu stärken, ihnen die sozialen, frauenspezifischen Einrichtungen in Wiesbaden vorzustellen sowie sie am gesellschaftlichen Leben der Stadt Wiesbaden zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden ein monatliches Frauenfrühstück sowie eine Mädchengruppe implementiert. Daneben fand alle drei Monate ein Mutter-Kind-Tag statt, und es wurden Exkursionen zusammen mit Frauen und Kindern aus Wiesbaden-Erbenheim nach Wiesbaden und Umgebung durchgeführt. Das Frauenfrühstück wurde von 50 Frauen regelmäßig besucht.

Kontakt:

Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.,
Janine Molitor-Kasonde, Alcide-de-Gasperi-Straße 2, 65197 Wiesbaden, Tel.: 06 11/31 4409

Zu 2.

TEAM - Toleranz, Esprit, Akzeptanz und Mitmachen - Aktivierung und Einbindung junger Migrantinnen und Migranten

Das Projekt richtet sich an Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren mit unterschiedlicher kultureller Herkunft. Sein Ziel ist es, durch kreativ-künstlerische Angebote für und von Jugendlichen unter fachlicher Begleitung Begegnungen zu fördern, voneinander zu lernen und gemeinsam Vorurteile abzubauen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kofinanziert.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Ruth Kaiser, Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40 90 816,
E-Mail: ruth.kaiser@internationaler-bund.de

Zu 3.

Veranstaltungswoche „Buntes Leben“, durchgeführt vom 24.06. bis 29.06.2013

Die Veranstaltungswoche „Buntes Leben“ stand im Jahr 2013 unter dem Motto „Die Welt in der wir leben - Buntes Leben in Biebrich“. Im Rahmen der Woche wurden u. a. ein Aktionstag für Kinder sowie ein Jugendtag mit einem Theaterprojekt in

der Riehlschule durchgeführt, bevor traditionell ein Abschlussfest auf dem Gelände des Toni-Sender-Hauses stattfand. Höhepunkt war hier der Auftritt der „Kinder-Kultur-Karawane“ aus Uganda. Die integrations- und generationsübergreifenden Stadtteilaktionen und Veranstaltungen fanden bereits zum elften Mal statt und sollen zum weiteren friedlichen Miteinanderleben in Biebrich beitragen, das sich einmal mehr als Ort der Vielfalt präsentierte.

Kontakt:

Stadtteilkonferenz Biebrich, c/o Quartiermanagement Soziale Stadt Biebrich SüdOst, Walter Barth, Teplitzstraße 17, 65203 Wiesbaden, Tel.: 06 11/4 11 58 32, E-Mail: biebrich-suedost@caritas-wirt.de

Zu 4.

Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden - MEHR WERT SCHÄTZEN“, durchgeführt vom 25.10. bis 13.12.2013

Die Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden“ wurde 2013 zum vierten Mal durchgeführt. Unter dem Leitmotiv „MEHR WERT SCHÄTZEN“ lag der Fokus der verschiedenen Veranstaltungen auf der Wechselwirkung von Wertewandel und Ökonomisierung des Zusammenlebens in Wiesbaden. Der Trägerkreis von WIR in Wiesbaden umfasst derzeit 21 Initiativen und Institutionen, die sich an dem Veranstaltungsprogramm beteiligt haben. Mit dem städtischen Zuschuss wurden die Eröffnungsveranstaltung, die Veranstaltung „Asylmologe“ sowie die Werbemaßnahmen für die Veranstaltungsreihe finanziert.

Kontakt:

Hendrik Harteman, Jugendinitiative Spiegelbild, Spiegelgasse 11, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611 360 83 05, E-Mail: [hendrik.harteman\(at\)spiegelbild.de](mailto:hendrik.harteman(at)spiegelbild.de)

Zu 5:

Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“

Mit der Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“ will das Pfarramt Ökumene in Kooperation mit den Bildungseinrichtungen der beiden großen Kirchen Christen und Muslime über Basistexte ihres Selbstverständnisses ins Gespräch bringen und somit Neugier aufeinander und Interesse aneinander fördern. Drei Gesprächsabende haben im Rahmen der Veranstaltungsreihe stattgefunden und wurden von insgesamt 65 Gästen besucht.

Kontakt:

Katholische Erwachsenenbildung, Elke Wirtz-Meinert, Friedrichstraße 26, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/174 120

E-Mail: keb.wiesbaden@bistum-limburg.de

Zu 6:

Unterstützung der Vereinsarbeit von MigraMundi e.V.

Der Verein MigraMundi e. V. wurde im Dezember 2009 von 13 Frauen gegründet. Hervorgegangen ist der Verein aus mehreren Vorgängerprojekten (Ausbildung von Integrationslotsen, Projekt PAKT - anpacken - zupacken - Qualifizierung von Migrantinnenorganisationen), die bis Ende 2011 in der Trägerschaft des Caritasverbands Wiesbaden Rheingau-Taunus e V. durchgeführt wurden. Im Rahmen einer Anteilsfinanzierung beteiligte sich das Amt für Zuwanderung und Integration an der Unterstützung des laufenden Geschäftsbetriebs des Vereins für den Projektzeitraum 20.12. 2012 bis 31.12.2013.

Kontakt:

MigraMundi e. V., Susanne Dobos de Prada, Friedrichstraße 32, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 - 97 150 872,

E-Mail: s.prada@migramundi.de

Zu 7:

Amöneburger Straßenfest der Kulturen

Am 23.09.2013 konnten Kinder beim „Amöneburger Straßenfest der Kulturen“ unter Anleitung von zwei Künstlern Fallschirme mit ihren Wünschen gestalten. Die Fallschirme wurden am Schluss des Festes vom Kirchturm der Evangelischen Kirche fliegen gelassen.

Kontakt:

Evangelische Kirchengemeinde Mainz-Amöneburg, Pfarrer Martin Kreuzberger, Melancthonstraße 15, 65203 Mainz-Amöneburg, Tel.: 06 11/86 317

Zu 8:

Hallo ... und willkommen in Wiesbaden

Das gemeinsame Projekt von Kubis e. V. und MigraMundi e.V. soll Neubürgern die Eingewöhnung in Wiesbaden erleichtern. Das Modell wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt die Kofinanzierung.

Migrantinnen werden dabei unterstützt, sich in der Stadt zurechtzufinden, Beratungsstellen, Freizeitangebote und Institutionen kennenzulernen. Dazu wird den Teilnehmerinnen und

Teilnehmer eine Ehrenamtlich tätige Person zugewiesen, die sie drei Monate lang ein bis zweimal in der Woche auf den ersten Wegen in der Stadt begleitet und mit ihnen z. B. Kitas, Schulen, Bibliotheken, Ämter oder Freizeiteinrichtungen aufsucht. Ergänzt wird das Projekt durch Gesprächskreise, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, angeleitet durch einen Sozialpädagogen, über Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem oder Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden.

Kontakt:

Kubis e. V., Verein für Kultur, Bildung und Sozialmanagement, Janet Yalaza, Wellritzstraße 49, 65183 Wiesbaden,

Tel.: 0611 - 582 960 43, E-Mail: janet.yalaza@kubis-wiesbaden.de

MigraMundi e. V., Zsuzsanna Dobos de Prada, Friedrichstraße 32, 65185 Wiesbaden Tel.: 0611 - 97 150 872,

E-Mail: s.prada@migramundi.de

Zu 9:
Sternengarten

Die Einrichtung eines Sternengartens auf dem Gelände des Südfriedhofs und die Gründung des Vereins Sternengarten e.V. schließt die Arbeit des Runden Tisches Sternengarten vorläufig ab. Der Verein Sternengarten e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einer gemeinsamen konfessionsübergreifenden Trauerfeier früh- oder totgeborene Kinder, die vor Ende des 6. Schwangerschaftsmonats geboren wurden, zu bestatten und die Eltern bei ihrer Trauerarbeit zu begleiten. Der Verein informiert betroffene Eltern über die Möglichkeiten der Sammelbestattung auf dem Gräberfeld „Sternengarten“. Die unter Beteiligung verschiedener Religionen und Gemeinschaften gestaltete Abschiedsfeier wird finanziell unterstützt. Infomaterialien wie Flyer und Homepage wurden entwickelt und den Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Mit dem kommunalen Zuschuss wurde diese Öffentlichkeitsarbeit finanziert.

Kontakt:

Sternengarten Wiesbaden e.V., c/o Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten, Gustav-Stresemann-Ring 15, 65189 Wiesbaden, www.sternengartenwiesbaden.homepage@t-online.de

Zu 10:
Integration bulgarischer Familien

Bildungsfernen Eltern überwiegend bulgarischer Herkunft

wird im Rahmen eines Elternbildungsangebotes durch aktive und interkulturelle Informationsweitergabe und Austausch über Themen wie Kinderbetreuung, Schule, berufliche Orientierung, gesundheitliche Fürsorge u. ä. sowie durch Besichtigung von verschiedenen Institutionen, wie z. B. Behörden der Zugang zum System der Aufnahmegesellschaft erleichtert. Durchschnittlich nehmen 9 Frauen und 4 Kinder an dem Angebot teil.

Kontakt:

Internationale Familienbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wiesbaden e. V., Beatrice Fischer, Walramstraße 16a, 65183 Wiesbaden, Tel.: 06 11/945 19 75

E-Mail: familienbildung@awo-wiesbaden.de

6 Schlüsselprojekt

Städtisches Personal mit Migrationshintergrund

Ziel:

Erhöhung des Migrantenteils in der Stadtverwaltung

Das Thema „Interkulturelle Öffnung“ spielte bereits im ersten Integrationskonzept (2004) der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Rolle. Dort wurde unter anderem das Ziel formuliert, „den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen“ zu erhöhen. Im zweiten Integrationskonzept (2009) wurde die Zielsetzung dahingehend präzisiert, „den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz in kundenintensiven Bereichen der Stadtverwaltung (...) auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen“ zu erhöhen.

Für eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist - angesichts eines stetig wachsenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung - deren angemessene Repräsentation in der Verwaltung ein generelles integrationspolitisches Ziel. Gleichzeitig kann eine vielfältige Zusammensetzung des Personals mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen zu einer Verbesserung der Dienstleistungsqualität für die zugewanderte Bevölkerung beitragen. Nicht zuletzt ist die Berücksichtigung von Migranten und Migrantinnen und deren interkultureller Kompetenz bei der Personalgewinnung und -auswahl von Bedeutung, um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Wettbewerbs um Fachkräfte den künftigen Personalbedarf der Stadtverwaltung decken zu können.

Eigene Erhebung mittels Befragung der Vorgesetzten

Über einen Migrationshintergrund der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen - abgesehen von der Staatsangehörigkeit - zunächst keine Angaben oder Hinweise vor. Eine Generie-

rung der Daten aus dem Personalwirtschafts- und Abrechnungssystem ist aus inhaltlichen und datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Deshalb müssen die Angaben hierüber in einer eigenen Erhebung gewonnen werden. 2006 wurde erstmals der Weg beschritten, die Führungskräfte (Amtsleiter/-innen, in großen Ämtern auch Abteilungsleiter/-innen) der Landeshauptstadt Wiesbaden zu befragen. Dabei wurde - pro Amt - die Zahl der Bediensteten mit Migrationshintergrund anonym erhoben; unterschieden wurde jeweils nach Männern und Frauen sowie nach Laufbahngruppen (einfacher und mittlerer Dienst, gehobener und höherer Dienst). Ein Migrationshintergrund sollte unterstellt werden, wenn mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt war:

- ausländische Staatsangehörigkeit
- Geburtsort im Ausland
- eingebürgert
- Beherrschen der ausländischen Herkunftssprache

Die Vorgehensweise war datenschutzrechtlich abgesichert und mit der Personalvertretung abgestimmt. Die Rückmeldungen gingen direkt zur Auswertung an die abgeschottete Statistikstelle des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik. 2013 wurde die Befragung in gleicher Weise wiederholt.⁷ So kann zum einen der aktuelle Stand festgehalten werden, zum anderen können auch die in den vergangenen sieben Jahren eingetretenen Veränderungen dokumentiert werden.

Migrantenanteil: 13,2 %

Von den insgesamt 5.245 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wiesbadener Stadtverwaltung⁸ (Stichtag: 31.10.2013, einschließlich Eigenbetriebe) hatten 692 einen Migrationshin-

⁷ Im Unterschied zur Erstbefragung wurde nun auch zwischen gehobenem und höherem Dienst differenziert.

⁸ Die Zahlenangaben zu den Mitarbeiter/-innen insgesamt lieferte das Personal- und Organisationsamt.

tergrund. Das entspricht einem Anteil von 13,2 %. Zum Vergleich: Zur gleichen Zeit lag der Migrantenanteil in der Wiesbadener Bevölkerung bei 33,2 %; von den Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) hatten sogar 35,2 % ausländische Wurzeln.

Migranten in höheren Laufbahnen seltener vertreten

Je höher die Hierarchie bzw. Laufbahn, desto seltener sind Migrantinnen und Migranten vertreten: Im einfachen und mittleren Dienst beträgt ihr Anteil an den Bediensteten 20,0 %, im gehobenen Dienst 5,9 % und im höheren Dienst gerade noch 3,4 %.

Hoher Migrantenanteil bei den Entsorgungsbetrieben

In der Kernverwaltung machen Migrantinnen und Migranten 11,1 % der Belegschaft aus, in den Eigenbetrieben 23,9 %. Den Schwerpunkt der Eigenbetriebe bilden die „Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (ELW) mit vielen Beschäftigten im geringer qualifizierten Bereich.

Tab. 27:
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Wiesbaden
nach Laufbahngruppe und Migrationshintergrund 2013 und 2006

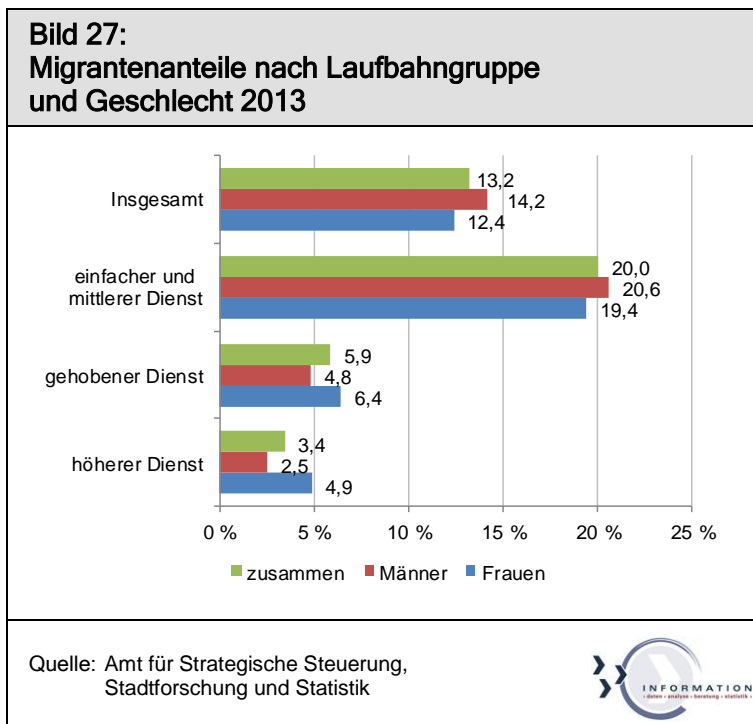
Laufbahn- gruppe	31.10.2013			31.10.2006		
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Stadtverwaltung						
einfacher und mittlerer Dienst	2 106	370	17,6	2 105	415	19,7
gehobener Dienst	1 979	105	5,3	.	.	.
höherer Dienst	297	11	3,7	.	.	.
zusammen	4 382	486	11,1	4 195	487	11,6
darunter gehobener und höherer Dienst	2 276	116	5,1	2 090	72	3,4
Eigenbetriebe						
einfacher und mittlerer Dienst	658	184	28,0	695	218	31,4
gehobener Dienst	182	22	12,1	.	.	.
höherer Dienst	23	-	-	.	.	.
zusammen	863	206	23,9	897	228	25,4
darunter gehobener und höherer Dienst	205	22	10,7	202	10	5,0
Insgesamt						
einfacher und mittlerer Dienst	2 764	554	20,0	2 800	633	22,6
gehobener Dienst	2 161	127	5,9	.	.	.
höherer Dienst	320	11	3,4	.	.	.
zusammen	5 245	692	13,2	5 092	715	14,0
darunter gehobener und höherer Dienst	2 481	138	5,6	2 292	82	3,6

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*In qualifizierteren Jobs
mehr Frauen als Männer
mit Migrationshintergrund*

Von 2.379 Männern haben 337, also 14,2 % einen Migrationshintergrund; bei den Frauen liegt der Migrantenanteil etwas niedriger (355 von 2.866 = 12,4 %). In den höherwertigen Dienstverhältnissen ist die Relation umgekehrt: So beschäftigt der gehobene Dienst unter den Frauen mehr Migranten (6,4 %) als unter den Männern (4,8 %). Im höheren Dienst schließlich ist der Migrantenanteil bei den Frauen doppelt so hoch wie bei den Männern - was angesichts der kleinen Fallzahlen jedoch keine gesicherte „Aussage“ ermöglicht.



Die höchsten Migrantenanteile in der Kernverwaltung werden im Bereich „Schule und Kultur“ registriert (19,2 %); es folgen die Bereiche „allgemeine Verwaltung“ (14,5 %) sowie „Soziales und Gesundheit“ (11,1 %). Vergleichsweise geringe Migrantenanteile gibt es in den Bereichen Finanzen und Recht/Sicherheit/Ordnung.

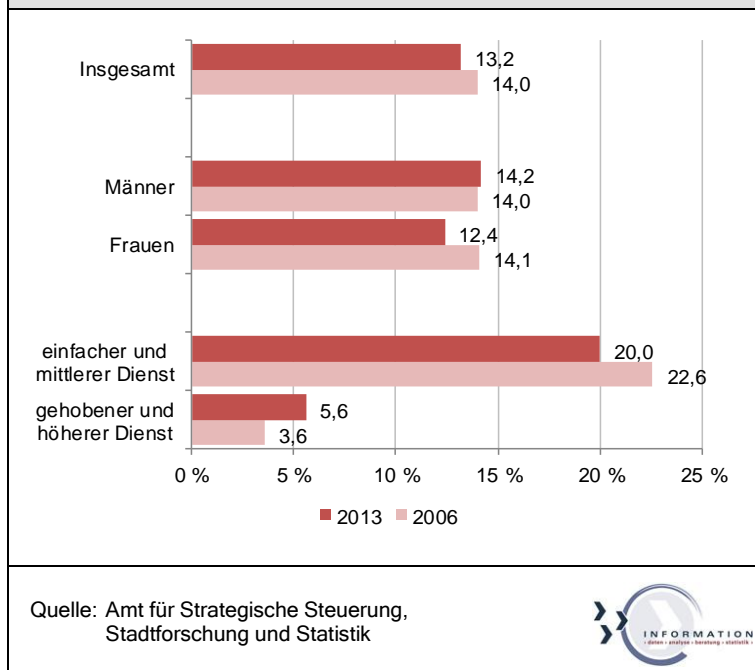
*Zwischen 0 und 26 Prozent
in den einzelnen Ämtern*

Zwischen den einzelnen Ämtern variiert der Migrantenanteil noch stärker: Besonders hoch ist er im Sportamt (25,7 %), im Schulamt (23,1 %), im Hauptamt (22,9 %) und im Amt für Zuwanderung und Integration (21,0 %). Andererseits werden in vier Ämtern überhaupt keine Migranten beschäftigt.

Im gehobenen und höheren Dienst steigende Migrantenanteile

Gegenüber der Ersterhebung 2006 liegt der Migrantenanteil insgesamt um 0,8 Prozentpunkte niedriger. Allerdings stieg er - entgegen diesem Trend - im gehobenen und höheren Dienst, und zwar von 3,6 % auf 5,6 %, in absoluten Zahlen ausgedrückt: von 82 auf 138. Dies zeigt, dass gerade in den „gehobenen Beschäftigungsverhältnissen“ verstärkt Personal mit Migrationshintergrund gewonnen werden konnte (vgl. Integrationskonzepte 2004 und 2009). Dagegen war der Migrantenanteil im einfachen und mittleren Dienst rückläufig (von 22,6 % auf 20,0 %). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Schulamt - mit einem relativ hohen Migrantenanteil beim Reinigungspersonal - in den letzten Jahren Reinigungsarbeiten zunehmend auf Fremdfirmen verlagert worden sind.

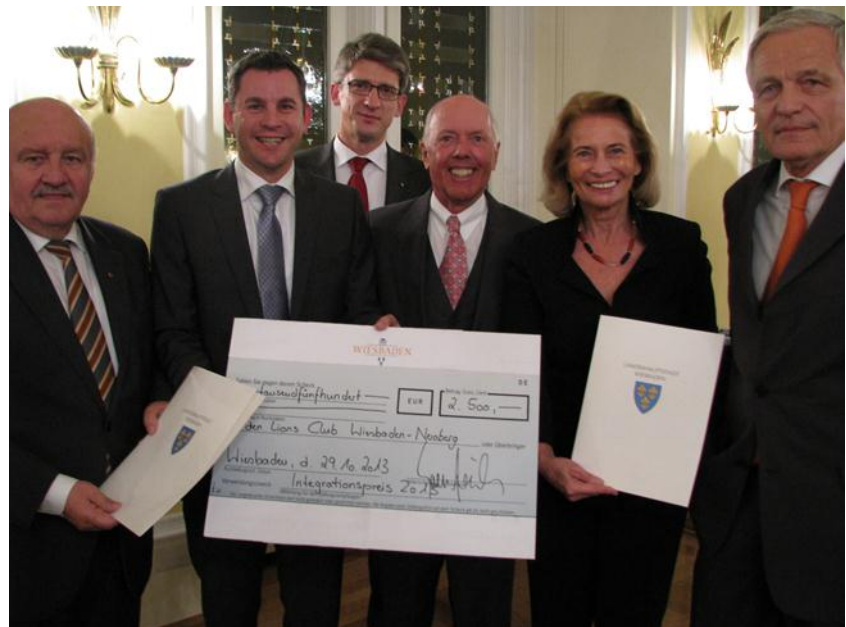
Bild 28:
Migrantenanteile 2013 und 2006



7 Wiesbadener Integrationspreis

Verleihung des siebten Wiesbadener Integrationspreises an den Lions Club Wiesbaden-Neroberg

Insgesamt wurden 13 Bewerbungen für den Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden eingereicht. Am 29.10.2013 verlieh Oberbürgermeister Sven Gerich den im Jahr 2013 zum siebten Mal ausgelobten Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden an das Projekt „Sprache baut Brücken“, das vom Lions Clubs Wiesbaden-Neroberg durchgeführt wird.



v. l. n. r. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel, Oberbürgermeister Sven Gerich, Georg Rentmeister und Max Krause (Lions Club), Stadträtin Rose-Lore Scholz, Dr. Harald Daake (Lions Club),

Lernpartner treffen sich im häuslichen Umfeld der Kinder

Im Rahmen des Projektes werden junge Menschen aus der Oberstufe Wiesbadener Gymnasien und der Fachhochschule als Tutoren ausgebildet. Sie arbeiten als Partner - nicht als Nachhilfelehrer - mit 4 bis 10-jährigen Kindern zusammen, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben. Ein- bis zweimal pro Woche treffen sich die Lernpartner im häuslichen Umfeld der Kinder. Dort haben sie beste Möglichkeiten, sich gegenseitig kennen- und verstehen zu lernen. Jeder jugendli-

che Tutor wird unterstützt durch einen erwachsenen Mentor aus dem Lions Club, der für den Tutor und das Kind bzw. die Familie eine beratende Funktion hat. So findet ein Austausch von drei Generationen statt. Jeder kann dabei lernen und davon profitieren.

Bei dem ausgewählten Preisträger ist nach Ansicht der Jury besonders hervorzuheben, dass sich das Projekt an Familien mit Migrationshintergrund aus der Mittelschicht widmet und die Integrationsarbeit in deren häuslichem Umfeld stattfindet.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Christian Böß, Alcide-de-Gasperi-Str. 2, 65197 Wiesbaden Tel.: 06 11/31 4432

E-Mail: Integration@wiesbaden.de

8 Wiesbadener Gespräche zur Integration

Mit der Veranstaltungsreihe „Wiesbadener Gespräche zur Integration“ greift der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Ausländerbeirat und dem für Integration zuständigen Dezernat seit 2009 jährlich integrationsrelevante Themen auf und stellt sie zur Diskussion.

Die Veranstaltung des Jahres 2013 fand zum Thema „Kultur und Integration“ statt und stand unter dem Motto „Kultur baut Brücken“. Als Beispiel für die Öffnung von Kultureinrichtungen für Migrantinnen und Migranten sowie eine gelungene Kooperation zwischen einem lokalen Verein von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und einem großen Museum stellten Vertreterinnen des Kulturamtes Kassel das Projekt „Linnen und Seide“ vor. Im Anschluss wurden vom Amt für Zuwanderung und Integration sowie des Kulturamt erste Ideen für ein Wiesbadener Projekt zur Öffnung von Zugangswegen zu Kunst und örtlicher Kultur, unab-

hängig von Herkunft und Vorerfahrungen mit Museumskultur, vorgestellt.

Die Idee, einen Teil der Kultur und Vielfalt, die sich durch Zuwanderung entwickelt hat, durch den kulinarischen Reichtum der Stadt darzustellen/abzubilden, wurde unter breiter Beteiligung diskutiert. Dies war mit der Einladung an die Anwesenden sowie alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener verbunden, sich an der Gestaltung des weiteren Prozesses zu beteiligen. Die Veranstaltung bildete den Auftakt für das interKULTURElle Projekt „Integration is(s)t ein Genuß“, das unter der Leitung des Stadtmuseums in Kooperation mit der Migrantenselbstorganisation MigraMundi e.V. und dem Amt für Zuwanderung und Integration durchgeführt wird. In einer Ausstellung soll gezeigt werden, wie sehr die kulturelle Vielfalt die städtische Gesellschaft grundlegend prägt und wie sehr die kulturelle Vielfalt der Stadt genossen und erlebt wird. Ehrenamtlich Tätige aus ca. 15 Herkunftsländern sind in der Projektarbeit aktiv, die im Frühjahr 2015 mit einer Ausstellung im Stadtmuseum und Begleitprogramm abgeschlossen werden wird.



v. l. n. r. Stadträtin Rose-Lore Scholz, Jeanine. Rudolph, Dr. Bernd Blisch

Impressum

Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration
Integrationsabteilung
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden